

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36
IDG-STATUS öffentlich

SIGNATUR **10 FINANZEN**
10.07 Budget (Archiv Abt. III A. + B.)

BETRIFFT **Antrag des Stadtrates betreffend Genehmigung des Budgets 2020 mit Festsetzung des Steuerfusses sowie Kenntnisnahme des Integrierten Aufgaben- und Finanzplans (IAFP) 2021 – 2025 / Substantielles Protokoll**

[...]

4. GESCHÄFT-NR. 2019/058

Antrag des Stadtrates betreffend Genehmigung des Budgets 2020 mit Festsetzung des Steuerfusses sowie Kenntnisnahme des Integrierten Aufgaben- und Finanzplans (IAFP) 2021 – 2025

ANTRAG DES STADTRATES

Der Stadtrat unterbreitet dem Grossen Gemeinderat mit Beschluss-Nr. 2019-178 mittels Auszug aus dem stadträtlichen Protokoll vom 03. Oktober 2019 folgenden Antrag:

DER GROSSE GEMEINDERAT

AUF ANTRAG DES STADTRATES
UND GESTÜTZT AUF § 26 ZIFF. 1 DER GEMEINDEORDNUNG

BESCHLIESST:

- Das Budget 2020 über die Aufwendungen und Erträge in der Erfolgsrechnung sowie der Investitionsrechnung des Verwaltungs- und Finanzvermögens wird wie folgt genehmigt.

– Erfolgsrechnung	Aufwand	Fr.	115'488'800.-
	Ertrag	Fr.	115'551'500.-
– Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen	Ausgaben	Fr.	20'460'000.-
	Einnahmen	Fr.	2'139'000.-
– Investitionsrechnung Finanzvermögen	Ausgaben	Fr.	1'800'000.-
	Einnahmen	Fr.	3'450'000.-
- In die Finanzpolitische Reserve wird eine Einlage von Fr. 4'000'000.- getätigt.
- Der Steuerfuss wird für das Jahr 2020 auf 110 % der einfachen Staatssteuer gesetzt.
- Der Ertragsüberschuss der Erfolgsrechnung von Fr. 62'700.- wird dem Eigenkapital gutgeschrieben.
- Vom Integrierten Aufgaben und Finanzplan 2021 - 2025 wird Kenntnis genommen.
- Gemäss § 8 Ziffer 2 der Gemeindeordnung ist das Referendum gegen diesen Beschluss ausgeschlossen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

7. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - a. Abteilung Finanzen, (dreifach)
 - b. Abteilung Präsidiales, Ratssekretariat (dreifach)

Für die detaillierten Ausführungen und den exakten Wortlaut des Weisungstextes wird auf die umfangreichen, separaten Akten verwiesen.

1. PLENARDEBATTE

1.1 GRUNDLEGENDES

Die Ratspräsidentin schickt vor der Behandlung dieses Geschäftes einige grundlegende Informationen zum Ablauf voraus. Nebst den üblichen Formalitäten, wonach Anträge vor Abstimmung jeweils schriftlich der Sitzungsleitung auszuhändigen und bei Wortmeldungen Konto-Nr. und Seitenzahl gemäss des gedruckten Zahlenmaterials zum Budget zu erwähnen sind, erläutert die Präsidentin den vorgesehenen Fahrplan. Die Ratsmitglieder haben jeweils ein Exemplar zum Ablauf und vorgesehenen Beratungsplan ausgeteilt erhalten. Zudem wird die durch das Büro des Grossen Gemeinderates vorgesehene Reihenfolge der Behandlung des Budgets auf einer Sichtfolie in den Sitzungssaal projiziert.

1.2 ZUM ABLAUF:

	Richtwerte Redezeit
1 Vorwort Ratspräsidentin Grundsätzliches zum Ablauf	
2 Eintretensdebatte Im Rahmen der Eintretensdebatte wird nur zum Budget im Allgemeinen diskutiert. Die konkreten Anträge werden unter Punkt 4 ff. abgehandelt.	
2.1 Referat des Stadtrates Ressort Finanzen	15'
2.2 Referat des RPK-Präsidenten	15'
2.3 Voten RPK-Mitglieder zum Eintreten	3'
2.4 Voten Ratsmitglieder zum Eintreten	3'
3 Abstimmung über Eintreten	
4 Detailberatung Erfolgsrechnung / Anträge RPK Reihenfolge gemäss Abschied der Rechnungsprüfungskommission	
4.1 Anträge RPK (Mehr- und Minderheitsanträge)	5'
4.2 Allfällige weitere Mitglieder RPK zu den Mehr- und Minderheits-Anträgen RPK	5'
4.3 Weitere Mitglieder GGR zu den Anträgen RPK	3'
4.4 Stellungnahme jeweiliger Stadtrat zu den Anträgen RPK	3'
4.5 Weitere Diskussionen / Repliken	3'
4.6 Abstimmung zu den Anträgen der RPK	3'
5 Detailberatung Investitionsrechnung / Anträge RPK Reihenfolge gemäss Abschied der Rechnungsprüfungskommission	
5.1 Anträge RPK (Mehr- und Minderheitsanträge)	5'



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

5.2	Allfällige weitere Mitglieder RPK zu den Mehr- und Minderheitsanträgen RPK	5'
5.3	Weitere Mitglieder GGR zu den Anträgen RPK	3'
5.4	Stellungnahme jeweiliger Stadtrat zu den Anträgen RPK	3'
5.5	Weitere Diskussionen / Repliken	3'
5.6	Abstimmung zu den Anträgen der RPK	3'
6	Beratung der Erfolgsrechnung / übrige Anträge aus dem Plenum Anfrage nach Einzelanträgen – falls sehr zahlreich vorhanden: Behandlung pro Ressort und Kontogruppe; Institutionelle Gliederung ab Seite 9 des gedruckten Budgets Bei wenigen, vereinzelt Anträgen: Freies Wortbegehren	
6.1	Mitglieder GGR	3'
6.2	Stellungnahme jeweiliges Mitglied des Stadtrates zu den Anträgen	3'
6.3	Abstimmung zu den Anträgen	3'
7	Beratung der Investitionsrechnung / übrige Anträge aus dem Plenum Anfrage nach Einzelanträgen – falls sehr zahlreich vorhanden: Behandlung pro Ressort Institutionelle Gliederung ab Seite 82 des gedruckten Budgets Bei wenigen, vereinzelt Anträgen: Freies Wortbegehren	
7.1	Mitglieder GGR	3'
7.2	Stellungnahme jeweiliges Mitglied des Stadtrates zu den Anträgen	3'
7.3	Abstimmung zu den Anträgen	3'
8	Beratung der Abschreibungstabelle Seiten 92, 93	
9	Beratung der Verpflichtungskreditkontrolle ab Seite 95	
9.1	Mitglieder GGR	3'
9.2	Stellungnahme jeweiliger Stadtrat zu den Anträgen	3'
9.3	Abstimmung zu den Anträgen	3'
10	Zwischenabstimmung zum Budget Dispositiv-Ziffer 1 des stadträtlichen Antrages	
11	Einlage in die Finanzpolitische Reserve Dispositiv-Ziffer 2 des stadträtlichen Antrages	
11.1	Antrag RPK-Mehrheit / Antrag RPK-Minderheit	5'
11.2	Weitere Mitglieder RPK	5'
11.3	Wortmeldungen Mitglieder GGR	3'
11.4	Stellungnahme Stadtrat	3'
12	Diskussion zum Steuerfuss	
12.1	Antrag RPK-Mehrheit / Antrag RPK-Minderheit	5'
12.2	Weitere Mitglieder RPK	5'
12.3	Wortmeldungen Mitglieder GGR / allenfalls weitere Anträge aus dem Plenum	3'
12.4	Stellungnahme Stadtrat	3'



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

13	Bereinigung der Anträge zum Steuerfuss Abstimmung gem. Art. 48 GeschO GGR	
14	Festsetzung des Steuerfusses Allfällige Diskussion Abstimmung (Dispositiv-Ziffer 3 des stadträtlichen Antrages)	
15	Übertrag des Ertragsüberschusses der Erfolgsrechnung ins Eigenkapital Allfällige Diskussion Abstimmung (Dispositiv Ziffer 4 des stadträtlichen Antrages)	
16	Kenntnisnahme IAFP Allfällige Diskussion Abstimmung (Dispositiv-Ziffer 5 des stadträtlichen Antrages)	
17	Schlussabstimmung auf Basis der Ziffern 1 bis 6 des stadträtlichen Antrages, zur durch die vorgenommenen Änderungen gewonnenen Fassung	

Im Besonderen sei erwähnt, dass die nun folgende Eintretensdebatte nur Raum für Grundsätzliches und für Aspekte zur Sache bietet. Konkrete Anträge können zwar angemeldet, aber erst in der jeweiligen Detailberatung gestellt werden.

Nach Eintretensbeschluss folgt die Detailberatung nachfolgend dargelegtem Prinzip:

Die Detailberatung der Erfolgsrechnung (und im Anschluss folgend gleich jene der Investitionsrechnung) beginnt mit der Behandlung der durch die Rechnungsprüfungskommission formulierten Anträge (Reihenfolge gemäss deren Abschied). Über die Kommissionsanträge wird hernach abgestimmt (Ablaufpunkte 4 und 5). Die jeweiligen durch die Rechnungsprüfungskommission verabschiedeten Anträge werden anhand einer visuellen Darstellung in den Saal projiziert (vgl. Beilage 3).

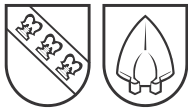
In einem weiteren Durchlauf können weitere Einzel-, Partikular- oder Fraktionsanträge durch die Ratsmitglieder vorgebracht werden, wobei die weitere Beratung der Erfolgs- und hernach der Investitionsrechnung seiten- und Kontogruppenweise erfolgt (Ablaufpunkte 6 und 7).

1.3 REDEZEITEN

Art. 35 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates regelt die üblichen den Ratsmitgliedern zustehenden Redezeiten. Das Ratsbüro hat analog zum Vorgehen in den Vorjahren im vorliegenden Fahrplan marginale Kürzungen dieser Regelzeiten vorgenommen und ersucht das Plenum, diese einzuhalten. Nur dann gelinget es, die Diskussionen straff und nicht ausufernd zu führen.

ORDNUNGSANTRAG GEMEINDERÄTIN BRIGITTE RÖÖSLI, SP

Gemeinderätin Brigitte RööslI, SP, stellt augenblicklich einen Ordnungsantrag zu den Redezeiten.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

Der Grosse Gemeinderat befasse sich heute Abend mit einer umfassenden Budgetvorlage und hinsichtlich der Festlegung des Steuerfusses mit einem wegweisenden und bedeutungsvollen Entscheid.

Die durch das Büro des Grossen Gemeinderates im Rahmen der Debatte zum Steuerfuss einschränkend veranschlagte Redezeit von drei Minuten vermag der Wichtigkeit der Diskussion nicht gerecht zu werden, weshalb die den Ratsmitgliedern zustehende Votumszeit auf zehn Minuten zu erhöhen sei.

Die Ratspräsidentin repetiert die durch Gemeinderätin Rööslì gestellte Forderung und erkundigt sich beim Plenum, ob es den Ordnungsantrag zu diskutieren wünscht.

Die Mitglieder des Grossen Gemeinderates lassen kein Diskussionsbedürfnis erkennen, womit sogleich über den Verfahrensantrag abzustimmen ist.

ABSTIMMUNG

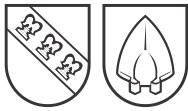
ORDNUNGSANTRAG GEMEINDERÄTIN BRIGITTE RÖÖSLI, SP
ERHÖHUNG DER REDEZEIT FÜR DIE MITGLIEDER WÄHREND DER DEBATTE ZUM STEUERFUSS, ABLAUFPUNKT 12, VON DREI AUF ZEHN MINUTEN

Der Grosse Gemeinderat gibt dem Ordnungsantrag mit 18:17 Stimmen statt. Die Redezeit von zehn Minuten ist im Ablaufplan durch die Ratsleitung an entsprechender Stelle vorzusehen.

1.4 ABSTIMMUNGEN

Abstimmungen erfolgen auf Grundlage von Art. 45 ff. der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates. Insbesondere sei auf das Vorgehen für den Fall hingewiesen, sollten zu einer Sache oder Position mehr als zwei gleichrangige Änderungsanträge vorliegen. Art. 48 der neuen Geschäftsordnung regelt die diesbezügliche Handhabung wie folgt:

Art. 48	<p>¹ Liegen mehr als zwei gleichgeordnete Änderungs- oder Hauptanträge vor, werden sie nebeneinander zur Abstimmung gebracht, wobei jedes Ratsmitglied nur für einen Antrag stimmen kann. Der Antrag mit den wenigsten Stimmen scheidet aus. Das Verfahren wird wiederholt, bis nur noch ein Antrag verbleibt.</p> <p>² Über einen verbleibenden Hauptantrag wird gemäss Abs. 3 abgestimmt.</p> <p>³ Ein Antrag gilt als angenommen, wenn er mehr zustimmende als ablehnende Stimmen auf sich vereinigt.</p>	Gleichgeordnete Anträge
---------	---	-------------------------



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

Die Ratspräsidentin informiert zudem, dass das Verfahren der geheimen Abstimmung zur Ausmehrung von gleichgeordneten Anträgen nicht zur Anwendung gelangen darf. Der Ratssekretär hat die Mitglieder des Grossen Gemeinderat dazu im Vorfeld zur Sitzung mit einer umfassenden Information bedient:

Geschätzte Mitglieder des Grossen Gemeinderates

Allenfalls haben Sie der Medienberichterstattung entnehmen können, dass sich der Gemeinderat der Stadt Uster kürzlich anlässlich der Festlegung des Steuerfusses mit einer komplexen Situation konfrontiert sah.

Die Bereinigung der verschiedenen dort im Raum stehenden Anträge zum Steuerfuss wurde in geheimer Abstimmung und mit Stichentscheid des Ratspräsidiums gefällt.

Gegen das Vorgehen hat ein Teil des Ustermer Parlamentes im Nachgang einen Stimmrechtsrekurs wegen offenbar unsachgemässer Verfahrensanwendung bzw. -führung erhoben.

Der «Fall Uster» hat bei verschiedenen Ratsmitgliedern und auch beim Büro des Grossen Gemeinderates Fragen nach der diesbezüglichen Handhabung hierorts ausgelöst.

Dem Büro des Grossen Gemeinderates ist es ein Anliegen, Sie im Vorfeld der Budgetdebatte über Folgendes zu orientieren:

Die Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates Illnau-Effretikon (IE 100.02.01; GeschO GGR) regelt im Kapitel IV die verschiedenen Verfahrensarten zu den Abstimmungen.

Art. 50 GeschO GGR legt die Möglichkeiten der grundsätzlich offenen Stimmabgabe und das Verfahren zur Stimmabgabe mit Namensaufruf (Abs. 3) fest.

Gemäss Abs. 4 enthält sich das Präsidium der Stimme, bei Stimmgleichheit steht ihm jedoch der Stichentscheid zu.

Art. 52 GeschO GGR umschliesst die Vorgänge zur geheimen Abstimmung.

Gemäss Abs. 4 gilt ein Antrag, der im geheimen Abstimmungsverfahren Stimmgleichstand zu Tage fördert, als abgelehnt.

Dieser Passus mag allerdings auf den Anwendungsfall der Bereinigung von gleichgeordneten Anträgen keine Lösung bzw. kein Ergebnis zu Tage fördern.

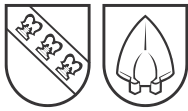
Ein Stichentscheid durch das Präsidium bei geheimer Abstimmung ist durch die Geschäftsordnung nicht vorgesehen.

Wo die Geschäftsordnungen von Parlamenten keine Regelungen vorsehen, verweist das Gemeindegesetz (GG; LS 131.1) für das Abstimmungsverfahren subsidiär auf die entsprechenden Bestimmungen der Gemeindeversammlung (§ 31 Abs. 3 lit. a. GG).

Diese finden sich in den §§ 24 und 25 GG.

Demnach ist das Verfahren zur geheimen Abstimmung bei der Bereinigung gleichgeordneter Anträge ausgeschlossen (§ 25 Abs. 1 GG, 2. Satz).

In der Praxis bedeutet dies, dass das Instrumentarium der geheimen Abstimmung anlässlich der morgigen Budgetdebatte für die Bereinigung von Anträgen gleicher Stufe durch die Sitzungsleitung somit nicht zugelassen würde.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

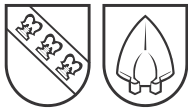
Diese Beurteilung deckt sich mit der Einschätzung des kantonalen Gemeindeamtes.

Wichtig scheint es mir noch zu erwähnen, dass diese Einschätzung nicht über das Verfahren in Uster richten oder es bewerten soll.

Die dortigen tatsächlich erfolgten Vorgänge und Regelungen sind mir nicht bekannt. Dazu läuft nun ein separates Verfahren beim Bezirksrat.

Für Ihre Kenntnisnahme danke ich Ihnen.

Die Ratspräsidentin erkundigt sich beim Plenum, ob dieses zum erläuterten Vorgehen Wortmeldungen wünscht. Dem Schweigen des Ratskörpers ist zu entnehmen, dass das Vorgehen somit auf allgemeine Akzeptanz stösst.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

2 EINTRETENSDEBATTE 2.1 REFERAT DES STADTRATES RESSORT FINANZEN

Stadtrat Philipp Wespi, FDP, gibt zu Händen des Kollegiums die wesentlichen Bestandteile und Fakten zum Budget 2020 wieder.

Für sein Referat bedient sich Stadtrat Wespi zur Illustration seiner Ausführungen einer visuellen Projektion, welche sich im Anhang zu diesem Protokoll findet (vgl. Beilage 4). Zusammenfassend gewährt er einen Überblick über die Eckdaten und die wichtigsten Kennzahlen.

Zusammenfassend gewährt er einen Überblick über die Eckdaten und die wichtigsten Kennzahlen.

	BU2020	BU2019	ABW. ZU BU19
Ressourcenausgleich (gebucht)	22.7	17.6	+5.1
Aufwand (-) / Ertragsüberschuss (+)	+0.1	+0.1	+0.0
Planmässige Abschreibungen (ohne EWB)	4.7	5.0	-0.3
Investitionen VV (netto ohne EWB)	11.1	6.4	+4.7
Cashflow = Selbstfinanzierung	8.7	6.1	+3.5
Selbstfinanzierungsgrad (in %)	78 %	96 %	-18 %

Zu den übrigen Kennzahlen und finanztechnischen Details wird auf die umfangreiche Antragsschrift des Stadtrates verwiesen.

Stadtrat Wespi zieht folgendes Resümee:

- Sehr gutes Ergebnis v.a. dank höherem Ressourcenausgleich (verbucht + Fr. 5.1 Mio., effektiv: + Fr. 0.3 Mio.) ⇒ Grossteil davon Einlage Finanzpolitische Reserve (Fr 4.0 Mio.).
- Höhere Erträge sowie tiefere Investitionen und Gewinne in Vergangenheit sowie Budgetjahr lassen zusätzlich eine vorübergehende Steuerfussreduktion (bis voraussichtlich 2023) von 3% zu.
- Folgen Steuerfussenkung von 3 %: Fr. 1.1 Mio. geringere Steuern im Rechnungsjahr. Insgesamt jedoch «nur» Fr. 0.4 Mio. tiefere ordentliche Steuereinnahmen gegenüber Vorjahr.
- Wachsende Kosten im Bereich Bildung (steigende Schülerzahlen) sowie ambulante Pflege (Spitex). Geringere Kosten im Bereich stationäre Pflege.
- Cashflow mit Fr. 8.7 Mio. innerhalb Zielband (von Fr. 7-10 Mio.) / SFG 78 % ⇒ gute Selbstfinanzierung, ausreichend Liquidität (keine Aufnahme von Fremdmitteln nötig).
- Tiefes Zinsniveau: Geringe Zinsbelastung auf langfristigen Schulden, Negativzinsen (Zinseinnahmen) auf kurzfristigen Schulden.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

2.2 REFERAT DES RPK-PRÄSIDENTEN

Gemeinderat Thomas Hildebrand, FDP, präsentiert in dessen Funktion als Präsident der Rechnungsprüfungskommission die Beurteilung der Sachlage aus deren Blickwinkel.

Für die detaillierten Kommissionserhebungen wird auf deren umfassenden Abschied vom 19. November 2019 verwiesen.

Das nachfolgende Referat wird anhand einer visuellen Projektion untermalt; die Unterlage findet sich im Anhang zu diesem Protokoll (vgl. Beilage 5).

Kommissionspräsident Hildebrand blickt mit Spannung auf die heutige Debatte zum Budget – insbesondere angesichts der veränderten Mehrheitsverhältnisse, die sich anlässlich der vergangenen Erneuerungswahlen im Rat gebildet haben. Ferner werde er sich erlauben, im Rahmen der heutigen Präsentation die eine oder andere persönliche Meinung zu äussern, es sei gleichenzugs davon auszugehen, dass die Gegnerschaft entsprechend kontern werde.

Die Rechnungsprüfungskommission zeige sich hochfreut darüber, wonach der Stadtrat deren Wunsch nach Erstellung einer Hochrechnung entgegengenommen und auch umgesetzt habe. So prognostiziere er einen Gewinn für das Rechnungsjahr 2019 im Umfang von Fr. 6.5 bis Fr. 7.5 Mio. Gleichzeitig habe die Rechnungsprüfungskommission die Notwendigkeit eines sogenannten «November-Briefs» geäussert und den Stadtrat ersucht, einen solchen analog des Vorgehens anderer Zürcher Gemeinden und des Kantons zu publizieren. Der November-Brief informiert noch zum Zeitpunkt vor der parlamentarischen Beratung über wesentliche Änderungen, die sich seit Budgetstellung bzw. – verabschiedung des Stadtrates und der Plenardebatte ergeben haben. Der Stadtrat refüsierte die Erstellung einer solchen aktualisierend informierenden Schrift.

Trotz verschiedener Ansichten zur Höhe des Steuerfusses präsentiere die Stadt ein solides Budget.

Angesichts verschiedener Kommissionanträge, die Mehrausgaben bzw. Mindererträge vorsehen, verweist Kommissionpräsident Hildebrand auf Sinn und Zweck eines Budgets sowie auch auf die diesbezüglichen Ausführungen des Kantonalen Gemeindeamtes. Zweck des Budgets sei es, Aufgaben zu planen und die Aufgabenerfüllung zu finanzieren. Grundsätzlich darf keine Ausgabe ohne eine gesetzliche Grundlage erfolgen. Im Weiteren ist die kreditrechtliche Bedeutung zu würdigen.

Im Weiteren erklärt Gemeinderat Hildebrand die Funktionsweise sowie Sinn und Zweck des Cash-Flows und den Zusammenhang, welcher sich zu den Abschreibungen ergibt. Ebenso erläutert er Einzelheiten zum Instrument der Finanzpolitischen Reserve.

Anhand eines Beispiels zu den Krankenkassenprämien veranschaulicht Thomas Hildebrand die finanzielle Wirkung einer möglichen Senkung des Steuerfusses in einem Drei-Personen-Haushalt.

Abschliessend geht Gemeinderat Hildebrand nochmals auf die Thematik einzelner Anträge aus den Reihen der Rechnungsprüfungskommission ein, die sich in Mehr- und Minderheiten teilen. Ein Grossteil der Anträge sieht die Erhöhung von Ausgabenetats oder die Minderung von Ertragspositionen vor. Selbstverständlich sei es legitim, solche Anträge anzumelden – in früheren Jahren lautete die umgekehrte Kritik der Gegenseite weitgehend dahin, wonach anlässlich vergangener Budgetdebatten wahrliche «Streichkonzerte» über die jeweiligen Budgets ergingen. Thomas Hildebrand zeigt für das Bedürfnis, einen Ausgleich zu schaffen, Verständnis, erinnert aber auch daran, dass der Grosse Gemeinderat das Budget nicht dazu missbrauchen darf, um die politischen Prozesse zu umgehen und auszuhebeln.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

2.3 VOTEN WEITERER MITGLIEDER RPK 2.3.1 GEMEINDERAT ARIE BRUININK, GRÜNE

Gemeinderat Arie Bruinink, Grüne, ruft in Erinnerung, dass der Grosse Gemeinderat «alle Jahre wieder» dieselben Fragen in Bezug auf das Budget und den Steuerfuss wälze. Das Budget präsentiere sich recht ansehnlich – allerdings nur im Grossen und Ganzen. Der Stadtrat verwalte die Stadtverwaltung, diese wiederum verwalte die Stadt. Aus der Definition des Dudens ergibt sich zum Wort «Verwalten» folgende Bedeutung: Im Auftrag einen Besitz betreuen, in seiner Obhut haben, in Ordnung halten.

Nach Auffassung von Gemeinderat Bruinink treffe diese Definition auch auf das vorliegende Budget zu. Es sei ein Budget, womit die Stadt gut verwaltet werden könne. Nicht mehr und nicht weniger.

Es fehle klar an einer kreativen Vision; das Budget bringe den Mangel an Mut für Neues und das Nichtvorhandensein eines Blickes in die Zukunft klar zum Ausdruck.

Das Budget enthalte nur unzureichende Mittel, um die Schlafstadt Illnau-Effretikon in eine rundum attraktive, interessante Stadt mit sehr hoher Lebensqualität zu transformieren. Auch wenn sich dies inmitten der zwei pulsierenden Grossstädte Winterthur und Zürich als herausforderndes Unterfangen gestaltet. Zudem fehlen im Budget nennenswerte Positionen, um die grossen Herausforderungen, welche die Neuzeit an die Öffentlichkeit stellt, zu antizipieren (so beispielsweise Lösungen, um Energie- und Klimafragen zu begegnen).

Gemeinderat Bruinink konfrontiert den Rat mit der rhetorischen Frage, ob man tatsächlich nur verwalten und im Stillstand verharren wolle. Der Volksmund kenne dazu den Ausspruch, wonach die Alten verwalten und die Jungen hinterfragen und wagen. Sei man bereits derart zu alt und zu träge geworden, dass man sich vor Neuem fürchte? Fehle tatsächlich der Mut zur Vision für die Zukunft?

Der kommunale Haushalt präsentiere sich mitunter vor allem wegen den erhöht anfallenden Grundstückgewinnsteuererträgen und des Empfängnisses des Ressourcenausgleichs in einem positiven Licht. Und nicht etwa infolge eigener Steuererträge. Die Stadt Illnau-Effretikon profitiere somit von anderen Zürcher Gemeinden und Städten.

Einige Parteien hätten sich auf die Frage geschrieben, wonach man den Einwohnerinnen und Einwohnern etwas zurückgeben möchte. Bruinink stellt die Frage in den Raum, ob mit dieser Forderung konsequenterweise auch gemeint sei, dass Zahlungen aus dem Ressourcenausgleich den Geber-Gemeinden zurückerstattet werden müssten. Wohl kaum.

Gemeinderat Bruinink hinterfragt die These, wonach man den eigenen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern mit einer Steuersenkung tatsächlich «etwas zurückgibt».

Eine Steuersenkung würde den Etat der Stadtkasse pro Steuerprozent um beinahe fast Fr. 600'000.- entlasten. Ein gewöhnlicher Einwohner bzw. eine gewöhnliche Einwohnerin der Stadt verfüge über ein modales steuerbares Einkommen von rund Fr. 50'000.- pro Jahr. Pro Prozentpunkt ergibt sich für den Steuerzahler eine Reduktion von Fr. 14.-. Das entspräche in etwa dem Preis von vier Familienpackungen Budget-Pommes-Chips. Es erkläre sich von selbst, dass bei erhöhten Einkommen auch die Einsparungen umfangreicher ausfallen, sodass sich Gutverdiener dann auch ein Nachtessen im Restaurant Rössli gönnen könnten.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

Es sei das erklärte Ziel einiger Parteien, der «Durchschnitts-Bevölkerung», mit Betonung auf «Durchschnitt», wieder etwas zurückgeben. Gemeinderat Bruinink kommt nicht umhin, sich über diese Forderung zu amüsieren. Ein Bericht des SRF habe anlässlich der Nationalratswahlen im Jahre 2015 Interessantes zu Tage gefördert. Die Untersuchungen zeigten auf, wonach gerade die SVP über weitaus am meisten Wähleranteile (rund 50 %) mit tieferen Einkommen verfüge (weniger als Fr. 70'000.- pro Jahr). Gerade dieser Bevölkerungsteil würde bei einer Steuerfussenkung in der Folge am wenigsten profitieren.

Auch die Grüne Partei möchte die Bevölkerung an der positiven Entwicklung des Finanzhaushaltes teilhaben lassen. Allerdings möchte sie sich dazu einer gerechteren Art bedienen. Die Grüne Partei möchte spezifisch Investitionen tätigen, welche die Lebensqualität eines jeden Einzelnen und die Attraktivität der Stadt für alle verbessern.

Die Grüne Partei plädiert für Eintreten auf die Vorlage und hofft, dass das Ratsplenum im Verlauf der späteren Debatte den Budgetänderungsanträgen stattgibt und die reduzierte Steuerfussenkung gutheisst.

2.3.2 GEMEINDERAT MAXIM MORSKOI, SP

Gemeinderat Maxim Morskoi, SP, taxiert die durch den Stadtrat unterbreitete Vorlage zum Budget samt Integriertem Aufgaben- und Finanzplan IAFP als gut, verleiht dem Geschäft dennoch das Prädikat «langweilig». Das Budget und die darin durch den Stadtrat abgebildete Entwicklung hält nicht Schritt mit den tatsächlichen Anforderungen und Bedürfnissen. Illnau-Effretikon sei aktuell in einem starken, aber nötigen Wandel begriffen – die Entwicklungen im Effretiker Zentrum sind Ausdruck dieser erfreulichen Stossrichtungen. Dass der Stadtrat zu solchen Zeiten ein derart fades Budget präsentiere, kann Gemeinderat Morskoi nicht nachvollziehen. Diese zeuge von wenig Weitsicht und verharre im Status Quo. Die Rechnungsprüfungskommission habe während des Beratungsprozesses dem Stadtrat eine grosse Zahl an Fragen übermittelt und Stadtrat Wespi und die Verwaltung haben solche auch geflüchtig beantwortet. Nach Maxim Morskoi's Auffassung besteht die Aufgabe der vorberatenden Kommission jedoch nicht lediglich darin, Fragen an den Stadtrat zu richten, sondern auch einen Blick hinter diese Zahlen zu werfen und eine Diskussion über Inhalte zu führen. Die Stadt muss sich dem Transformationsprozess stellen und sich in Zukunft vermehrt mit Entwicklungsthemen auseinandersetzen. Aus dem Budget und dem IAFP seien solche Fortschritte nicht erkennbar.

Innerhalb der Rechnungsprüfungskommission und dem Grossen Gemeinderat sind sinngemäss verschiedene politische Strömungen vertreten – das sei auch gut so. Der Beschluss einer reinen Steuerfussenkung reiche nun aber nicht aus, um Teile des Parlamentes zu besänftigen oder ruhig zu stellen. Es sei an der Zeit, nach Jahren des Sparens die Stadt nicht nur zu verwalten, sondern wieder zu entwickeln und den Horizont dafür wieder zu öffnen.

Im Vorfeld der Debatte wurden zahlreiche Gespräche geführt. Gemeinderat Morskoi erachtet es aber als wichtig, dass auch das Parlament selbst eine harte Debatte über die erwähnten Punkte führe und nicht lediglich über die gestellten Anträge abstimme.

«Gern haben» könne man sich später immer noch.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

Gemeinderat Morskoi hält es für evident wichtig, dass der Grosse Gemeinderat gemeinsam mit dem Stadtrat eine Vorstellung darüber entwickeln müsse, in welche Richtung sich die Stadt entwickeln soll. Die Verwaltung indessen soll den Status quo beibehalten und weiterhin verwalten.

Zu einem gemeinsamen Verständnis zur Positionierung der Stadt Illnau-Effretikon liesse sich aus dem Budget und dem IAFP nichts oder nur marginal die eine oder andere Bestrebung ableiten. Ebenso wenig seien die durch den Stadtrat in seinem Schwerpunktprogramm beschriebenen Massnahmen aus dem Budget bzw. dem IAFP ablesbar.

Gemeinderat Morskoi hat die Resultate der im Jahr 2012 durchgeführten Bevölkerungsbefragung noch ziemlich gut im Kopf. Damals erachtete ein Grossteil der Einwohnerinnen und Einwohner die Höhe des Steuereffusses nicht als eines der «Top-Themen».

Ratspräsidentin Katharina Morf, FDP, ermahnt den Sprechenden zur Einhaltung der mit drei Minuten veranschlagten Redezeit.

Gemeinderat Morskoi schliesst sein Votum ab und wünscht allseits eine gute Debatte.

2.3.3 GEMEINDERAT RALF ANTWEILER, GLP

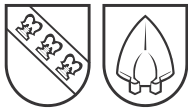
Gemeinderat Ralf Antweiler, GLP, bedankt sich bei Stadtrat und Verwaltung für die Ausarbeitung des Budgets und auch für die gute Begleitung des Vorberatungsprozesses.

Die GLP-Fraktion prognostiziert optimistisch, wonach das Resultat des heute zu fassenden Budgetbeschlusses sicherlich als positive Nachricht an die Bevölkerung ausgesendet werden könne. Bereits jetzt liesse sich feststellen, dass die politischen Instanzen sich intensiv mit dem zu Grunde liegenden Zahlenmaterial und Fragestellungen zur städtischen Finanzpolitik auseinandergesetzt haben – dies zum Wohl der Stadt. Zudem werde der Steuereffuss gegenüber jenem des Vorjahres mit Sicherheit (in welcher Höhe denn auch immer) tiefer ausfallen. Gleichzeitig sehe das Budget und auch die gestellten Anträge höhere Investitionen in soziale und umweltliche Themen vor, was gemeinhin sicherlich als positive Entwicklung zu betrachten sei.

Die GLP-Fraktion hätte seitens des Stadtrates aber erwartet, dass er für die Stadt mehr tut, wenn man es sich schon leisten könne. Vieles, was bei den Anträgen aus den Reihen der Rechnungsprüfungskommission zum Ausdruck kommt, läge in der Kompetenz des Stadtrates. Dazu würde sicherlich anlässlich der späteren Detailberatung noch einiges ausgeführt werden.

Die GLP-Fraktion kann sich des Eindruckes nicht erwehren, dass der Stadtrat vom geäusserten Wunsch einiger Parteien nach Proaktivem Gestalten überrascht worden ist.

Motiviert durch die im stadträtlichen Schwerpunktprogramm aufgelisteten Massnahmen als auch durch zahlreiche parlamentarische Vorstösse, befände sich Vieles in Bewegung – leider läge seitens des Stadtrates aber bislang noch wenig Konkretes zur Umsetzung vor.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

Der Stadtrat sei eingeladen, in erhöhten Kadenzen zu denken und sich selbst mehr Kapazitäten einzuräumen, um den Bedürfnissen schneller und umfassender gerecht zu werden.

Auch jene Parteien, die sich bei Ausgaben eher in Zurückhaltung üben, würden Ideen zur Weiterentwicklung äussern. So erschliesse sich in der Verwaltung noch mehr Potenzial für die Umsetzung der Digitalisierung. Die notwendige konzeptionelle Denkarbeit verlange aber nach entsprechenden Geld- und Zeitalimentierungen.

Die Idee, dem Stadthaushalt zum jetzigen Zeitpunkt Geld zu entziehen, wo sich Investitionen zur Lancierung von grösser angedachten Ideen aufdrängen, beurteilt Gemeinderat Antweiler als ungünstig. Der Stadtrat habe mit seinem Vorgehen den Ball selbst ins Rollen gebracht, in dem er dem Parlament ein Budget unterbreite, das auf einem tieferen Steuerfuss basiere. Dies habe die linke Ratshälfte nun veranlasst, zunächst einige «Korrekturen» jener Beschlüsse, die seinerzeit mitunter beim Sparpaket ihren Ursprung fanden, einzufordern.

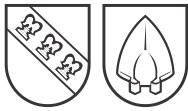
Gemeinderat Antweiler blickt mit Spannung der nun folgenden Diskussion entgegen. Ob es dem Parlament gelingt, einen Kompromiss zu finden, den Steuerfuss etwas zu reduzieren und dem Stadtrat dennoch genügend Mittel bereitzustellen, dass er über genügende Mittel verfügt, um in den nächsten Jahren in Umwelt, Gesellschaft und eine lebendige Stadt zu investieren, wird sich heute Abend weisen. Leisten könnte man es sich.

Die GLP-Fraktion stelle sich der Diskussion und empfiehlt, auf die Vorlage einzutreten.

2.4 VOTEN WEITERER MITGLIEDER GROSSER GEMEINDERAT 2.4.1 GEMEINDERÄTIN BRIGITTE RÖÖSLI, SP

Gemeinderätin Brigitte Röösl, SP, ermahnt den Präsidenten der Rechnungsprüfungskommission in Bezug auf sein Rollenbewusstsein. Er habe wohl nicht begriffen, dass er in der Funktion als Kommissionspräsident jegliche persönliche Annotationen zu unterlassen habe, wenn er im Rat an vorgesehener Stelle zum Antrag des Stadtrates und zur Würdigung desselben sprechen soll. Sofern er sich persönliche Kommentare dennoch nicht verkneifen könne, stehe es ihm immer noch zu, sich als übliches Ratsmitglied in der Plenardebatte einzubringen. Hildebrand missbrauche die deutlich länger veranschlagte Redezeit des Kommissionspräsidiums zu privaten Zwecken, was Brigitte Röösl mit deutlichen Worten verurteilt. Die SP-Fraktion erwartet seitens des RPK-Präsidenten die Wahrung des politischen Anstandes und das Einhalten der Regeln.

Auf entsprechende Rückfrage *der Vorsitzenden* wünscht Gemeinderat Thomas Hildebrand keine Repliknahme auf das vorangegangene Votum.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

2.4.2 GEMEINDERAT STEFAN HAFEN, SP

Gemeinderat Stefan Hafen, SP, richtet sich an die «Damen und Herren» des Ratskollegiums. Nach Gemeinderat Hafens Einschätzung sehe man sich am heutigen Abend tatsächlich mit einem Luxusproblem konfrontiert:

Die Stadt Illnau-Effretikon verfüge über eine äusserst stabile, ja gar über eine äusserst komfortable finanzielle Lage. Stefan Hafen wähnt sich in einem sprichwörtlich «feuchten Traum» der Steuersenkungsfanatiker. Allen voran schreite damit der Illnau-Effretiker Stadtrat, der nach Hafens Empfinden, nicht nur absolut ideenlos, sondern auch unverantwortlich in dieser finanziellen Situation agiere.

Zu Hafens Erstaunen habe sich das viel zitierte «süsse Gift» der Mehrerträge aus erhöhten Einnahmen der Grundstückgewinnsteuer augenblicklich schnell in eine Steuersenkung verwandelt. Das grenze bei nahe an ein Zauberkunststück!

Dass der Stadtrat dann nebenbei noch locker flockig erwähnt, dass der Steuerfuss in drei bis vier Jahren wieder angehoben werden müsse, grenze an hoffnungsloser Naivität. Alle in diesem Saal versammelten Räte haben vernehmen können, dass eine Steuererhöhung durch die bürgerliche Seite mit allem Mitteln bekämpft werde. Zur Not drücke man halt vorher noch ein Sparpaket durch.

Mindestens hätte der Stadtrat die Sünde des Sparpaketes 17 wieder rückgängig machen können. Allenfalls sei dies am heutigen Abend gar zu bewerkstelligen; der Rat sei via den Abschied der Rechnungsprüfungskommission ja sicherlich über den einen oder anderen diese Stossrichtung aufnehmenden Antrag in Kenntnis.

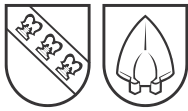
Auf den ersten Blick reihe sich auch dieses Budget in den alljährlich wiederkehrenden, fast standardisierten Prozess ein, wo die Ratsmitglieder sich um ein paar Budgetposten streiten und noch über die Höhe des Steuerfusses debattieren.

Wenn das Plenum nun aber versuche, in grösseren und zusammenhängenderen Strukturen zu denken, werde erkennbar, dass die Stadt am heutigen Abend über ein signalweisendes Budget befindet, welches entscheidend für die Zukunft der Stadt sein werde. Und die Zukunft beginne jetzt. Die kommenden Jahre werden bezüglich Umwelt- und Energiefragen und hinsichtlich der Entwicklung der Stadt (versinnbildlicht an den Neubepanungen des Zentrums von Effretikon) und weiterer anstehender Grosinvestitionen wegweisend sein.

Das stadträtliche Schwerpunktprogramm setze beispielsweise deutliche Akzente in Energiefragen sowie in der Entwicklung der gesamten Infrastruktur und Wirtschaft der Stadt. Es sei sodann umso erstaunlicher festzustellen, dass sämtliche diese Ideen und Vorsätze im Integrierten Aufgaben- und Finanzplan IAFP nicht abgebildet scheinen. Da stelle sich die Frage, ob das stadträtliche Schwerpunktprogramm womöglich nur ein Papiertiger sei oder ob sich der Stadtrat nicht bewusst sei, dass Entwicklung auch Kosten und Investitionen mit sich bringe.

Entwicklung bilde Gegenwerte und komme allen zu Gute, diese Gesetzesmässigkeit gelte im Übrigen auch in der Privatwirtschaft.

Aus Sicht von Stefan Hafen habe der Gesamstadtrat seine Hausaufgaben nicht gemacht. Er hätte genau in dieser komfortablen finanziellen Lage mehr Übernahme von Verantwortung und mehr Mut gewünscht. Der Stadtrat verstehe offenbar unter dem Prozess des Erarbeitens von Schwerpunkten eine



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

langweilige Steuersenkung und eine akzentlose Erfolgsrechnung, ergo wenig Innovation. Stefan Hafen erteilt dieser Regierungsarbeit eine ungenügende Note.

Eine ungenügende Note deshalb, da er dem Budget diametral zum Schwerpunktprogramm keine Weitsicht und keine Aufbruchsstimmung, sondern mangelndes Verantwortungsbewusstsein, ja geradezu verwalterische Langeweile erkenne.

Mit ernster und zunehmend finsterner Miene appelliert Gemeinderat Hafen an die versammelten «Damen und Herren» und dem Ausspruch wonach, «gopferteckel» alle in diesem Saal Anwesenden auch Schweizerinnen und Schweizer seien. In dieser Eigenschaft sei man anderen häufig einen Schritt voraus und gebare sich innovativ. Das garantiere den hiesig vorherrschenden Wohlstand. Und siehe da, der Stadtrat schlage vor, sich zurückzulehnen und sich der komfortablen Lage hinzugeben. Das sei falsch. Jetzt sei der Moment, um Fahrt aufzunehmen.

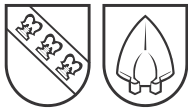
Gemeinderat Hafen biete Hand für alle jene, die mit Weitsicht im Interesse für die Stadt Illnau-Effretikon handeln möchten. Auch die gesamte SP-Fraktion zeige sich über die Parteigrenzen hinaus bereit, zeitnah die Köpfe zusammenzustecken und mittels Vorstössen den Stadtrat in die notwendigen Handlungen zu zwingen, zum Wohle der Stadt, zum Wohle deren Entwicklung, zum Wohle des Wohlstandes.

Das Parlament stünde vor einer Entscheidung, welche für die Zukunft tragende Auswirkungen haben wird. Ja, man könne Steuern senken; ja, man könne auch eine zurückhaltend ausgestaltete Erfolgsrechnung durchwinken und sich einer «Rückwärtsgewandtheit» und Interessenspolitik hingeben, oder man beginne nun, endlich Verantwortung zu übernehmen, aufzuwachen, vor- und nicht nur nachzudenken. Man möge sich endlich auf die Handlungsebene begeben.

Ratspräsidentin Katharina Morf, FDP, ermahnt den Sprechenden zur Einhaltung der mit drei Minuten veranschlagten Redezeit.

Die Zeit der Formalisten, Technokraten und Verwalter sei abgelaufen. Möge der Grosse Gemeinderat in die Zukunft der Stadt und in die Wirtschaft investieren, aber – und damit schliesst Gemeinderat Hafen sein Votum – «sapperlot namal» man möge es endlich anpacken.

Angesichts verschiedener weitergehender Angriffe an die Adresse des Stadtrates und gefallener Fluchwörter erwägt die Ratsleitung einen Ruf zur Wahrung des parlamentarischen Anstandes, sieht dann aber davon ab, da sie als rhetorische «Stilmittel» Einsatz fanden.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

2.4.3 GEMEINDERAT RENÉ TRUNINGER, SVP

Gemeinderat René Truninger, SVP, ruft dem versammelten Plenum in Erinnerung, wonach die SVP, sich seit Jahren mit Weitblick dafür einsetze, die resultierenden Überschüsse den Einwohnerinnen und Einwohnern «zurückzugeben» und den Steuerfuss auf die geforderten 110 % zu senken.

Und jetzt sei es endlich soweit, dass auch der Stadtrat Bereitschaft erkläre, zumindest einen Teil der umfangreichen Überschüsse an die Einwohnerschaft zurückzugeben.

Nicht nur das Budget 2020 bewege sich im «Plus», der Stadtrat beantrage zusätzlich gar noch, eine Einlage von Fr. 4 Mio. in die Finanzpolitische Reserve zu tätigen. Nach Auffassung von René Truninger liesse sich bei Grossinvestitionen oder zu schlechteren Zeiten wieder darauf zurückgreifen.

Der positiven Nachrichten noch nicht genug, wird die Stadt Illnau-Effretikon mit Blick auf die Jahresrechnung 2019 gemäss der erstmals stadträtlich publizierten Hochrechnung einen beträchtlichen Überschuss von Fr. 7 Mio. erzielen.

Nebenbei erwähnt, könne nach Auffassung der SVP angesichts dieser komfortablen Ausgangslage der Steuerfuss auch auf 102 % gesenkt werden. Die Stadt habe in den vergangenen fünf Jahren insgesamt Fr. 22 Mio. an Überschüssen erzielt, was es ihr ermöglichte, die Verschuldung währenddessen kontinuierlich abzubauen. Die Stadt Illnau-Effretikon weise mittlerweile ein Pro-Kopf-Vermögen aus.

Unter diesen Umständen erscheint es der SVP-Fraktion absolut gerechtfertigt und sogar zwingend, die Bevölkerung an der positiven Entwicklung teilhaben zu lassen und ihr «etwas zurückzugeben». Eine bescheidene Reduktion des Steuerfusses von 3 % auf 100 % dränge sich daher auf.

In vergangenen Jahren sei die SVP von der linken Seite wegen «angeblich willkürlicher» Sparanträge kritisiert worden. In diesem Jahr präsentiere sich die Sachlage mitunter so, dass die linke Ratshälfte trotz positiver Entwicklung teilweise unzulässige Erhöhungsanträge (sprich Mehrausgaben) ins Feld führe, sodass man sich nicht des Eindruckes erwehren könne, wonach den darin vertretenen Parteien jeglicher Sinn für die Realität entschwunden ist. Dieses Gebaren wirke unglaubwürdig und könnte auch als «täubele» bezeichnet werden.

In der Vergangenheit ist die SVP von der linken Seite oft wegen „angeblich willkürlicher“ Sparanträge kritisiert worden,

Bezeichnend sei es daher zu erwähnen, wonach die Vertretungen der Sozialdemokratischen Partei SP – die interessanterweise selbst über drei Mitglieder im Stadtrat verfügt –, das Budget mit aller Gewalt zu erhöhen wünschen. Und dies nur deshalb, da sie die vernünftige Steuerfussenkung auf 110 % zu verhindern wissen wollen.

Der Grünliberalen Fraktion empfiehlt Gemeinderat Truninger, den Kompass neu auszurichten. Anstatt eine liberale Politik zu verfolgen, den Steuerfuss um bescheidene 3 % zu senken und damit der Bevölkerung und dem Gewerbe etwas zurückzugeben, bekämpfe sie trotz eigener stadträtlichen Vertretung die vernünftige 110 %-Lösung. In einem Pakt mit der linken Ratshälfte bedient sie sich eines sehr unliberalen Praxis und gedenkt, der Ausgabenerhöhung zum Durchbruch zu verhelfen.

Zum Schluss zitiert Gemeinderat Truninger Stadtrat Philipp Wespi. Dieser habe nämlich in der Vergangenheit stets betont, dass es wichtig sei, wonach der Steuerfuss über eine längere Zeit unverändert und damit im Sinne der Kontinuität verlässlich und planbar bleibe.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

Die SVP-Fraktion erwarte daher seitens des Stadtrates, dass der Steuerfuss nicht nur drei Jahre auf gleichem Niveau belassen bleibe, sondern der Stadtrat alles daransetze, dass der Ansatz für die nächsten fünf Jahre unverändert bestehen bleibt.

Im Namen der SVP-Fraktion appelliert Gemeinderat Truninger an die Vernunft des Parlamentes. Er hofft, dass das Ratsplenum der vernünftigen Steuerfussenkung auf 110 % zustimmen werde und damit der Bevölkerung etwas von dem zu viel eingezahlten Steuergeld zurückgeben möge.

Ratspräsidentin Katharina Morf, FDP, ermahnt den Sprechenden zur Einhaltung der mit drei Minuten veranschlagten Redezeit.

Im Weiteren verzichte die SVP-Fraktion darauf, am heutigen Abend partikuläre Anträge zu stellen und plädiere dafür, auf die Vorlage einzutreten.

2.4.4 GEMEINDERAT SIMON BINDER, SVP

Gemeinderat Simon Binder, SVP, erwartet die nachfolgende Debatte mit Spannung. Aus den im Abschied der Rechnungsprüfungskommission formulierten Anträgen sei er nicht schlau geworden. Sie dienen allesamt dazu, Mehrausgaben oder Mindererträge vorzusehen. Vereinzelt Anträge können – durch die Rechnungsprüfungskommission im Abschied ebenso richtig dargelegt – den Stadtrat nicht dazu veranlassen, Projekte und -verfahren ohne entsprechende Grundlage und Vorlauf bereits im Jahr 2020 umzusetzen. Die verschiedenen «Extrawürste» seien über den ordentlichen politischen Prozess anzumelden oder einzufordern, wo sie vertieft geprüft und diskutiert werden können. Gemeinderat Binder erklärt sich bereit, über Neophyten-Bekämpfung, Bushaltestellen und zusätzliche Spenden ins Ausland, aber nur im Rahmen des üblichen Verfahrens. Solche Anliegen nun mittels des Budgets «durchzuboxen» erweise sich als unreif und eines Parlamentes unwürdig.

Gemeinderat Binder plädiert an die Vernunft und Sparsamkeit der Ratskollegen und Ratskolleginnen.

2.4.5 GEMEINDERÄTIN BRIGITTE RÖÖSLI, SP

Gemeinderätin Brigitte Röösl, SP, richtet die Frage an den Stadtrat, ob das vorgelegte Budget tatsächlich dessen Ernst entspreche.

Scheinbar seien sämtliche Mitglieder zu einzelnen Verwaltern und Verwalterinnen mutiert. Brigitte Röösl attestiert dem Stadtrat fehlender Entwicklungswille und Hang zur Null-Innovation. Im Übrigen seien es nur drei von sieben Mandaten, die im Stadtrat der Sozialdemokratischen Partei zufallen.

Erheiterung im Saal.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

Mit einem wunderbaren Schwerpunktprogramm habe der Stadtrat eine Vorlage geliefert, zu deren Umsetzung ihm jetzt offenbar der Mut abhandengekommen sei. Es biete sich jetzt die Möglichkeit, Investitionen in die Zukunft zu tätigen und der Bevölkerung eine höhere Lebensqualität zu bieten.

Seit zehn Jahren stünde die Stadt in ihrer Entwicklung praktisch still – es türmten sich zwar ein Haufen neuer Gestaltungspläne durch die politischen Instanzen, aus lauter Sparwut habe die Stadt aber bislang noch nicht an Attraktivität gewonnen.

Sollten Veränderungen tatsächlich in Realität erwachsen, müsse man die Zügel zum jetzigen Zeitpunkt in die Hand nehmen. Es stelle sich die Frage, worauf der Stadtrat eigentlich noch warte? Gemeinderätin Brigitte Rösli ersucht den Stadtrat eindringlich und inständig, dass er aus seinem Dornröschenschlaf erwachen, endlich handeln und die Themen der Zeit endlich anpacken möge.

Bei der Umsetzung von Massnahmen für das Klima, bei Entwicklungsschritten zur Wirtschaftsförderung, bei der Schaffung von Beratungs-, Unterstützungs- und soziokulturelle Angeboten und beim Bau einer Holzschnitzelheizung herrsche Stillstand.

Brigitte Rösli kann sich des Eindrucks nicht erwehren, wonach der Stadtrat sich offenbar mit dem Antrag zur Steuerfussenkung Steine in den Weg legen will, um die sich selbst auferlegten Massnahmen nicht angehen zu müssen bzw. die Entwicklung der Stadt aufzuhalten.

Von nichts komme nichts. Zeige der Stadtrat nun Wille zum Mut, dann werde man auch in 50 Jahren noch von der einstig innovativen Stadtregierung sprechen.

Brigitte Rösli zieht Vergleiche mit der Stadt Schlieren – jenes Beispiel zeige exemplarisch, wie man positive Entwicklungen auch angehen und anpacken könnte. Ungleich der Stadt Illnau-Effretikon seien die Schlieremer keine «Hosenscheisser». Zudem verfügt die Stadt Schlieren über einen erst noch höheren Steuerfuss.

Gemeinderätin Rösli ruft zu mutigen Entscheiden auf; die Stadt Illnau-Effretikon sei angehalten Entwicklungen anzustossen und Leuchtturmprojekte zu lancieren. Dafür werde sie die angehäuften Millionen noch brauchen, deshalb komme es auch keiner Tragödie gleich, wenn die Stadt den Steuerfuss nicht reduziert.

2.4.6 GEMEINDERAT STEFAN EICHENBERGER, FDP/JLIE/BDP

Gemeinderat Stefan Eichenberger, FDP/JLIE/BDP, teilt mit, wonach sich die angeschlossene Fraktion auf eine sachliche Debatte und möchte dem Stadtrat vorab für die gute Arbeit und die Vorlage dieses erfreulichen Budgetgeschäfts danken. Die durch den Stadtrat unterbreiteten Anträge haben die Unterstützung der Fraktion verdient.

Zu den verschiedenen durch die Rechnungsprüfungskommission formulierten Anträge bringt die FDP/JLIE/BDP-Fraktion folgende Bemerkungen an:

Aufgrund der sehr guten Rechnungsabschlüsse darf die Stadt Illnau-Effretikon eine gut gefüllte Stadtkasse ihr Eigen nennen. Selbstverständlich werde nun durch die links/grüne Seite versucht, diese Gelder zu verteilen, um eine Senkung des Steuerfusses abzuwenden.

Als liberale Partei setzt sich die Fraktion für einen sorgsamen Umgang mit Steuergeldern ein. Trotz Adventszeit und in Kürze bevorstehenden Weihnachtstagen unterstützt die Partei keine solchen durch die Gegenparteien angestrebten Verteilaktionen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

Mehrere Anträge erweisen sich als nicht zielführend. Die Kompetenz, den Stellenplan festzusetzen, falle beispielsweise ausschliesslich dem Stadtrat zu. Das galt seinerzeit bei Kürzungsanträge anlässlich früherer Budgetdebatten – gleiches komme nun auch bei Anträgen auf Etaterhöhungen zum Zug.

Die Festlegung der Gebühren falle, abgesehen von ein paar wenigen Ausnahmen, in die Hoheit des Stadtrates. Investitionen finden den Weg zur Umsetzung nicht via Budget, sondern über den ordentlichen politischen Prozess mittels Vorstössen und Sachvorlagen. Bei positiver Unterstützung werden die Vorhaben mit Verpflichtungskrediten auf eine rechtliche Basis gestellt. Wunschlisten, wie sie nun verfasst wurden, sind in dieser Weise nicht statthaft.

Zur angeblich fehlenden Vision führt Gemeinderat Eichenberger aus, wonach das Budget immer noch das Schwerpunktprogramm des Stadtrates abbilde. Eines Stadtrates, der immerhin über eine Mitte-Links-Mehrheit verfüge. Als das Legislaturprogramm dem Grossen Gemeinderat zur Kenntnisnahme unterbreitet wurde, stiess es bei den entsprechenden Kreisen auf grossen Rückhalt und Akzeptanz – nun scheint man mit Vorlage des Budgets damit plötzlich nicht mehr zufrieden zu sein.

Vor der Neuzusammensetzung der Behörden anlässlich der vergangenen Erneuerungswahlen war aus den Reihen des Parlamentes zu vernehmen, wonach das Vertrauen in den damals bürgerlich dominierten Stadtrat fehle. Heute fügen sich die Mehrheiten in der Stadtregierung aus Mitte-Links-Parteien zusammen und dennoch komme abermals eine Unzufriedenheit zu deren Arbeit zum Ausdruck.

Gar werde der Ruf nach Verantwortungslosigkeit laut. Gemeinderat Eichenberger fragt sich, ob gewisse Kreise sich wohl den bürgerlich zusammengesetzten Stadtrat zurückwünschten.

Zustimmende Rufe aus den Reihen des Parlamentes.

Die FDP/JLIE/BDP-Fraktion plädiert für Eintreten.

2.4.7 GEMEINDERAT MATTHIAS MÜLLER, CVP

Gemeinderat Matthias Müller, CVP, gibt bekannt, wonach das vorgelegte Budget in seiner Gesamtheit auch bei der CVP-Fraktion für ein Überraschungsmoment sorgte. Vor zwei Jahren sei bei der Senkung des Steuerfusses weit herum betont worden, von welcher Wichtigkeit sich eine längerfristige Stabilität des Steuerfuss insbesondere für das Gewerbe und die Wirtschaft erweise. Die CVP habe damals die moderate Senkung um zwei Prozentpunkte mitgetragen, da sie überzeugt war, dass die Verwaltung ihre Aufgabe zum Wohl der Gemeinschaft weiterhin vollständig werde erfüllen können.

Gemeinderat Müller meint, dass dem während der letzten beider Jahre auch so war.

Nun unterbreite der Stadtrat ein Budget, welches nach den Regeln der Rechnungslegung – und ohne Leistungsabbau – eine Reduktion der Steuern um weitere drei Steuerprozent erlaube; vorerst für drei Jahre. Die klare Befristung stelle einen wichtigen Unterschied gegenüber der Situation vor zwei Jahren dar.

Ebenso weist Gemeinderat Müller auf weitere Unterschiede zur damaligen Situation und deren Umstände hin.

Erstens:

Heute stünde man nicht im Wahlkampf. Alleine das sollte es möglich machen, dass die Mitglieder des



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

Grossen Gemeinderates sich heute Abend vom klaren Verstand und vor allem von guten Argumenten leiten liessen.

Zweitens:

Das neue Rechnungslegungsmodell HRM2 schlage nun zum ersten Mal voll durch.

Und Drittens:

Gewisse gesellschaftliche Trends hätten sich verstärkt. Dazu zählt Gemeinderat Müller die folgenden zwei: Zum einen die Anstrengungen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Zum anderen das Bewusstsein, dass die Menschen zwar das Wetter nicht machen, sehr wohl aber das Klima beeinflussen können. Konkret biete die CVP-Fraktion Hand zu Korrekturen im Budget bezüglich Massnahmen aus dem Sparpaket sowie der Entlastung von Familien. Ebenso wolle sie im Energiebereich Akzente setzen.

Der Steuerfuss müsse in jedem Fall durch den Budgetbedarf belegt und ausgewiesen sein. Und wie dieser Budgetbedarf festgelegt respektive gerechtfertigt werde, dafür bestünden finanzpolitische Regeln.

Auch wenn die Intention von einzelnen Anträgen der RPK-Minderheit noch so löblich sein mögen: Es sei weder fair noch korrekt gegenüber der Steuerzahlerin und dem Steuerzahler, aus rein parteiideologischen Gründen Ausgaben im Budget einzustellen, wenn schon jetzt klar sei, dass ein Grossteil der Gelder im Jahr 2020 mangels Projektierung gar nicht ausgegeben werden können. Mit dem Grundsatz der Budgetwahrheit sei dies nicht vereinbar.

Dass der Steuerfuss nächstes Jahr tiefer liegen werde als heute, scheint klar. Egal um wieviel tiefer denn er auch ausfallen werde: Der Entscheid sei mit einem Etikett zu versehen, auf dem mit dickem rotem Filzstift geschrieben stünde: «Mit Vorsicht zu geniessen».

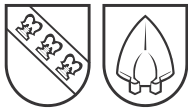
2.4.8 GEMEINDERAT MARKUS ANNAHEIM, SVP

Gemeinderat Markus Annaheim, SP, möchte etwas Ruhe in die angeregte Debatte bringen und erinnert das versammelte Plenum an die Einleitungsklausel von § 26 der Stadt Illnau-Effretiker Gemeindeordnung, wo die Marginalie «Finanzhaushalt» folgendes umfasse:

Der Grosse Gemeinderat trifft die leitenden Entscheidungen für den Gemeindehaushalt, nämlich Festsetzung des jährlichen Voranschlages und des Steuerfusses [...].

Es sei also das Parlament, welches bestimme, wo, zu welchen Themen und Positionen welche Gelder ausgegeben werden sollen. Diese entspreche dem normalen, legitimen politischen Prozess.

Wenn der Rat fähig war, in den letzten Jahren locker flockig Senkungen und Streichungen zu beschliessen, so müsse auch Gegenteiliges möglich sein; sodass das, was in den letzten Jahren an Einbussen an Lebensqualität habe hingenommen werden müssen, wieder rückgängig gemacht werden könne. Selbstverständlich entscheide letzten Endes der Stadtrat, wie er die Gelder verwenden werde, aber das Legislativorgan gebe die leitende Entscheidung vor.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

Der Stadtrat unterbreite einen Vorschlag und dem Grossen Gemeinderat ist es unbenommen, an diesem Antrag Korrekturen und Anpassungen vorzunehmen, in welcher Richtung auch immer diese ausfallen.

Gemeinderat Annaheim ersucht das Plenum, sich diesen Sachverhalt während der nun folgenden Detailberatung vor Augen zu führen.

3 ABSTIMMUNG ÜBER EINTRETEN

Die Ratspräsidentin fragt den Grossen Gemeinderat an, ob nach der gewalteten Eintretensdebatte die weitere Behandlung des Geschäftes bestritten sei.

BESCHLUSS

Die Ratspräsidentin stellt fest, dass das Gremium ohne Gegenvotum auf das Geschäft mit grossem Mehr eintritt.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

4 BERATUNG DER ANTRÄGE DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION ERFOLGSRECHNUNG

In Umsetzung des durch den Rat eingangs gutgeheissenen Vorgehens, wonach die Behandlungsreihenfolge nun die Beratung der durch die Rechnungsprüfungskommission gestellten Anträge vorsieht, leitet die Ratspräsidentin die entsprechende Detailberatung ein.

NACHVOLLZUG ÜBERGEORDNETER BESCHLÜSSE

In ihrem Abschied unterbreitet die Rechnungsprüfungskommission dem Grossen Gemeinderat einen Antrag, wonach das Budget infolge der zwischenzeitlich durch den Zürcher Regierungsrat geänderten Teuerungszulagen auf den Löhnen des Staatspersonals entsprechend um Fr. 150'350.- zu entlasten bzw. zu korrigieren ist.

Der Regierungsrat hat die gewährten Teuerungszulagen auf den Löhnen des Staatspersonals angepasst. Entsprechend resultieren Anpassungen im Budget 2020.

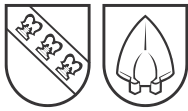
KART 3010.00 Löhne Verwaltungs- und Betriebspersonal:	Fr. -63'750.-
KART 3020.00 Löhne Lehrpersonen:	Fr. -23'700.-
KART 3611.00 Entschädigungen an Kantone und Konkordate.:	Fr. -62'900.-
Total:	Fr.-150'350.-

Die Ratspräsidentin erkennt nach entsprechender Rückfrage aus dem Plenum keinen Diskussionsbedarf. Sie macht dem Grossen Gemeinderat beliebt, in Globo über diese Korrekturen abzustimmen. Stillschweigend erklärt sich das Stadtparlament mit diesem Vorgehen einverstanden.

ABSTIMMUNG

Der Grosse Gemeinderat heisst den Antrag der Rechnungsprüfungskommission mit grossem Mehr gut.

RPK-Mehr- und Minderheiten unterbreiten folgende Änderungsanträge zur Erfolgsrechnung des Budgets 2020.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

ERFOLGSRECHNUNG

KONTOGRUPPE 1 / RESSORT PRÄSIDIALES

KST 1300 – STADTENTWICKLUNG UND REGIONALPLANUNG

4.1 ANTRAG DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION 4.1.1 KOMMISSIONSMINDERHEIT

Kommissionsmitglied Arie Bruinink, Grüne, vertritt den durch eine Minderheit gestellten Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

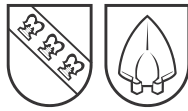
Ergänzend sei festgehalten:

Sowohl die Stadtteile Effretikon und Illnau befänden sich zurzeit in einer Phase des Umbruchs. In den letzten Jahren mache ein Geschäft nach dem anderen dicht. Die Metzgerei Ziegler in Effretikon (zuvor Tosoni) sei das jüngste, sicherlich aber nicht das letzte Beispiel. Beinahe alle Städte und Gemeinden sehen sich mit ähnlichen Problemen konfrontiert. Lösungen seien Mangelware und fokussieren teilweise nur auf ortsspezifische Gegebenheiten.

Der Stadt Illnau-Effretikon stünden grosse bauliche Änderungen bevor – sie werde in absehbarer Zukunft und bei Umsetzung aller Gestaltungspläne über umfassende zusätzliche Ladenflächen und Büroräumlichkeiten verfügen, wenn die Bauzonen Bahnhof Ost und West dereinst überbaut sind. Wie es gelingen soll, Unternehmungen und Gewerbetreibende in solch hochkadenter Zahl in Illnau-Effretikon anzusiedeln, darüber seien noch wenig Anhaltspunkte bekannt. Dass sich die Parlamentarierinnen und Parlamentarier über diesen Umstand sorgen, läge auf der Hand. Einige während der jüngeren Vergangenheit eingereichten Interpellationen – die letzte stammt von Gemeinderat Roland Wettstein, SVP – würden auf dem eben geschilderten Sachverhalt abstellen.

Möglicherweise habe der Stadtrat als Antwort und Reaktion darauf es als eine Notwendigkeit erachtet, die Stelle eines Wirtschaftsförderers oder eine Wirtschaftsfördererin mit einem Pensum im Umfang zwischen 60 und 80 % zu schaffen. Zwischenzeitlich konnte sich die RPK-Minderheit den Stellenbeschrieb dieser neuen Position zu Gemüte führen. Ebenso erhielten die Mitglieder Einsicht in das durch den Stadtrat verfasste und im Oktober verabschiedete Wirtschaftsstandort-Strategie-Papier. Diese Dokumente erschliessen dem Leser etwas genauer, was seitens des Stelleninhabers bzw. der Stelleninhaberin erwartet werde und welches ihre Tätigkeitsfelder sein werden. Es sei viel, sehr viel und für eine 80 %-Stelle sicherlich zu viel.

In der Zwischenzeit habe Gemeinderat Arie Bruinink ein Gespräch mit Peter Frischknecht, dem Geschäftsführer des Start-up-Unternehmens Gebäudekomplex Startfeld in St. Gallen, führen können. Ebenso konnte sich Gemeinderat Bruinink mit Jean-Pierre Vuilleumier, Managing Director der Unternehmung Start-up Invest, austauschen. Beide Personen verfügen über profunde und jahrelange Erfahrung in der Startup-Szene; letzterer organisiere die einmal jährlich stattfindenden Startup Days, die das Interesse von jeweils weitaus mehr als 1'000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf sich zu ziehen vermögen. Beiden habe Bruinink die Situation von Effretikon geschildert und sie gefragt, was es brauche, dass sich Start-up Firmen in der Stadt ansiedeln. Beide hätten Bedenken geäussert, da die Konkurrenz gross sei. In den Städten Winterthur, Dübendorf, Zürich und Schlieren hätten sich teilweise grosse Technoparks etablieren können. Ebenso scheine klar, dass anfänglich grosse Investitionen zu tätigen



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

seien, soll die Sache tiefgründig angegangen werden. Dazu sei Expertenwissen, Platz für Events und auf die Ziele ausgerichtete spannende Infrastruktur notwendig.

Die Stadt Illnau-Effretikon begnüge sich mit einer Billigversion. Gemeinderat Bruinink zieht einen Vergleich mit Duschen. Duschen nur mit Kalt- und ohne Warmwasser erfülle seinen reinigenden Zweck im grossen Ganzen auch. Würde die Stadt nicht aber auch die Dusche mit warmem Wasser vorziehen?

Im Allgemeinen gehe auch folgender Ausspruch selten fehl: Wer am Anfang spare, habe später die Zeche zu bezahlen. Dass die Stadt weiterhin auf die Standortförderung «House of Winterthur» als Diskussionspartner zähle, gehe in Ordnung. Das sei an Massnahmen aber zu wenig. Hier zu sparen und das Schicksal der Stadt einigen Lokalpropheten zu überlassen sei angesichts des Ernstes der Situation nicht angezeigt.

Der Stadtrat möge sich mit entsprechenden Geldern ausgestattet, von möglichst vielen national und international ausgewiesenen und anerkannten Experten beraten lassen, um handfeste Projekte und Strategien auszuarbeiten. Diese sollen Wege und Formen aufzeigen, wie sich beispielsweise zukunftsorientierte Ladenkonzepte präsentieren und wie sich Unternehmungen und Ableger des Detailhandels in Illnau-Effretikon ansiedeln könnten. Ebenso soll dargelegt sein, wie die Stadt Illnau-Effretikon wieder ein attraktiver Standort mit hoher Lebensqualität werden könnte.

Namens der RPK-Minderheit empfiehlt Gemeinderat Bruinink, dem vorstehenden Änderungsantrag zu zustimmen.

SEITE	KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG AUS RPK
12	1300.3132.00	Honorare externe Berater	5'000	65'000

BEGRÜNDUNG

Minderheit: Der Bereich Stadtentwicklung soll durch Beizug externer Expertise personell verstärkt werden. Einerseits, wie angedacht, für die reine Wirtschaftsförderung, wobei der Posten hier zu knapp bemessen ist, um eine sehr kompetente Person zu gewinnen, andererseits um das kulturelle und soziale Angebot zu verbessern und die Stadt attraktiver und lebenswerter zu machen. Zudem sollen uns BeraterInnen mit ausgewiesener (nationales und optimal internationales Renommee) Expertise in den Bereichen Stadtentwicklung («von der Schlaf- zur Lebstadt») und Wirtschaftsförderung in der sehr wichtigen Anfangsphase diesbezüglich unterstützen und uns neue Impulse geben («out of the box view») (Schwerpunktprogramm: Punkt 1).

Mehrheit: Der Stadtrat hat ein Konzept verabschiedet, wie er den Wirtschaftsstandort Illnau-Effretikon stärken will. Nach Auffassung der RPK-Mehrheit sollte nun dieses Konzept entsprechend umgesetzt werden. Weitere Ausgabenwünsche sollten über den ordentlichen politischen Prozess erfolgen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

4.1.2 KOMMISSIONSMEHRHEIT

Kommissionsmitglied Thomas Hildebrand, FDP/JLIE/BDP, vertritt den durch eine Mehrheit gestellten Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

Es sei als wertvolles Zeichen zu estimieren, dass die Stadt den Handlungsbedarf und die Notwendigkeit einer strukturierten Wirtschaftsförderstrategie anerkannt und entsprechend gehandelt habe. Das verabschiedete Strategiepapier vermöge zu überzeugen, mit der Schaffung einer entsprechenden Stelle habe die Stadt ebenso ein wichtiges Signal ausgesandt. Es sei nun mit Geduld abzuwarten, welche Fortschritte und Resultate die aufgelegten Massnahmen erzielen werden.

Eine RPK-Mehrheit macht beliebt, den vorliegenden Antrag abzulehnen. Sollten die Antragsurheber am Anliegen dennoch festhalten wollen, mögen sie sich zur Durchsetzung ihres Wunsches der dafür üblichen vorgesehenen politischen Prozesse bedienen.

Sollte der Stadtrat erkennen, dass seine Massnahmen oder der zur Verfügung stehende Budget-Etat nicht ausreichen sollten, steht es ihm immer noch zu, seine eigenen finanziellen Kompetenzen anzurufen.

4.2 WEITERE MITGLIEDER DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION

4.2.1 GEMEINDERAT RALF ANTWEIER, GLP

Gemeinderat Ralf Antweiler, GLP, prognostiziert das Auftreten der nun aufgrund der parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse an sich typischen Patt-Situation.

Damit Grosses entstehen könne, sei auch mit entsprechenden Kellen anzurichten. Der Stadtrat habe sich nun allerdings seine eigenen Gedanken gemacht und zur Erfüllung seiner eigenen Massnahmen entsprechende Ausgaben beim Grossen Gemeinderat beantragt. Die GLP-Fraktion verzichtet deshalb darauf, aufgrund ihrer Entstehungsweise solche Anträge zu unterstützen, möchte dem Stadtrat aber signalisieren, dass er das zu Grunde liegende Thema umfassend zu bearbeiten habe, sollten sich Erfolge mittelfristig einstellen wollen.

4.2.2 GEMEINDERÄTIN MONIKA CADALBERT, SVP

Gemeinderätin Monika Cadalbert, SVP, gibt namens der SVP-Fraktion bekannt, wonach die Stadt eine Strategie verfolge, um Illnau-Effretikon attraktiver zu gestalten. Dies benötige Zeit und sei mit entsprechend zu leistendem Effort verbunden. Ebenso liesse sich qualifiziertes Personal nicht «an jeder Ecke» finden. Dem Stadtrat sei Zeit einzuräumen, sein Konzept umzusetzen, weshalb die SVP-Fraktion dem Antrag des Stadtrates folge und den Mehrheitsantrag der Kommission ablehnt.

4.3 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK

Keine Wortmeldungen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

4.4 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

Aufgrund eines Versehens wurde dem Stadtrat die Möglichkeit zur Repliknahme nicht eingeräumt. Die Ratspräsidentin entschuldigt sich unmittelbar für den entstandenen Fauxpas.

4.5 WEITERE DISKUSSION

Keine Wortmeldungen.

4.6 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den Antrag der Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	OBSIEGEND: ANTRAG RPK-MEHRHEIT / STADTRAT	RESULTAT
1300.3132.00	Honorare externe Berater	5'000	24:11

Der RPK-Minderheitsantrag, die Budgetposition auf Fr. 65'000.- zu erhöhen, unterliegt.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

ERFOLGSRECHNUNG

KONTOGRUPPE 1 / RESSORT PRÄSIDIALES

KST 1730 – KULTUR, VEREINE UND ANLÄSSE

- 4.1 ANTRAG DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION
- 4.1.1 KOMMISSIONSMINDERHEIT

Kommissionsmitglied Maxim Morskoj, SP vertritt den durch eine Minderheit gestellten Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung. Da sich demgegenüber keine neuen Sachverhalte ergeben, wird auf eine weitere Protokollierung verzichtet.

SEITE	KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG AUS RPK
14	1730.3636.00	Kultur, Vereine, Anlässe	290'000	350'000

BEGRÜNDUNG

Minderheit: Kultur und andere Angebote sollen stärker gefördert und ausgebaut werden, damit Illnau-Effretikon an Lebenswert gewinnt und weniger als Schlafstadt wahrgenommen wird. Dazu gehört die Förderung von Vereinen und des Quartierlebens mit einem Unterstützungsangebot. Der Verteilungsschlüssel liegt in der Kompetenz des Stadtrates, dieser soll sich aber am Kosten – Nutzen Gedanken orientieren.

Mehrheit: Im Budget 2020 sollten nur Ausgaben eingestellt werden, welche auch effektiv umgesetzt werden. Weitere Ausgaben sind über den ordentlichen politischen Prozess zu fordern. Derzeit fehlt einer Mehrheit die Grundlage für weitere Ausgaben in diesem Bereich.

- 4.1.2 KOMMISSIONSMehrheit

Referent: *Gemeinderat Thomas Hildebrand, FDP*

Kommissionspräsident Thomas Hildebrand, FDP, vertritt den durch eine Mehrheit gestellten Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung. Ergänzend sei festgehalten:

Auch der Kommissionsmehrheit läge das Kultur- und Vereinsleben in Illnau-Effretikon am Herzen. Ohne Strategie und Konzept erschliesse es sich der Mehrheit aber nicht, wo die Stadt noch zusätzliche Gelder investieren soll. Die Stadt unterstütze die Vereine bereits grosszügig mit Beiträgen (beispielsweise für die Jugendförderung) und Sachleistungen, indem sie ihnen beispielsweise Trainingslokale und dergleichen kostengünstig oder gar kostenfrei zur Verfügung stellt.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

4.2 WEITERE MITGLIEDER DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION 4.2.1 GEMEINDERAT ARIE BRUININK, GRÜNE

Gemeinderat Arie Bruinink, Grüne, schlägt den Bogen zu seinem eingangs erwähnten Votum, wonach das Ratsplenium mit diesem Budgetantrag über die Möglichkeit verfügen würde, der Bevölkerung «etwas zurückgeben» zu können.

Mit der Erhöhung dieser Budgetposition würde dem Stadtrat die Möglichkeit eingeräumt, die Attraktivität und die Lebensqualität von Illnau-Effretikon zu steigern. Eine Vielzahl von Einwohnerinnen und Einwohner könnte dies spürbar erleben.

Gemeinderat Bruinink schwebt vor, den neuen Begriff der «Kultur in Begegnung» zu prägen. Dabei sollen die Angebote verstärkt und neue Orte der Begegnung geschaffen werden können. Denn gerade mit Begegnungen liesse sich Schönes und Neues erfahren.

Ideen, mit dem Ziel, der Bevölkerung in dieser Hinsicht etwas mehr zu bieten als dies jetzt getan wird, gäbe es viele. Damit Vorschläge ausgearbeitet, umgesetzt und Neues ausgetestet werden könne, möge eine Ratsmehrheit dem vorstehenden Antrag zum Durchbruch zu verhelfen. Dabei solle man sich vom Kosten-Nutzen-Gedanken leiten lassen.

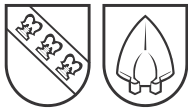
Gemeinderat Bruinink schildert den versammelten Reihen erste Kostproben seiner Ideen: Der öde anmutende Herbstmarkt soll anders gestaltet und beispielsweise in den Rahmen einer Kulturwoche eingebettet werden. Statt der bislang wenigen würden plötzlich mehr Personen diese Veranstaltungen besuchen – in dieser Weise würden auch vermehrt Begegnungen stattfinden. Orte, wo sich mehr Menschen versammeln, ziehen auch weitere Personen an. Die Stadt könnte dadurch belebt werden.

4.2.2 GEMEINDERÄTIN MONIKA CADALBERT, SVP

Gemeinderätin Monika Cadalbert, SVP, gibt namens der SVP-Fraktion bekannt, wonach Vereine anzuhalten seien, ihren Bestand primär durch eigene Bemühungen sicherzustellen. Auch Anlässe seien in derselben Weise zu organisieren. Ein «Zustupf» der Stadt sei stets willkommen, das sei klar und auch legitim. Kulturelle Vereine und Anlässe sollten aber in erster Linie selbst für die eigenen Aufwendungen aufkommen können. Die SVP-Fraktion lehne diesen Antrag ab.

4.3 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK 4.3.1 GEMEINDERÄTIN BRIGITTE RÖÖSLI, SP,

Gemeinderätin Brigitte Röösl, SP, ruft das in der Schweiz weitum und traditionsgemäss verankerte Prinzip der Freiwilligenarbeit in Erinnerung. Die Bemühungen des Kulturforums wurden ohne Not (und ebenso ohne Konzept) von den Auswirkungen des Sparpaketes erfasst. Dabei wurde ausser Acht gelassen, dass dieses als Institution in der Stadt über einen hohen Stellenwert verfüge. Seit Umsetzung des Sparauftrages gestalte es sich für die Mitglieder des Kulturforums als Herausforderung, ein Veranstaltungsprogramm zu kuratieren, welches auch einmal ein paar grössere Acts vorsehe und auch über



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

Kleinkunstformate hinausgehe. Werde diesem Antrag nicht stattgegeben, sei mit Brief und Siegel sakrosankt in Stein gemeisselt, dass Illnau-Effretikon eine im Status einer Schlafstadt verbleibe.

4.3.2 GEMEINDERAT PAUL ROHNER, SVP

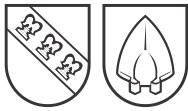
Gemeinderat Paul Rohner, SVP, hält fest, wonach es sich mitnichten so präsentiere, wie dies durch die Vorredner in ihren vorangegangenen Voten nun suggeriert wurde. Sehr wohl habe man im Jahre 2018 einen stolzen Betrag von Fr. 265'000.- für Kultur ausgegeben, und wie sich einzelne Ratsmitglieder vielleicht erinnern, einen solchen von Fr. 273'000.- in das Budget des laufenden Jahres eingestellt. Was effektiv an Ausgaben angefallen sei, ist noch nicht bekannt. Nun habe der Stadtrat im vorliegenden Budget erneut einen um Fr. 25'000.- erhöhten Beitrag ins Budget aufgenommen, ohne dass sich dazu Widerstand regte, obschon die Position mittlerweile bei Fr. 290'000.- steht. Dass eine Minderheit nun eine nochmalige Aufstockung von Fr. 60'000.- fordert, hält Gemeinderat Rohner für vermessen. Er könne sich kaum vorstellen, dass die Mitgliederzahlen der Vereine plötzlich derart in die Höhe geschnellt oder das Bedürfnis der Bevölkerung nach vermehrtem Kulturkonsum in solcher Potenz gestiegen sei. Der stadträtliche Antrag gehe in Ordnung und sei unterstützungswürdig.

4.3.3 GEMEINDERAT BEAT BORNHAUSER, GLP

Gemeinderat Beat Bornhauser, GLP, kommt nicht umhin festzustellen, dass er wohl kaum der einzige in diesem Saal anwesende sei, der in dieser Frage gleich mehrere Hüte trage. Bekanntlich präsidiere er den Verein der Stadtjugendmusik Illnau-Effretikon. Dass sich jeder Verein selbst tragen soll, wie dies Ratskollegin Cadalbert vorhin erwähnt habe, wäre eine schöne Vorstellung, ohne die städtischen Zuwendungen sehe sich wohl noch mancher Verein mit einem grossen Problem konfrontiert. Auch wenn selbstverständlich zu definieren ist, wie die möglicherweise zusätzlichen Gelder verwendet werden sollen, so unterstützt Gemeinderat Beat Bornhauser diesen Antrag.

4.3.4 GEMEINDERAT MAXIM MORSKOI, SP

Gemeinderat Maxim Morskoi, SP, klärt den Rat darüber auf, wonach diese Position beispielsweise eine vorgesehene Erhöhung des Beitrages an den Bibliotheksverein umfasse, damit dieser seine Angestellten zeitgemäss und fair entlönnen kann, nachdem dies über lange Jahre nicht mehr möglich war. In Illnau habe man vor wenigen Jahren den Bibliothekenstandort beispielsweise beinahe gänzlich schliessen wollen – der viel debattierte Umzug in grösser dimensionierte Räumlichkeiten kam bis zum heutigen Tag aber nicht zu Stande. Dort gelte es beispielsweise anzusetzen. Bibliotheken bergen ein grosses Potenzial, weitere Benutzerkreise zu erschliessen (Studenten, Co-Working-Spaces, usw.) – die Stadt müsste ein veritables Interesse daran verfolgen, sich für solche Innovationen vermehrt einzusetzen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

4.3.5 GEMEINDERAT DAVID GAVIN, SP

Gemeinderat David Gavin, SP, verlebte seine Kindheit in der Stadt Will SG, welcher er auch kürzlich gerade wieder einen Besuch abstattete. Für eine Stadt vergleichbarer Grösse vermöge Wil in kultureller Hinsicht einiges mehr zu bieten als Illnau-Effretikon.

Auch wenn das Vereinsleben in Illnau-Effretikon mehrere Sparten abdecke und die Organisationen gute Arbeit leisten, so erschliesse sich auch seitens der Stadt punkto Durchführung von Anlässen (allenfalls in Kooperation mit den Vereinen) doch noch einiges Optimierungspotenzial.

4.4 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

4.4.1 STADTPRÄSIDENT UELI MÜLLER, SP

Stadtpräsident Ueli Müller, SP, bestätigt, dass das Sparpaket¹⁷ einige Positionen umfasste, die Kürzungen an Positionen vorsahen, die dem städtischen Kultur- bzw. Vereinsleben zu Lasten fielen. Der Stadtrat vertritt auch heute noch die Auffassung, dass das Sparpaket angesichts der damaligen finanziellen Lage notwendig war und wird auch in der Gegenwart Beschlüsse nur in einzelnen Fällen in Wiedererwägung ziehen, nämlich dort, wo er den Handlungsbedarf als dringlich angezeigt erachtet. Ein Beispiel, welches bereits erwähnte wurde, beschlägt die betragslichen Zuwendungen an den Bibliotheksverein. Dessen Anliegen, seinen Mitarbeiterinnen die jahrelangen unverändert stagnierenden, auf gleichem Niveau verbleibenden Löhne um einen bescheidenen Anteil anzuheben, hat der Stadtrat als angemessen taxiert.

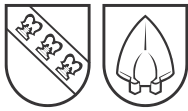
Stadtpräsident Müller möchte ungern Gemeinderat Morskoi und gar Gemeinderätin Brigitte Röösl widersprechen [*Erheiterung im Saal*], aber dennoch müsse er darauf hinweisen, dass weder die Ausgaben zu Gunsten des Kulturforums noch die Ausrichtung der Jugendförderbeiträge über die fragliche Budgetposition abgewickelt würden.

Raunen im Saal.

Stadtpräsident Ueli Müller erachtet sodann auch das kulturelle Angebot und das gesellschaftliche Leben in der Stadt auch nicht derart öde, wie von den Vorredner/innen beschrieben. Ein Vergleich mit der Stadt Will sei denn auch nicht statthaft, verfüge die Stadt Illnau-Effretikon mit ihrer Lage zwischen zwei Grossagglomerationen über auch kein regionales Zentrum, so wie dies die Stadt Wil für das Toggenburg darstelle und kann entsprechen auch nicht ein vergleichbares Publikumsaufkommen generieren. Selbstverständlich erachtet Stadtpräsident Müller die hiesige Situation als Herausforderung, sei die Lage von Illnau-Effretikon in vielerlei Hinsicht Fluch und Segen zugleich.

Eine Erhöhung dieser Budgetposition entfalte im Übrigen lediglich eine Wirkung, die sich auf das Jahr 2020 beschränkt. Damit dem Etat langfristig erhöhte Beiträge zugewiesen werden, sei seitens des Grossen Gemeinderates ein grundlegender Beschluss, umfassend einen Verpflichtungskredit notwendig.

Der Stadtrat halte an seinem ursprünglichen Antrag fest.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

4.5 WEITERE DISKUSSION

Keine Wortmeldungen.

4.6 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

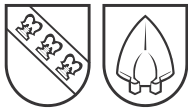
DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den Antrag der Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	OBSIEGEND: ANTRAG RPK-MEHRHEIT / STADTRAT	RESULTAT
1730.3636.00	Kultur, Vereine, Anlässe	290'000.-	23:12

Der RPK-Minderheitsantrag, die Budgetposition auf Fr. 350'000.- zu erhöhen, unterliegt.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

ERFOLGSRECHNUNG

KONTOGRUPPE 1 / RESSORT PRÄSIDIALES

KST 1740 – PARTNERSCHAFTEN UND ENTWICKLUNGSPROJEKTE

4.1 ANTRAG DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION 4.1.1 KOMMISSIONSMEHRHEIT

Kommissionsmitglied Arie Bruinink, Grüne vertritt den durch eine Mehrheit gestellten Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

In der Volksabstimmung vom letzten 17. November habe die Stadtzürcher Stimmbevölkerung die sogenannte «Ein-Prozent-Vorlage» klar gutgeheissen. Knapp 70 Prozent stimmten dem Ansinnen zu; alle Stadtkreise votierten positiv. Somit soll die Stadt Zürich bei guter Finanzlage in Zukunft jährlich 1 Steuerprozent an Hilfsprojekte im Ausland spenden. Statt drei Millionen Franken wie im letzten Jahr sollen es künftig acht Millionen sein. Auch der Zürcher Stadtrat habe sich für diese Erhöhung ausgesprochen. Gemeinderat Bruinink hofft, dass weitere Gemeinden als Zeichen der Solidarität diesem Beispiel folgen.

Ungleich den Verhältnissen, wie sie vor Wirksamkeit des Sparpaketes¹⁷ herrschten, richte die Stadt noch Fr. 125'000.- bzw. 0.3 Steuerprozent an Spendengelder aus.

Da sich die finanzielle Lage bzw. der städtische Haushalt erfreulich entwickle, sei es nun angezeigt, den Solidaritätsgedanken wieder verstärkt zum Ausdruck zu bringen.

Niemand im Saal sehe sich gezwungen, am Hungertuch zu nagen – alle hätten das unverdiente Glück, hier zu wohnen und zu leben, im beinahe reichsten Land der Welt.

Die durch die RPK-Mehrheit geforderte Anpassung falle verglichen mit den Massnahmen in der Stadt Zürich bescheiden aus. Die Stadt soll neu 0.47 statt bisher 0.3 Steuerprozent für Spenden aufwenden.

SEITE	KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG AUS RPK
15	1740.3632.00	Beiträge an Gemeinden und Zweckverband	50'000	75'000
	1740.3638.00	Beiträge an das Ausland	75'000	125'000

BEGRÜNDUNG

Mehrheit: *«Man erkennt den Wert einer Gesellschaft daran, wie sie mit den schwächsten ihrer Glieder verfährt».* (Gustav Heinemann)

Die Solidaritätsbeiträge wurden jüngst in Zusammenhang mit der starken Verschuldung im Sparpaket¹⁷ gekürzt. Hier soll der Beitrag wieder auf ein angemessenes Niveau gehoben werden. In den letzten Jahren wurden zum Zeitpunkt der Budgetierung jeweils finanziell schwierige Jahre erwartet, weshalb eine Reduktion der Solidaritätsausgaben vorgenommen wurde. Dies soll nun in einem Jahr mit ei-



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

nem finanziellen Spielraum wieder ausgeglichen werden.

Die Ausgaben betragen 2015 in den Konti (nach HRM1) mit Solidaritätsbeiträgen (185.3640.00, 3660.00, 3670.00 und 3670.10) zusammen Fr. 190'000.-, mit der beantragten Erhöhung sind es 2020 Fr. 200'000.-, was (knapp) einem halben Steuerprozent entspricht. Die Erhöhung soll in den Bereich fließen, in dem am meisten Handlungsbedarf besteht.

Minderheit Nach Auffassung der Minderheit ist es nicht eine Hauptaufgabe einer lokalen Kommune, andere Gemeinden – und insbesondere das Ausland – zu unterstützen. Im Vergleich zu anderen Gemeinden zahlt Illnau-Effretikon bereits jetzt einen namhaften Betrag. Dies hat auch ein kürzlich erschienener Beitrag in der NZZ (Neue Zürcher Zeitung) aufgezeigt. Zudem spendet die Stadt bei Katastrophen in der Schweiz immer wieder spontan Zuwendungen, letztmals beim Felssturz von Bondo (Fr. 17'000.-). Als Zeichen der Solidarität folgte damals der Stadtrat dem Aufruf der Glückskette und spendete den Betrag, der rund einem Franken pro Einwohner von Illnau-Effretikon entspricht. Das Geld war für die Soforthilfe zu Gunsten der evakuierten Bevölkerung sowie für die Aufräum- und Wiederinstandstellungsarbeiten verwendet worden. Dies wird sodann seitens der Minderheit positiv gewürdigt. Ansonsten empfiehlt die RPK-Minderheit, die Vorgehensweise betreffend die Spenden zu überarbeiten und dem Grossen Gemeinderat ein neues Konzept zu unterbreiten.

4.1.2 KOMMISSIONSMINDERHEIT

Referent: Gemeinderat Thomas Hildebrand, FDP

Kommissionspräsident Thomas Hildebrand, FDP, vertritt den durch eine Minderheit gestellten Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung. Ergänzend sei festgehalten:

Der Tages Anzeiger publizierte in seiner Ausgabe vom 9. November 2019 eine Übersicht über die Spendentätigkeit der einzelnen Zürcher Gemeinden (vgl. Beilage 6).

Berechnet auf den einzelnen Einwohner zeige sich, dass die Stadt Illnau-Effretikon überdurchschnittliche Beiträge leiste – zum Vergleich zieht Gemeinderat Hildebrand Werte der Städte Winterthur, Kloten und der Gemeinden Bassersdorf, Embrach, usw. heran.

Zudem sei zu erwähnen, dass die Stadt Illnau-Effretikon in der Vergangenheit bei plötzlich eintretenden Katastrophensituationen immer wieder Spontanzahlungen geleistet habe; letztmals beim Felssturz in Bondo GR.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

4.2 WEITERE MITGLIEDER DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION 4.2.1 GEMEINDERAT THOMAS SCHUMACHER, SVP

Gemeinderat Thomas Schumacher, SVP, schliesst sich dem Votum der RPK-Minderheit an. Es gäbe auch hierzulande bedürftige Personen, die für Solidarität und Grosszügigkeit empfänglich seien. Gelder nur ins Ausland zu schicken bzw. «rauszubuttern» sei vermessen. Die bisher dafür eingesetzten Beträge lägen über dem, was andere Gemeinden dafür vorsehen. Die Stadt Illnau-Effretikon soll Mut demonstrieren und auch einmal an das Wohl der eigenen Bevölkerung denken.

4.2.2 GEMEINDERAT RALF ANTWEIER, GLP

Gemeinderat Ralf Antweiler, GLP, unterstützt den Antrag der RPK-Mehrheit. Das Anliegen kann ohne umfangreiche konzeptionelle Überlegungen schnell umgesetzt werden. Die Stadt könnte in diesem Bereich als Vorreiterin agieren und vermag sich höhere Ausgaben in diesem Bereich angesichts der verbesserten finanzielle Lage zu leisten.

Die GLP-Fraktion beantragt Unterstützung.

4.3 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK 4.3.1 GEMEINDERAT KILIAN MEIER, CVP

Gemeinderat Kilian Meier, CVP, gibt die unterstützende Haltung zum vorstehenden Antrag seiner angeschlossenen Fraktion bekannt. Die positive Lage des städtischen Haushaltes lasse ein verstärktes finanzielles Engagement zu. Gemeinderat Meier weist zudem auf die langjährige und traditionelle Zusammenarbeit der Stadt gemeinsam mit den beiden Landeskirchen und dem Verein Solidarbasar im Bereich der Auslandhilfe und der Entwicklungshilfeprojekte hin. Jedes Jahr unterstützen diese Institutionen Projekte in der zweiten und dritten Welt unter Beizug von Geldern des öffentlichen Spendenaufrufs. Dabei steht im Jahresturnus jeweils ein anderer Kontinent im Fokus; 2019 lag dieser auf Projekten, die sich auf das Gebiet von Osteuropa konzentrieren und sich Themen wie Bekämpfung des Menschenhandels, Ausbildungsmöglichkeiten für Jugendliche, Arbeitsplätze in der Landwirtschaft widmen. Im Kanton Zürich sei diese Form der Gemeinschaftsarbeit einzigartig – darauf dürfe man auch stolz sein. Die Bündelung der finanziellen Mittel erlaube es, eine nachhaltige Entwicklung in den jeweiligen Projekten anzustossen.

Die CVP-Fraktion begrüsse es, wenn die Stadt auch in Zukunft einen angemessenen Beitrag leiste, welcher den Möglichkeiten der Stadtfinanzen entspreche.

Auch wenn das Betreiben von Entwicklungshilfe und die Unterstützung des Auslandes nicht einer Kernaufgabe einer Stadt entspreche, so komme die CVP-Fraktion zum Schluss, dass auch eine politische Gemeinde in der Verantwortung stünde, Solidarität für Menschen, die weniger gut situiert sind – insbesondere auch im Ausland – zu signalisieren. Nur so gelinge es, die strukturellen Ursachen von Armut und Not zu bekämpfen. Dies diene der Prävention von Krisen und Konflikten.

Ob sich ein Vergleich mit anderen Gemeinden in diesem Bereich als sinnvoll erweist, wagt Gemeinderat Meier zu bezweifeln.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

4.4 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK 4.4.1 STADTPRÄSIDENT UELI MÜLLER, SP

Stadtpräsident Ueli Müller, SP, weist darauf hin, dass auch in diesem Fall ein grundlegender Beschluss des Grossen Gemeinderat mit einem Verpflichtungskredit notwendig ist, um diese Position auch in weiteren Jahren mit erhöhten Geldern auszustatten.

Der stadträtliche Antrag entspreche dem Betrag, welcher im Rahmen des damaligen Sparpaketes für diese Position vorgesehen war. Der Stadtrat nahm innerhalb der In- und Auslandhilfe Verschiebungen vor. Nebst den erwähnten Gemeinschaftsprojekten bezüglich Auslandhilfe umfasse diese Position auch die Pflege der Beziehungen zu den aus- und inländischen Partnergemeinden.

An seiner heute Nachmittag stattgefundenen Sitzung habe der Stadtrat ausserhalb des Budgets und zu Lasten seiner eigenen Finanzkompetenz die Sprechung eines Beitrages zu Gunsten der Erdbebenhilfe beschlossen. Ein Beitrag von Fr. 10'000.- soll dazu beitragen, dass in Albanien Sofortmassnahmen zur Bewältigung der Katastrophe und deren Auswirkungen eingeleitet und umgesetzt werden können.

Anlässlich früherer Budgetdebatten musste sich Stadtpräsident stets gegen Senkungsanträge zu den fraglichen Positionen verteidigen – heute scheine es umgekehrt. Dennoch halte der Stadtrat an jenen Zahlen, die er selbst beantragt hat, fest.

4.5 WEITERE DISKUSSION

Keine Wortmeldungen.

4.6 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf die Anträge der Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	OBSIEGEND: ANTRAG RPK-MEHRHEIT	RESULTAT
1740.3632.00	Beiträge an Gemeinden und Zweckverband	75'000	18:17
1740.3638.00	Beiträge an das Ausland	125'000	18:16* / 18:17

Der RPK-Minderheitsanträge, die Budgetpositionen gemäss Anträgen des Stadtrates auf Fr. 50'000.- bzw. Fr. 75'000.- zu belassen, unterliegen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

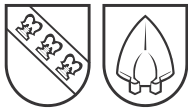
GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

* Die durch die Stimmzählenden ermittelten Resultate aus den Zählkreisen zum RPK-Minderheitsantrag / Antrag des Stadtrates ergeben zunächst I: 6, II: 10, III:0, Total 16 Stimmen. In der Pause wird offensichtlich, dass das Resultat in Zählkreis I falsch abgelesen wurde und auf 7 lautet. Auf eine Wiederholung der Abstimmung wird verzichtet, da der Sachverhalt keine Änderung am Beschluss erwirkt. Die Ratspräsidentin gibt die Korrektur nach der Pause dem Plenum bekannt. Es erfolgen keine Einwände.

An dieser Stelle wird die Sitzung gemäss Ankündigung für 30 Minuten unterbrochen.
Pause von 20.50 Uhr bis 21.20 Uhr.

Die Ratspräsidentin nimmt die Verhandlungen nach erfolgter Pause wieder auf und weist darauf hin, dass die Beratung der nachfolgenden beiden Anträge zur Kontogruppe 3, Ressort Bildung, ungleich der Darstellung im Kommissionabschied, kombiniert stattfindet und hernach separate Abstimmungen durchgeführt werden.

Das Plenum erwidert auf die Rückfrage, ob es sich mit diesem Vorgehen einverstanden erklären kann, keine verneinenden Anzeichen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

KONTOGRUPPE 3 / RESSORT BILDUNG

KST 3120 – PRIMARSTUFE **KST 3130 – SEKUNDARSTUFE**

4.1 ANTRAG DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION 4.1.1 KOMMISSIONSMINDERHEIT

Kommissionsmitglied Denise Tschamper, Grüne, vertritt den durch eine Minderheit gestellten Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung. Der im Rahmen des damaligen Sparpaketes gefasste Beschluss soll mit diesen Anträgen rückgängig gemacht werden.

SEITE	KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG AUS RPK
22	3120.3171.00	Primarstufe	40'000	75'000
23	3130.3171.00	Sekundarstufe	33'000	75'000

BEGRÜNDUNG

Minderheit: Es sollen 2 Klassenlager pro Klassenzug statt lediglich 1 möglich sein. Die im Sparpaket17 vorgenommene Kürzung soll rückgängig gemacht werden. Klassenlager sind für Lehrkräfte fordernd, doch zeigt sich, dass sie die soziale Entwicklung und den Zusammenhalt innerhalb der Klasse fördern sowie bleibende Erinnerungen schaffen. Damit tragen sie zu einer ganzheitlichen Entwicklung und Bildung bei.

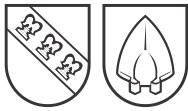
Mehrheit: Im Budget 2020 sollten nur Ausgaben eingestellt werden, welche auch effektiv umgesetzt werden. Weitere Ausgaben sind über den ordentlichen politischen Prozess zu fordern. Derzeit fehlt einer Mehrheit die Grundlage für weitere Ausgaben in diesem Bereich. Wenn der Stadtrat der Meinung ist, dass derzeit kein Bedarf für weitere Lager besteht, so ist dies zu respektieren.

4.1.2 KOMMISSIONSMEHRHEIT

Referent: Gemeinderat Thomas Hildebrand, FDP

Gemeinderat Thomas Hildebrand, FDP, war persönlich in seiner Schulzeit noch nicht von den Auswirkungen des Sparpaketes betroffen und besuchte dennoch nur ein Klassenlager pro Stufe. Dennoch sei auch aus ihm etwas Rechtes geworden.

Dass die Durchführung solcher Lager pädagogisch durchaus wertvoll scheint, sei unbestritten. Allerdings sei zu beachten, dass die Kompetenz zur Gewährung solcher Wochen bei der Schulpflege und nicht etwa beim Stadtrat oder beim Grossen Gemeinderat liegen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

Angesichts der gesellschaftlichen Entwicklungen und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gestaltet es sich heutzutage auch für die Lehrkräfte selbst als schwierig, solche Lager zu bewerkstelligen. Auch sie arbeiten heute vermehrt Teilzeit und müssen die eigene Kinderbetreuung sicherstellen.

4.2 WEITERE MITGLIEDER DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION 4.2.1 GEMEINDERAT MAXIM MORSKOI, SP

Gemeinderat Maxim Morskoi, SP, kann das Argument der erschwerten Organisation für die Lehrer zwar nachvollziehen, dennoch liessen sich oft auch Freiwillige finden, die solche Lager begleiten. Er persönlich stellt sich als Begleitperson für die Skilager der Kantonsschule Rychenberg, Winterthur, zur Verfügung. Für Studierende erweise sich dies als gut bezahlter Gelegenheitsjob. Das Problem verschärfe sich erst dann, wenn die Studierenden berufstätig werden und dann eine Güterabwägung zwischen Ferien-/ und oder Verdiensteinbusse vornehmen müssen. Ein erhöhter Budgetbeitrag bietet hier Möglichkeiten, weiterzudenken und Formen von Outsourcing zu prüfen.

4.2.2 GEMEINDERÄTIN MONIKA CADALBERT, SVP

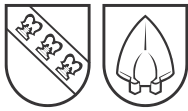
Gemeinderätin Monika Cadalbert, SVP, meint, wonach sich praktisch keine Lehrpersonen mehr zur Durchführung von Lager finden liessen; da nütze auch mehr Geld nicht. Der Klassenzusammenhalt könne auch mittels Projektwochen bzw. -tagen gefördert werden.

Die SVP-Fraktion lehne den Antrag ab.

4.3 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK 4.3.1 GEMEINDERAT MICHAEL KÄPPELI, FDP/JLIE/BDP

Gemeinderat Michael Käppeli, FDP/JLIE/BDP, nimmt Bezug auf die Schilderungen von Ratskollegin Tschamper und bekräftigt, dass seine schönsten Schulerinnerungen zu den Klassen- und Skilagern zurückreichen.

Das ändere aber nichts daran, dass der damit verbundene Entscheid auch dem dafür kompetenten Organ zustehe. Das sei nicht das 36-köpfige Parlament, sondern die städtische Schulpflege.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

4.3.2 GEMEINDERAT DANIEL KACHEL, GLP

Gemeinderat Daniel Kachel, GLP, unterstreicht den pädagogischen Wert von Schullagern jeglicher Art.

Die GLP-Fraktion erachtet den Stellenwert solcher Wochen als hoch, fördern sie doch das Miteinander, gemeinsam etwas ausserhalb des ordentlichen Schulrahmens zu erleben. Nebst geförderttem Gemeinschaftssinn bieten Lager auch eine Alternative oder Ideen zur sonstigen Freizeitgestaltung, die in der heutigen Zeit vermehrt durch Computerspiele, Social-Media-Aktivitäten usw. geprägt ist.

Ein erhöhter Budgetetat alleine vermag das organisatorische Problem, das der Organisation solcher Lage zu Grunde liegt, noch nicht zu lösen. Das Problem ist auch nicht allein bei der Lehrerschaft zu verorten. Es gestalte sich zunehmend als grosse Herausforderung Personen zu finden, die ein Lager begleiten. Die Ressource von Lagern, die innerhalb der Strukturen von Jugend und Sport (J+S) stattfinden, sei wertvoll, lasse sich aber nicht durch gewöhnliche Klassen- oder Skilager substituieren.

Ebenfalls sei zu berücksichtigen, dass die Durchführung von Lagern nicht alle Klassensituationen dienlich ist und Lehrpersonen in solchen Fällen davon absehen können, solche zu organisieren.

Die GLP-Fraktion lehnt den Erhöhungsbeitrag ab – sollte eine Lehrkraft tatsächlich mehrere Lager durchführen wollen, fänden sich immer Lösungen und Wege solche auch tatsächlich zu finanzieren.

4.3.3 GEMEINDERAT DAVID GAVIN, SP

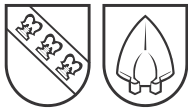
Gemeinderat David Gavin, SP, braucht angesichts der gefallenen Vorvoten die Vorzüge der Klassenlager und die positiven Einflüsse auf die Entwicklung der Schüler/innen nicht weiter zu erwähnen, haben doch auch die Gegner diese bereits hervorgehoben. Die Durchführung solcher Lage sei auch eine Frage des pädagogischen Ansatzes und des Willens.

Zur Selektion und zur Problematik zur Generierung von genügenden und geeigneten Begleitpersonen verweist Gavin auf ein dezidiert auf diese Fragen ausgerichtetes Konzept der Pädagogischen Hochschule Zürich (PHZ). Unter anderem werden neu Studierende der PHZ Klassenlager begleiten, was neue Ressourcen erschliesst.

4.3.4 GEMEINDERAT MARKUS ANNAHEIM, SP

Gemeinderat Markus Annaheim, SP, entgegnet den Vorrednern Hildebrand und Käppeli, wonach zwar, wie korrekt erwähnt, die Schulpflege der Entscheid zu den Durchführungsmodalitäten der Lager zustünde, der Grosse Gemeinderat aber das entsprechende Geld dafür bereitstelle – oder eben nicht.

Sofern das Parlament mehr Geld zur Verfügung stelle, schaffe man damit auch Möglichkeiten. Möglichkeiten, Entschädigungen für Begleitpersonen auszurichten und deren Einsatz allenfalls auch attraktiver zu gestalten und zu estimieren. Gegenteilig lautende Entscheide schränken ein oder verhindern.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

4.3.5 GEMEINDERAT KILIAN MEIER, CVP

Gemeinderat Kilian Meier, CVP, stimmt inhaltlich über die positiven Eigenschaften von Lagergefässen mit den Vorrednern überein, nimmt er doch in diversen Organisationen selbst an solchen Lagern teil und ist eng in deren Organisation und Durchführung involviert.

Den Ansatz, Lager langfristig wieder auszubauen und sich über Formen, Problematiken und Lösungen zu unterhalten, erachtet Gemeinderat Meier als wertvoll und verfolgenswert.

Kurzfristig vermag dieser Erhöhungsantrag aber nicht zu greifen. Der Planungsvorlauf und die Organisationsphase erweist sich als lang, so dass für 2020 sicherlich nicht mehr Lagerwochen vorgesehen werden können. Kommt hinzu, dass die Lagerlokalitäten allesamt bereits ausgebucht sein dürften.

4.4 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK 4.4.1 STADTRÄTIN ERIKA KLOSSNER-LOCHER, FDP

Stadträtin Erika Klossner-Locher, FDP, Ressort Bildung, hält fest, wonach die Schulpflege Wert darauf lege, dass jedes in der Stadt Illnau-Effretikon geschulte Kind zwei Mal in seiner Schulkarriere ein Lager besucht hat – einmal während der Primar-, und einmal während der Sekundarstufe.

Sofern eine Lehrkraft eine Durchführung nicht zu realisieren wünscht, so bemüht sich die Schule darum, Lösungen und Unterstützungen zu suchen und auch zu finden, damit die Lehrperson das Lager dennoch vorsehen kann.

Die Stadt Illnau-Effretikon richtet teilzeitbeschäftigten Lehrern in der fraglichen Zeit den vollen Lohn aus – in der Regel betreuen zwei Lehrpersonen eine Lagerwoche. Sollte es sich aus disziplinarischen Gründen rechtfertigen, werden die Lehrkräfte von einem/einer Schulsozialarbeiter/in, einem Absolventen der PHZ oder weiteren Personen begleitet.

Die Schule von Illnau-Effretikon misst den Schullagern in qualitativer und inhaltlicher Hinsicht ein hohes Gewicht bei.

In der Sekundarschule bietet sich den Schüler/innen zudem die Möglichkeit, in den Austausch zu treten – sie leben und besuchen den Schulunterricht während einer Woche in der Westschweiz. Nebst der wichtigen Phase der Berufswahl bietet sich im Schulprogramm nach rein zeitlichen Aspekten betrachtet beinahe keine Möglichkeit, erweiterte Lagerwochen anzubieten, bedenke man, dass sich die Sechstklassen und die Abschlussklassen der Sekundarstufe auf eine Abschlussreise begeben.

Stadträtin Klossner hält fest, dass die Schule Illnau-Effretikon einige Aktivitäten bietet, um den Gemeinschaftssinn zu fördern. Ebenso bietet sich umgekehrt den Lehrkräften Unterstützung, wenn es beispielsweise darum geht, die Kinderbetreuung während einer Lagerwoche sicherzustellen.

Stadträtin Erika Klossner-Locher ersucht das Plenum, dem stadträtlichen Antrag zu folgen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

4.5 WEITERE DISKUSSION

Keine Wortmeldungen.

4.6 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den Antrag der Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	OBSIEGEND: ANTRAG RPK- MEHRHEIT/STADTRAT	RESULTAT
3120.3171.00	Primarstufe	40'000	24:11
3130.3171.00	Sekundarstufe	33'000	24:10

Die RPK-Minderheitsanträge, die entsprechenden Positionen auf jeweils Fr. 75'000.- zu erhöhen, unterliegen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

ERFOLGSRECHNUNG

KONTOGRUPPE 3 / RESSORT BILDUNG

KST 3310 – KINDERTAGESSTÄTTEN

4.1 ANTRAG DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION 4.1.1 KOMMISSIONSMINDERHEIT

Kommissionsmitglied Markus Annaheim, SP, vertritt den durch eine Minderheit gestellten Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung. Es ergeben sich aus dem Votum keine neuen Hinweise oder Argumente, weshalb auf die weitere Protokollierung verzichtet wird.

SEITE	KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG AUS RPK
25	3310.3010.00	Kindertagesstätten	842'200	1'000'000

BEGRÜNDUNG

Minderheit: Ein Ausbau an Betreuungsplätzen scheint angezeigt, da Wartelisten bestehen. Daher beantragen wir hier eine Erhöhung, um das Angebot zu verbessern. Mit der Erhöhung erhält der Stadtrat die Möglichkeit, um auf die Nachfrage reagieren zu können. Zudem gibt der höhere Budgetposten dem Stadtrat Spielraum, um die Löhne, wo nötig, auf ein gutes Mass zu erhöhen. Die Betreuung von Kindern ist eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe und diese soll auch angemessen bezahlt sein.

Mehrheit: Im Budget 2020 sollten nur Ausgaben eingestellt werden, welche auch effektiv umgesetzt werden. Weitere Ausgaben sind über den ordentlichen politischen Prozess zu fordern. Derzeit fehlt einer Mehrheit die Grundlage für weitere Ausgaben in diesem Bereich. Dass ein Ausbau der Kitass sowohl in Illnau als auch in Effretikon wo möglich sinnvoll ist, stellt die RPK-Mehrheit nicht in Abrede. Im Zusammenhang mit der Standortförderung sollte dies jedoch gesamtheitlich betrachtet werden. Die RPK-Mehrheit ist der Meinung, dass der Stadtrat sich bezüglich eines Ausbaus sicherlich seine Gedanken gemacht hat. Eine Budgetierung auf Vorrat wird entsprechend nicht begrüsst und ist im Sinne des korrekten Budgetierungsprozesses nicht sinnvoll.

4.1.2 KOMMISSIONSMEHRHEIT

Kommissionspräsident Thomas Hildebrand, FDP, vertritt den durch eine Mehrheit gestellten Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung. Es ergeben sich aus dem Votum keine neuen Hinweise oder Argumente, weshalb auf die weitere Protokollierung verzichtet wird.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

4.2 WEITERE MITGLIEDER DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION 4.2.1 GEMEINDERAT THOMAS SCHUMACHER, SVP

Gemeinderat Thomas Schumacher, SVP, unterstützt die Haltung der RPK-Mehrheit, welche in diesem Sinne auch die Haltung der SVP-Fraktion widerspiegelt.

Gleichzeitig bemängelt Gemeinderat Schumacher das nicht dokumentierte Bedürfnis nach weiteren Kinderbetreuungsplätzen seitens der Kommissionsminderheit; mindestens habe er keine Kenntnis von einem Konzept oder eines Grundlagenpapiers, das die Notwendigkeit zur Schaffung weiterer Betreuungsplätze vorsehe bzw. ausweise. Sobald der Stadtrat ein Optimierungsbedürfnis erkenne, sei ein entsprechender Antrag selbstverständlich zu prüfen.

Die Entlohnung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter richte sich nach im Kanton Zürich geltenden marktkonformen Ansätzen. Es sei der Branche nicht zuträglich, wenn die Stadt Illnau-Effretikon hier allzu starke Abweichungen vorsehe.

4.3 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK 4.3.1 GEMEINDERÄTIN REGULA HESS, SP

Gemeinderätin Regula Hess, SP, kommt zum Schluss, dass das Angebot genügender und bezahlbarer Krippenplätze eine Selbstverständlichkeit in der Gesellschaft darstellen solle.

Offensichtlich sei diese Sichtweise in der Stadt Illnau-Effretikon nicht verankert. Angesichts der Folgen des Sparpaketes verfügen hier ansässige Familien über keine verlässliche Grundlage, ihr Leben zu planen. Bestehende Wartelisten würden eine grosse Unsicherheit schaffen und zudem Existenzängste akzentuieren.

Gemeinderätin Hess erkennt ebenso einen Zusammenhang zwischen dem Angebot an Kinderbetreuungsplätzen und der Zahl an Sozialhilfefällen.

Die Institutionen der Kindertagesstätten leisten ebenso einen wichtigen Beitrag zum Sprachentransfer, erlernen ausländische Kinder im Entwicklungsstadium zwischen vier und fünf Jahren eine Fremdsprache (in diesem Fall Deutsch) gerade in dieser Zeit sehr leicht.

Ein erhöhtes Angebot liesse demnach auch später anfallende Mehrkosten vermeiden.

4.3.2 GEMEINDERAT PAUL ROHNER, SVP

Gemeinderat Paul Rohner, SVP, weist darauf hin, dass sich insbesondere in der Stadt Illnau-Effretikon auch weitere Institutionen für attraktive Angebote im Bereich der Kinderbetreuung einsetzen - nicht für alles müsse der Staat hinhalten und haftbar gemacht werden. Rohner verweist an den Tagesmütter-Verein, usw. Die Stadt verfüge über ein qualitativ gutes Angebot – die heutige Ratsdebatte sei auch zu



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

anderen Fragestellungen geprägt von einer Jammerei auf hohem Niveau. Es möge damit jetzt dann reichen.

4.4 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK
4.4.1 STADTRÄTIN ERIKA KLOSSNER-LOCHER, FDP

Stadträtin Erika Klossner-Locher, FDP, Ressort Bildung, erklärt, wonach aufgrund eines erhöhten Budgetetats im Folgejahr nicht zusätzliche Betreuungsplätze aus dem Boden gestampft werden könnten.

Es besteht eine bescheidene Warteliste, wobei für die meisten Fälle innert kurzer Zeit Lösungen gefunden werden können oder Familien auf Wartelisten figurieren, die das Angebot schlussendlich doch nicht in Anspruch zu nehmen wünschen. Bei Engpässen arbeitet die Stadt auch mit ortsansässigen Privatinstitutionen zusammen.

Zudem sei bereits jetzt bekannt, dass die städtischen Kindertagesstätten im kommenden Sommer einen Abgang bzw. Austritt von 36 Kindern erwarten. Dies schaffe neue Kapazitäten.

Sollte der Stadtrat erkennen, dass die bisherigen Ressourcen und Kapazitäten nicht ausreichen und sich eine entsprechende Entwicklung abzeichnet, so wird er dem Grossen Gemeinderat zum gegebenen Zeitpunkt eine entsprechende Vorlage unterbreiten.

4.5 WEITERE DISKUSSION

Keine Wortmeldungen.

4.6 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

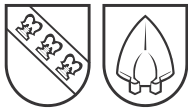
DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den Antrag der Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

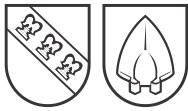
KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	OBSIEGEND: ANTRAG RPK- MEHRHEIT/STADTRAT	RESULTAT
3310.3010.00	Kindertagesstätten	842'200.-	24:11

Der RPK-Minderheitsantrag, die entsprechenden Konti-Position auf Fr. 1'000'000.- zu erhöhen, unterliegt.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

ERFOLGSRECHNUNG

KONTOGRUPPE 3 / RESSORT BILDUNG
KST 3310 – KINDERTAGESSTÄTTEN

4.1 ANTRAG DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION 4.1.1 KOMMISSIONSMEHRHEIT

Kommissionsmitglied Markus Annaheim, SP, vertritt den durch eine Mehrheit gestellten Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung. Es ergeben sich aus dem Votum keine neuen Hinweise oder Argumente, weshalb auf die weitere Protokollierung verzichtet wird.

SEITE	KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG AUS RPK
26	3310.4240.00	Kindertagesstätten	980'000	730'000

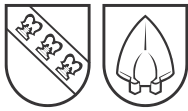
BEGRÜNDUNG

Mehrheit: Der Beitrag wurde in Zusammenhang mit dem Sparpaket17 gekürzt. Mit der Rücknahme der Sparmassnahme und der damit einhergehenden Reduktion der Elternbeiträge sollen mittlere und untere Einkommen (zum Teil alleinerziehende Mütter/Väter) entlastet werden. Gerade in diesem Segment sind die Belastungen durch eine externe Kinderbetreuung besonders hoch und der Bedarf für eine Entlastung besonders gross.

Minderheit: Die Gebührenerhebung liegt in der Kompetenz des Stadtrates, somit ist aus Sicht der RPK-Minderheit dieser Antrag nicht zulässig. Er wird daher auch nicht unterstützt.

4.1.2 KOMMISSIONSMINDERHEIT

Kommissionspräsident Thomas Hildebrand, FDP, vertritt den durch eine Mehrheit gestellten Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung. Es ergeben sich aus dem Votum keine neuen Hinweise oder Argumente, weshalb auf die weitere Protokollierung verzichtet wird.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

4.2 WEITERE MITGLIEDER DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION 4.2.1 GEMEINDERAT THOMAS SCHUMACHER, SVP

Gemeinderat Thomas Schumacher, SVP, unterstützt den Antrag der RPK-Minderheit. Er begrüsst zwar das Angebot der Kindertagesstätten und der Betreuungsinstitutionen. Eine mögliche Tarifsenkung derselben benachteilige aber zudem Familien, die andere Rollenbilder leben und die Kinderbetreuung aus eigenen Kräften bewerkstelligen. Dies schaffe Ungleichheiten.

Die SVP-Fraktion lehne den Mehrheitsantrag der RPK ab und unterstützt den stadträtlichen Antrag.

4.2.2 GEMEINDERAT RALF ANTWEILER, GLP

Gemeinderat Ralf Antweiler, GLP, erklärt namens der angeschlossenen Fraktion, wonach sie Hand bieten will, diesem Antrag im Gesamtrat zum Durchbruch zu verhelfen. Sie möchte Möglichkeiten schaffen, sofern eine solche Gebührenpassung im bezugnehmenden Rahmen überhaupt umsetzbar sei. Die Massnahme käme der Bevölkerung (insbesondere alleinerziehenden Personen) direkt zu Gute; selbiges wünscht man ja auch mittels einer Senkung des Steuerfusses zu erreichen.

4.3 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK 4.3.1 GEMEINDERAT MATTAHIS MÜLLER, CVP

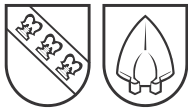
Gemeinderat Matthias Müller, CVP, rekapituliert die Gebührenentwicklung im Zusammenhang mit dem damaligen Sparpaket, auch wenn materiell schon alles gesagt worden sei.

Die CVP erachtete die damalige «Spar»-Massnahme als stossend. Der gesellschaftliche Wandel manifestiere bzw. akzentuiere sich auch im Betreuungsbereich in Verbindung mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zusehendes. Der Staat hat dafür zu sorgen, dass entsprechenden Bevölkerungsgruppen und Personenkreisen, die auf entsprechende Angebote angewiesen sind, solche Dienstleistungen auch hürdenlos zugänglich gemacht werden. Es handle sich bei den Betroffenen nicht nur um Alleinerziehende, sondern auch um Doppelverdiener mit geringeren Einkommen.

Die CVP-Fraktion möchte ein Zeichen setzen und unterstützt den Antrag der RPK-Mehrheit auch wenn ihr bewusst ist, dass die Kompetenz, Gebühren festzulegen in der Hoheit des Stadtrates liege. Gleichwohl glauben die Vertretungen der CVP-Fraktion, dass der Stadtrat fähig ist, Bedürfnisse und Entwicklungen aufzunehmen und seine Entscheide entsprechend danach auszurichten.

4.3.2 GEMEINDERAT PAUL ROHNER, SVP

Gemeinderat Paul Rohner, SVP, bekundet Mühe, im Sinne des Giesskannenprinzipes, die Gebühren anzuheben und nach Belieben wieder zu senken. Dieses Gebaren entspringe keiner Strategie und wirke konzeptlos. Es verstünde sich von selbst, dass bessersituierte Personen höhere Gebühren entrichten und Personen, welche weniger Einkommen zur Verfügung steht, tiefere Ansätze entrichten.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

Sofern der Stadtrat tatsächlich erwägt bzw. mit diesem Antrag durch das Parlament beauftragt wird, Änderungen an der Gebührenstruktur vorzunehmen, so sei er gut beraten, der Ausgestaltung der einzelnen Tarifstufen Beachtung zu schenken.

4.3.3 GEMEINDERAT DAVID GAVIN, SP

Gemeinderat David Gavin, SP, führt dem Parlament vor Augen, dass die Schweiz auf einer Rangliste von 34 OECD-Ländern bezüglich Bildungsbeteiligungsquote von Dreijährigen den drittletzten Platz einnehme – damit läge sie einen Rang vor der Türkei.

Die Chancengleichheit ergäbe sich hierzulande aus unserem Wohlstand und weniger aus konzeptionellen Überlegungen. Damit die Chancengleichheit in diesem Punkt akzentuiert zu tragen käme, sei es angezeigt, nun Geld «reinzubuttern».

4.4 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

4.4.1 STADTRÄTIN ERIKA KLOSSNER-LOCHER, FDP

Stadträtin Erika Klossner-Locher, FDP, Ressort Bildung, nimmt Bezug auf das Votum von Gemeinderat Rohner und pflichtet ihm bei. Der Stadtrat könne das Geld nicht integral en-bloc an die Quelle zurückführen, sondern müsse dabei die Kurven des feingliedrigen Tarifsystems ausbalancieren. Auch wenn der Stadtrat dieses gerechte Austarieren ohnehin vornimmt – entsprechendes habe er bereits geplant –, werde er sich niemals in den betragsmässigen Dimensionen bewegen, wie dies nun durch die RPK-Mehrheit vorgesehen sei.

Erika Klossner ersucht den Rat, den Mehrheitsantrag abzulehnen, da der Stadtrat einen entsprechenden Beschluss im Sinne des RPK-Mehrheitsantrage nicht in der geforderten Zeit und auch nicht im beantragten Umfang umsetzen könne; der Stadtrat werde im Rahmen seiner Kompetenzen Anpassungen nach Vornahme seiner Abklärungen beschliessen.

4.5 WEITERE DISKUSSION

Keine Wortmeldungen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

4.6 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

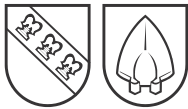
DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den Antrag der Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	OBSIEGEND: ANTRAG RPK-MEHRHEIT	RESULTAT
3310.4240.00	Kindertagesstätten	730'000	18:17

Der RPK-Minderheitsantrag, die entsprechenden Konti-Position gemäss Antrag des Stadtrates auf Fr. 980'000.- zu belassen, unterliegt.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

ERFOLGSRECHNUNG KONTOGRUPPE 4 / RESSORT HOCHBAU KST 4040 – ENERGIESTADT

4.1 ANTRAG DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION 4.1.1 KOMMISSIONSMINDERHEIT

Kommissionsmitglied Maxim Morskoj, SP vertritt den durch eine Minderheit gestellten Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung. Es ergeben sich aus dem Votum keine neuen Hinweise oder Argumente, weshalb auf die weitere Protokollierung verzichtet wird.

SEITE	KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG AUS RPK
31	4040.	Energiestadt (Planung und Projektierung Dritte ⇒ Beiträge an private Unternehmen)	118'000	350'000

BEGRÜNDUNG

Minderheit: Die Fr. 50'000.-, welche für ein «neues Energieförderprogramm für private Hauseigentümer» eingesetzt werden sollen, sind nicht ausreichend. Es ist an der Zeit, nicht nur «Low hanging fruits» zu setzen, sondern es ist bewusst einmal ein grosser Wurf zu machen. Ein Budgetkredit gibt dem Stadtrat und dem zuständigen Energieplaner die Möglichkeit, wenn angezeigt, schnell Projekte anzugehen, ohne den mühseligen Weg über das Parlament zu gehen. Der Klimawandel wird hohe Kosten mit sich bringen. Wir sollten daher jetzt schon mit geeigneten Massnahmen starten, um Kosten in der Zukunft in einem vernünftigen Rahmen zu halten. Wir müssen jetzt mit dem Blick in die Zukunft versuchen, zu entwickeln und nicht mit dem Blick in der Vergangenheit nur zu verwalten.

Um die im Schwerpunktprogramm Punkt 3 Klimawandel formulierten Ziele zu erreichen, ist die Entwicklung einer Energiestrategie mit einem gezielten Programm durch einen Experten notwendig (vgl. auch Motion Bornhauser und Interpellation Binder). Zudem sind einerseits für energetische Verbesserungen der Häuser und andererseits für den Ersatz fossiler Energieträger Förderbeiträge bei Umbauten/Renovationen vorzusehen.

Mehrheit: Im Budget 2020 sollten nur Ausgaben eingestellt werden, welche auch effektiv umgesetzt werden. Weitere Ausgaben sind über den ordentlichen politischen Prozess zu fordern. Derzeit fehlt einer Mehrheit die Grundlage für weitere Ausgaben in diesem Bereich.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

4.1.2 KOMMISSIONSMEHRHEIT

Kommissionspräsident Thomas Hildebrand, FDP, vertritt den durch eine Mehrheit gestellten Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung. Es ergeben sich aus dem Votum keine neuen Hinweise oder Argumente, weshalb auf die weitere Protokollierung verzichtet wird.

Im Übrigen verweist Gemeinderat Hildebrand auf die nach wie vor beim Stadtrat zur Umsetzung bzw. Erfüllung pendente Motion Bornhauser und lehnt es ab, mit diesem Antrag den parlamentarischen Weg zu umgehen bzw. das Resultat der Berichterstattung abzuwarten.

4.2 WEITERE MITGLIEDER DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION

4.2.1 GEMEINDERAT THOMAS SCHUMACHER, SVP

Gemeinderat Thomas Schumacher, SVP, macht beliebt, die stadträtlichen Berichterstattungen zu den Vorstössen Motion Bornhauser und Interpellation Binder abzuwarten, bevor via Budget parlamentarische Entscheide und Prozesse ausgehebelt würden.

Die SVP-Fraktion unterstützt den Mehrheitsantrag der RPK und des Stadtrates und lehnt alle anderslautenden Bestrebungen ab.

4.3 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK

4.3.1 GEMEINDERAT BEAT BORNHAUSER, GLP

Gemeinderat Beat Bornhauser, GLP, fühlt sich anlässlich seiner beim Stadtrat zur Bearbeitung pendente Motion direkt angesprochen.

Für das Budget zum Jahr 2021 geht der Vorstossurheber von einem substantiellen Betrag aus, der in die entsprechenden Kontipositionen zur Erfüllung seiner Motion Eingang finden möge; schliesslich erwartet Gemeinderat Bornhauser eine strikte Umsetzung seiner Forderungen.

Für das Jahr 2020 erachtet Gemeinderat Bornhauser etwelche Budgetkorrekturen noch als verfrüht.

4.4 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

4.4.1 STATDRAT MARCO NUZZI, FDP

Stadtrat Marco Nuzzi, FDP, Ressort Hochbau, führt aus, wonach auch der Stadtrat sich an die Gesetzmässigkeiten der politischen Abläufe halten muss. Erst ein Antrag des Stadtrates, ein Beschluss des Grossen Gemeinderates und ein Verpflichtungskredit geben den Weg politisch legitimiert frei, um mehrheitsfähige Projekte faktisch umzusetzen.

Der Stadtrat begrüsst die grundsätzliche Stossrichtung, habe er sich selbst im Rahmen des Schwerpunktprogrammes zur Amtsdauer 2018-2022 doch ambitionöse diesbezügliche Ziele gesetzt.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

Der Stadtrat nimmt aktuell die Anliegen aus den Vorstössen auf und erarbeitet in ressort- und abteilungsübergreifenden Projekt- und Arbeitsgruppen Massnahmen im Sinne der Ziele. So widmet sich ein aktueller Arbeitsschwerpunkt auf die Implementierung bzw. Förderung eines neuen Gebäudestandards, der ab Januar 2020 lanciert werden soll. Parallel dazu sei man im Begriff, die städtische Energieplanung zu revidieren; ein neues Mobilitätskonzept befände sich aktuell im Entwurfsstadium - die Einführung desselben sei auf Frühjahr 2020 geplant.

Alle diese Projekte und daraus abgeleitete Massnahmen werden sich dereinst in Budget und Integriertem Aufgaben- und Finanzplan IAFP niederschlagen.

Die Themen Energie und Umwelt beschäftigen Stadtrat und Verwaltung mit hoher Kadenz und Priorität, daher schein es umso wichtiger, dass die einzelnen Massnahmen gut überlegt und aufeinander abgestimmt sein wollen – als Beispiel nennt Stadtrat Nuzzi die Notwendigkeit, dass die Überlegungen in Einklang mit der Immobilienstrategie gebracht werden.

Das Budget 2020 beschränke sich jedoch auf Ausgaben und Schritte, die im Jahr 2020 umgesetzt werden sollen. Der Stadtrat wird zum gegebenen Zeitpunkt Bericht erstatten und entsprechend der Kompetenzordnung auch Anträge an den Grossen Gemeinderat richten. Der Stadtrat ersucht um Geduld und Verständnis, so dass auch die Verwaltung ihre Arbeit effizient erledigen kann.

4.5 WEITERE DISKUSSION

Keine Wortmeldungen.

4.6 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

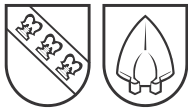
DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den Antrag der Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	OBSIEGEND: ANTRAG RPK-MEHRHEIT / STADTRAT	RESULTAT
4040.	Energiestadt (Planung und Projektierung Dritte ⇒ Beiträge an private Unternehmen)	118'000	24:11

Der RPK-Minderheitsantrag, die entsprechende Konti-Position auf Fr. 350'000.- zu erhöhen, unterliegt.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

ERFOLGSRECHNUNG

KONTOGRUPPE 4 / RESSORT HOCHBAU

KST 4100 – SPORTZENTRUM EFFRETIKON

4.1 ANTRAG DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION 4.1.1 KOMMISSIONSMINDERHEIT

Kommissionsmitglied Maxim Morskoi, SP vertritt den durch eine Minderheit gestellten Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung. Es ergeben sich aus dem Votum keine neuen Hinweise oder Argumente, weshalb auf die weitere Protokollierung verzichtet wird.

SEITE	KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG AUS RPK
32	4100.4240.00	Sportzentrum Effretikon	447'000	420'000

BEGRÜNDUNG

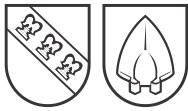
Minderheit: Senkung der Eintrittsgebühren für die Bewohner von Illnau-Effretikon in der Sportanlage. Die Attraktivität eines Sportzentrums soll nicht nur über den Preis gemessen werden, aber eine Reduktion der Preise oder die Einführung von Familientickets kann zu mehr Besuchern führen und die Attraktivität von Illnau-Effretikon erhöhen.

Mehrheit: Die Gebührenerhebung liegt in der Kompetenz des Stadtrates, somit ist aus Sicht der RPK-Mehrheit dieser Antrag nicht zulässig, weshalb er auch nicht unterstützt wird.

4.1.2 KOMMISSIONSMEHRHEIT

Kommissionspräsident Thomas Hildebrand, FDP, vertritt den durch eine Mehrheit gestellten Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung. Es ergeben sich aus dem Votum keine neuen Hinweise oder Argumente, weshalb auf die weitere Protokollierung verzichtet wird.

Im Übrigen verweist Gemeinderat Hildebrand auf die Debatte zur Festsetzung der kommunalen Gebührenverordnung (GGR-Geschäft-Nr. 2017/162) sowie diverse parlamentarischen Vorstösse, deren ähnliche lautende Stossrichtungen in den seinerzeitigen Beratungen scheiterten.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

4.2 WEITERE MITGLIEDER DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION 4.2.1 GEMEINDERÄTIN MONIKA CADALBERT, SVP

Gemeinderätin Monika Cadalbert, SVP, zieht in Zweifel, dass die Stadt Illnau-Effretikon nur wegen eines günstigeren Eintrittes ins Sportzentrum an Attraktivität gewinnen wird. Eine frühere Diskussion zur gleichen Sache wurde durch den Grossen Gemeinderat kritisch beurteilt und vereinte keine Mehrheiten auf sich.

4.3 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK 4.3.1 GEMEINDERAT MARKUS ANNAHEIM, SP

Gemeinderat Markus Annaheim, SP, ruft die Debatte anlässlich der Festsetzung der kommunalen Gebührenverordnung in Erinnerung. Damals sei ein Antrag eingebracht worden, um einen Familientarif zu schaffen. Letztlich sei man in den Beratungen dann aber dazu übergegangen, die Sache offener zu formulieren, um dem Stadtrat die Möglichkeit zu überlassen, selbst eine Lösung zur Umsetzung zu finden, die dezidiert Rücksicht auf einzelne Bevölkerungsgruppen nimmt.

Ein in eine ähnliche Richtung zielender Vorstoss aus dem Jahre 2016 (GGR-Geschäft-Nr. 2016/097) Interpellation Urs Gut, GP, und Arie Bruinink, GP, betreffend Anpassung der Tarife im Sportzentrum Effretikon wurde auch seitens der SP-Fraktion nicht unterstützt, da der Stadtrat damals Versprechungen abgab, eine diese Ideen aufnehmende Lösung im Rahmen des Sportpass-Verbundes anzustreben. Der Stadtrat habe sein Wort nicht gehalten – mindesten liege bis heute kein entsprechendes Angebot vor.

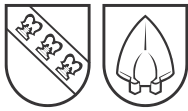
Es biete sich nun die Möglichkeit, eine konkrete Anpassung vorzunehmen.

4.4 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK 4.4.1 STATDRAT MARCO NUZZI, FDP

Stadtrat Marco Nuzzi, FDP, Ressort Hochbau, schickt voraus, wonach die Stadt Illnau-Effretikon in der Tat versuche, die Eintrittspreise des Sportzentrums den Strukturen umliegender Gemeinden und deren Angebote anzugleichen; dazu zähle insbesondere auch die Stadt Winterthur und das Instrumentarium des Sportpasses. Die diesbezügliche Umsetzung sei aber im Zusammenhang mit der Behörden- und Verwaltungsreorganisation ins Stocken geraten, da die Pendenzen und Themen aus der Abteilung Jugend und Sport in die übrigen Abteilungen hatten überführt werden müssen. Die Prüfungen und Evaluationen seien nun soweit abgeschlossen.

Die jetzt zuständige Abteilung Hochbau kümmere sich darum, die Pendezenz insofern abzuschliessen, als dass eine Erleichterung für Familien vorgesehen wird – im Übrigen auch beim Restaurations- und Verpflegungsangebot des Pächters. Der Stadtrat werde dazu demnächst Beschluss fassen.

Indessen ersucht Stadtrat Nuzzi an der vorstehenden Budgetposition keine Änderungen mehr vorzunehmen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

4.5 WEITERE DISKUSSION

Keine Wortmeldungen.

4.6 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

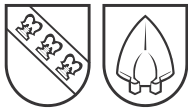
DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den Antrag der Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	OBSIEGEND: ANTRAG RPK-MEHRHEIT / STADTRAT	RESULTAT
4100.4240.00	Sportzentrum Effretikon	447'000	24:11

Der RPK-Minderheitsantrag, die entsprechende Konti-Position zum Gebührenertrag des Sportzentrums Effretikon auf Fr. 420'000.- zu senken, unterliegt.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

ERFOLGSRECHNUNG KONTOGRUPPE 5 / RESSORT TIEFBAU KST 5330 – NATURSCHUTZ

4.1 ANTRAG DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION 4.1.1 KOMMISSIONSMINDERHEIT

Kommissionsmitglied Denise Tschamper, Grüne, vertritt den durch eine Minderheit gestellten Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

Es ergeben sich aus dem Votum keine neuen Hinweise oder Argumente, weshalb auf die weitere Protokollierung verzichtet wird.

SEITE	KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG AUS RPK MINDERHEIT
42	5330.3130.00	Naturschutz	35'000	100'000

BEGRÜNDUNG

Minderheit: Auf Mandatsbasis soll eine zusätzliche Stelle geschaffen werden, die ein Programm zur Förderung der Biodiversität entwickelt sowie die Information und Beratung für die Bekämpfung Neophyten sicherstellt.

Mehrheit: Im Budget 2020 sollten nur Ausgaben eingestellt werden, welche auch effektiv umgesetzt werden. Weitere Ausgaben sind über den ordentlichen politischen Prozess zu fordern. Derzeit fehlt einer Mehrheit die Grundlage für weitere Ausgaben in diesem Bereich.

Erinnerung um Ruhe.

4.1.2 KOMMISSIONSMEHRHEIT

Kommissionspräsident Thomas Hildebrand, FDP, vertritt die Haltung der RPK-Mehrheit und erläutert diese auf Basis der bereits im Abschied erwähnten Darlegungen. Es ergeben sich aus dem Votum keine neuen Hinweise oder Argumente, weshalb auf die weitere Protokollierung verzichtet wird.

Im Übrigen verweist Gemeinderat Hildebrand auf die auf den Seiten 26 und 27 des Integrierten Aufgaben- und Finanzplanen durch den Stadtrat erörterten Absichten, die Biodiversität steigern und Neophyten bekämpfen zu wollen. Nachdem der Stadtrat solche Bemühungen bereits in Aussicht gestellt hat, möge man ihn nun seines Amtes walten lassen und ihm Zeit einzuräumen, um die entsprechenden Massnahmen umzusetzen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

4.2 WEITERE MITGLIEDER DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION 4.2.1 GEMEINDERÄTIN MONIKA CADALBERT, SVP

Gemeinderätin Monika Cadalbert, SVP, rezitiert die Antwort des Stadtrates auf einen durch Gemeinderätin Brigitte Rösli eingereichten Vorstoss. Demnach befinde sich der Stadtrat im Begriff, ein umfassendes Naturschutzkonzept zu erarbeiten, welches u.a. auch die Bekämpfung von Neophyten beinhalte. Offenbar bestünde von der Ratslinken wenig Vertrauen in den Stadtrat.

Die SVP-Fraktion lehne diesen Antrag ab.

4.3 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK 4.3.1 GEMEINDERÄTIN BRIGITTE RÖÖSLI, SP

Gemeinderätin Brigitte Rösli, SP, verweist auf weitere Folgen des damaligen Sparpaketes, zu dessen Opfer auch beliebte Dienstleistungen wie das Angebot der niederschweligen Gartenberatung fielen. Im Rahmen dessen prämierte die Stadt vorbildlich bewirtschaftete Gärten, um den Ansporn bei der Bevölkerung zu wecken, das Tun und Handeln an den Leitlinien der Biodiversität auszurichten.

Es fehle eine zentrale Stelle, welche die Bevölkerung (analog zum Energieberater in Energiefragen) zu Umweltthemen konsultieren kann und die auch der Baubehörde beratend in Fragen von Umgebungsgestaltungen zur Seite stehen könnte.

4.3.2 GEMEINDERAT BEAT BORNHAUSER, GLP

Gemeinderat Beat Bornhauser, GLP, hegt Sympathien für das vorgetragene Ansinnen, sieht aber keine Möglichkeit, Massnahmen über den Budgetprozess zu erzwingen. Man möge dafür die Instrumentarien der parlamentarischen Vorstösse bemühen.

4.3.3 GEMEINDERAT PAUL ROHNER, SVP

Gemeinderat Paul Rohner, SVP, bezweifelt, dass die Antragsteller die zur Verfügung gestellten Geschäftsunterlagen zum Budget detailliert studiert haben. Sonst hätten diese nämlich gemerkt, dass die Stadt bereits im Jahr 2018 beträchtliche Ausgaben in diesen Angelegenheiten getätigt und das Etat für das Jahr 2020 um Fr. 20'000.- aufgestockt hat. Eine Erhöhung auf Fr. 100'000.- erachtet Paul Rohner als vermessen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

4.3.4 GEMEINDERAT MARKUS ANNAHEIM, SP

Gemeinderat Markus Annaheim, SP, bezieht sich auf das Votum von Ratskollegin Cadalbert. Sehr wohl hege die SP-Fraktion Vertrauen in den Stadtrat – sicherlich mehr, als die SVP-Fraktion jemals hegte, lasse man sich die in diesem Saal geführten Diskussionen der vergangenen Jahre Revue passieren. Natürlich stehe die Debatte für einst einmal unter anderen Vorzeichen, das sei korrekt.

Der Grosse Gemeinderat möge dem Stadtrat mit diesem hoffentlich positiv ausgehenden Antrag Möglichkeiten auf den Weg geben, in seiner eigenen Kompetenz geeignete Massnahmen umzusetzen.

4.4 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

4.4.1 STATDRAT ERIK SCHMAUSSER, GLP

Stadtrat Erik Schmausser, GLP, Ressort Tiefbau, dankt für das in der Debatte zum Ausdruck kommende Wohlwollen gegenüber den Anliegen des Naturschutzes und dass in den Stadtrat gesetzte Vertrauen.

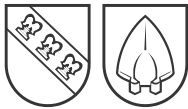
Es wurde korrekterweise erwähnt, dass gegenüber dem Vorjahr der Budgetetat um Fr. 20'000.- erhöht wurde. Dieser Betrag soll ausreichen, um die im Jahr 2020 vorgesehenen Massnahmen umzusetzen bzw. Beratungen in Anspruch zu nehmen.

Das erwähnte Naturschutzkonzept liegt im Entwurf vor und wird seitens des Ressorts Tiefbau dem Gesamtstadtrat noch in diesem Winter unterbreitet. Daraus resultierende Massnahmen werden für das Jahr 2021 budgetiert.

Das Konzept bündle Ressourcen und Projekte. Begleitet durch ein Kommunikationskonzept, das die einzelnen Massnahmen zielgruppengerecht über mehrere Jahre aufzeigt, bildet es Grundlage, die sich im Naturschutzbereich stellenden Herausforderungen zu bewerkstelligen.

4.5 WEITERE DISKUSSION

Keine Wortmeldungen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

4.5 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den Antrag der Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	OBSIEGEND: ANTRAG RPK- MINDERHEIT / STADTRAT	RESULTAT
5330.3130.00	Naturschutz	35'000	23:12

Der RPK-Minderheitsantrag, die entsprechende Konti-Position auf Fr. 100'000.- zu erhöhen, unterliegt.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

5 DETAILBERATUNG DER ANTRÄGE DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION ZUR INVESTITIONSRECHNUNG

Die RPK unterbreitet dem Parlament aus ihrem Kreise verschiedene Änderungsanträge zur Investitionsrechnung (inkl. Verpflichtungskreditkontrolle) des Budgets 2020. In der Begründung wird dabei jeweils vermerkt, ob es sich um einen Mehrheits- oder Minderheitsantrag bzw. um einen einstimmigen RPK-Antrag handelt.

INVESTITIONSRECHNUNG KONTOGRUPPE 2 / RESSORT FINANZEN KST 20 – FINANZEN

5.1 ANTRAG DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION 5.1.1 KOMMISSIONSMINDERHEIT

Kommissionsmitglied Markus Annaheim, SP vertritt den durch eine Minderheit gestellten Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

Der Antrag habe kommissionintern aber auch innerhalb des Büros des Grossen Gemeinderates zu intensiven Debatten bezüglich Gültigkeit geführt.

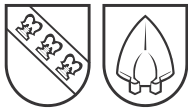
Es ergeben sich aus dem Votum keine neuen Hinweise oder Argumente, weshalb auf die weitere Protokollierung verzichtet wird.

SEITE	KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG AUS RPK
82	20xx.xxxx.xx	ZKB-Sonderdividende	-	525'000

BEGRÜNDUNG

Minderheit: Es fehlt eine transparente Verbuchung der ZKB-Sonderdividende. Die ZKB hat explizit gefordert, dass der Betrag für Projekte ausgegeben werden muss, welche der gesamten Bevölkerung zugutekommen. Der Stadtrat hat angekündigt, dass dies geschehen soll. Da noch kein ausgereiftes Projekt vorliegt, gehört diese Sonderdividende separat ausgewiesen entweder über ein eigenes Konto oder über den um diesen Betrag höheren Ertragsüberschuss. Dies ist aktuell nicht der Fall. Ansonsten besteht die Gefahr, dass die ZKB-Sonderdividende zur Finanzierung von ca. 1.5 Steuerprozenten verwendet wird.

Mehrheit: In einem Budget werden nur die effektiven geplanten Kosten abgebildet. Für die geplanten Ausgaben im Zusammenhang mit der ZKB-Sonderdividende ist ein Verpflichtungskredit notwendig. Entsprechend ist es nicht gestattet, diese Verbuchung im Budget 2020 abzubilden.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

5.1.2 KOMMISSIONSMEHRHEIT

Kommissionspräsident Thomas Hildebrand, FDP, vertritt die Haltung der RPK-Mehrheit und erläutert diese auf Basis der bereits im Abschied erwähnten Darlegungen. Es ergeben sich aus dem Votum keine neuen Hinweise oder Argumente, weshalb auf die weitere Protokollierung verzichtet wird.

Nach Ansicht der RPK-Mehrheit ist es in Beachtung der buchhalterischen Gesetzesmässigkeiten nicht statthaft, den Betrag in der Erfolgs- bzw. in der Investitionsrechnung abzubilden. Zudem verfüge der Bankrat der Zürcher Kantonalbank gegenüber den Zürcher Gemeinden über keinerlei Weisungsbefugnis, inwiefern das Geld zu verwenden sei. Er kann dazu lediglich Wünsche äussern.

Der Grosse Gemeinderat dürfe gegenüber dem Stadtrat durchaus vertrauen, dass er die Sonderdividende nicht dazu verwenden oder gar missbrauchen wird, die Kosten laufender Geschäfte zu decken. Der Stadtrat hat bereits darüber orientiert, inwiefern er diese Gelder zu verwenden gedenke.

5.2 WEITERE MITGLIEDER DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION 5.2.1 GEMEINDERAT THOMAS SCHUMACHER, SVP

Gemeinderat Thomas Schumacher, SVP, hebt die Wertschätzung gegenüber der Zürcher Kantonalbank hervor und den erfreulichen Umstand, dass diese überhaupt eine solche Jubiläums-Dividende ausschütten könne.

Der Stadtrat habe bereits erste Informationen geäussert, in welcher Form er gedenkt, die ausgeschüttete Sonderdividende zu verwenden. Die SP-Fraktion verfüge über drei Mandate im Stadtrat; sie dürfe ruhig darauf vertrauen, dass das Gremium sorgsam und sinnvoll mit dieser Zuwendung umgehen wird.

Die SVP-Fraktion ersucht das Plenum, dem vorstehenden Minderheitsantrag nicht statt zu geben.

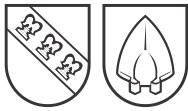
5.3 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK 5.3.1 GEMEINDERAT MARKUS ANNAHEIM, SP

Gemeinderat Markus Annaheim, SP, habe mit keinem Wort erwähnt, wonach er und die SP-Fraktion dem Stadtrat nicht Glauben schenken bzw. ihm misstrauen. Die Fraktion wünscht sich lediglich, dass die Sonderdividende in der städtischen Buchhaltung gesondert parkiert wird und unangetastet bleibt, bis sie für tatsächliche Projekte angerührt wird.

5.3.2 GEMEINDERAT MICHAEL KÄPPELI, FDP/JLIE/BDP

Gemeinderat Michael Käppeli, FDP/JLIE/BDP, sichtlich enerviert, tritt ans Rednerpult. Auch der Stadtrat müsse den Parlamentariern und Parlamentarierinnen Vertrauen können.

Das Bild, welches der Grosse Gemeinderat am heutigen Abend abgebe, schaffe nun wahrlich keine Grundlage für eine Vertrauensbasis. Teile des Parlamentes bedienen sich des finanzpolitischen Instru-



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

mentariums in einer derart willkürlichen Inkompetenz, dass sie es schaffen, dass Gemeinderat Käppeli seine innerliche Ruhe und Balance kurz verlieren werde.

Es entspräche nun einmal den Tatsachen, dass der Erarbeitung von Budgets, der Rechnungslegung aber auch der Beratung derselben Instrumente zu beachtende kredit- und finanzrechtliche Bestimmungen zu Grunde liegen, die es zu beachten gelte. Insbesondere der Rechnungsprüfungskommission obliege es zu gewährleisten und zu prüfen, dass diese Bestimmungen wortgetreu eingehalten werden.

Seit nunmehr vier Stunden jongliere das Stadtparlament nun einen «Chabis» nach dem anderen, der jeglichen rechtlichen Grundlagen entbehrt.

Die Abläufe hinsichtlich Bildung von Verpflichtungskrediten seien einschlägig geregelt. Öffentliches Finanzrecht sei sicherlich nicht einfach zu begreifen, aber ein Mitglied einer Rechnungsprüfungskommission müsse das entsprechende Ein-mal-Eins darüber beherrschen. Das habe nichts mit dem Vertrauen in den Stadtrat oder einer misstrauenden Einschätzung zu tun.

Der Stadtrat müsse darauf vertrauen können, dass seine Arbeit sach- und fachgerecht durch die Kontrollorgane beurteilt werden. Dazu haben sich sämtliche politischen Gremien nach den finanzrechtlichen Grundlagen zu richten, die im gesamten Kanton gelten – auch für Gemeinderat Markus Annaheim.

Gemeinderat Käppeli kommt seine Haltung deklamierend zum Schluss seines Votums.

Vereinzelt Erheiterung und Bravo-Rufe aus den Reihen des Rates.

5.3.3 GEMEINDERÄTIN BRIGITTE RÖÖSLI, SP

Gemeinderätin Brigitte Röösl, SP, erinnert sich an nicht allzu lang herrührende Debatten, als das Plenum in diesem Saal, orchestriert durch das aufmüpfige Dirigat der Gegenseite, ebenso bis morgens um 2.00 Uhr ein Streichkonzert über belanglose Einzelheiten (Feuerwehrhelme, Sauerstoffflaschen, usw.) ergehen liess und sich selbst beübte.

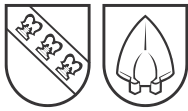
Diverse Angelegenheiten hätten dabei nicht in der Kompetenz des Grossen Gemeinderates gelegen – und die zahlreichen Anträge umfassten erst noch ein Sammelsurium an Kleinstbeträgen.

5.3.4 GEMEINDERAT MICHAEL KÄPPELI, FDP/JLIE/BDP

Gemeinderat Michael Käppeli, FDP/JLIE/BDP, lässt das Ratsplenum wissen, wonach er derweil seine innere Ruhe und Balance wiedergefunden habe.

Über Sinn und Unsinn eines Antrages liesse sich stets diskutieren – so nicht aber zur rechtlichen Zulässigkeit eines solchen. Diese Kriterien beurteilen sich nach geltenden Reglementarien.

Auch anlässlich früherer Debatten hat man im Verlauf der Beratungen erkannt, dass vereinzelte Anträge in der jeweiligen Form nicht statthaft waren, weshalb die damaligen Vertretungen auch die Grösse hatten, solche Anträge zurückzuziehen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

Weit gefehlt am heutigen Abend – hier werde ein Antrag nach dem anderen «durchgestiert». Für Gemeinderat Käppeli ist dieses Verhalten nicht nachvollziehbar.

5.4 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK
5.4.1 STADTPRÄSIDENT UELI MÜLLER, SP

Stadtpräsident Ueli Müller, SP, kann das grundsätzliche Bedürfnis von Gemeinderat Annaheim zwar nachvollziehen, den verbuchten Geldeingang dieser Sonderdividende im Budget abgebildet sehen zu wollen. Die Ausrichtung der Sonderdividende kann sodann aber nicht im Budget, wie von Annaheim erwähnt, «parkiert» werden. Der Stadtrat habe im Rahmen einer grundlegenden Übereinkunft bestimmt, in welcher grundsätzlichen Stossrichtung er das Geld aufzuwenden gedenke. Dazu habe Stadtpräsident Müller anlässlich der letzten Sitzung des Grossen Gemeinderates kurz informiert.

Ein konkretes Projekt – und eben einen notwendigen Verpflichtungskredit – lägen aber noch nicht vor. Darin finden sich auch die Gründe, weshalb die betragsmässige Abbildung im Budget 2020 noch nicht erfolgt; der Stadtrat wird nun Zeit benötigen, eine entsprechende Vorlage auszuarbeiten. Stadtpräsident Müller hofft, dass der Grosse Gemeinderat dem Ansinnen in naher Zukunft positiv gestimmt sein wird und ersucht das Plenum einstweilen, dem Antrag der RPK-Minderheit nicht zuzustimmen.

5.5 WEITERE DISKUSSION

Keine Wortmeldungen.

5.6 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den Antrag der Minderheit Rechnungsprüfungskommission –

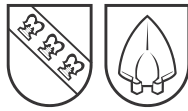
BESCHLIESST:

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	OBSIEGEND: ANTRAG RPK-MEHRHEIT / STADTRAT	RESULTAT
20xx.xxxx.xx	ZKB-Sonderdividende	-	25:7

Der RPK-Minderheitsantrag, eine entsprechende Kontoposition in der Investitionsrechnung zu bilden, unterliegt.

INVESTITIONSRECHNUNG

KONTOGRUPPE 4 / RESSORT HOCHBAU



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

KST 4200 – IMMOBILIEN VERWALTUNGSVERMÖGEN

5.1 ANTRAG DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION 5.1.1 KOMMISSIONSMEHRHEIT

Kommissionsmitglied Arie Bruinink, Grüne, vertritt den durch eine Mehrheit gestellten Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

Die Zeitungen und Medien titeln in grossen Lettern Schlagzeilen zur CO₂-Neutralität, erreichbar im Jahre 2050 oder sogar bereits in 2030. Die Berichterstattungen umfassen die Ablösung von fossilen Brennstoffen hin zu erneuerbaren Energien. Auch in der Energiestadt Illnau-Effretikon ist die Thematik in aller Munde.

So habe der Grosse Gemeinderat dem Stadtrat sowohl eine Motion von Gemeinderat Beat Bornhauser, GLP, in Sachen Förderung erneuerbarer Energie und Energie-Effizienz als auch ein Postulat der Grünen bezüglich Anpassung des Strategiepapiers 2008-2050 überwiesen.

Eine Mehrheit des Stadtparlamentes gelangt offenbar zum Schluss, dass der Stadtrat und auch das Parlament selbst hier tätig werden und Zeichen setzen müssen. Der Stadtrat indessen habe aber gegenüber dem Legislativorgan noch keine eindeutigen Signale ausgesandt. Im Budget 2020 lässt sich dazu nur wenig finden, ausser vielleicht ein paar Lippenbekenntnisse, die der Erreichung der Klimaziele dienen sollen.

Eine RPK-Mehrheit wünscht dieses Verhalten zu korrigieren und schlägt die Aufnahme eines zusätzlichen Investitionspostens im Budget 2020 vor. Es handle sich dabei um ein einfaches Projekt, welches im Jahr 2020 leicht und vollständig ausgeführt werden könne. Der Antrag umfasst die Bereitstellung eines Betrages von Fr. 195'000, um zusätzliche Photovoltaikanlagen mit einer Leistung von rund 80 kWp auf städtischen Gebäuden zu platzieren.

Die Stadt verfügt über genügend Dachflächen, um hier ein umfangreiches Potenzial zu erschliessen. Gemeinderat Bruinink veranschaulicht anhand einer visuellen Projektion das nach seiner Auffassung brachliegende Potenzial an verfügbaren Dachflächen auf städtischen Liegenschaften (vgl. Beilage 7).

SEITE	KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG AUS RPK
84	4200.5040.200 (neue Pos.)	Photovoltaik-Anlagen auf Liegenschaften VV	0	195'000

BEGRÜNDUNG:

Mehrheit Auf bestehenden städtischen Gebäuden sollen zusätzliche Photovoltaik-Anlagen erstellt werden. Die geschätzten offenen Flächen erlauben eine Aufstockung um zusätzliche 80 kWp, das entspricht 0.15 m²/Einwohner.

Minderheit Im Budget 2020 sollten nur Ausgaben eingestellt werden, welche auch effektiv umgesetzt werden. Weitere Ausgaben sind über den ordentlichen politischen Prozess zu fordern. Derzeit fehlt einer Mehrheit die Grundlage für weitere Ausgaben in diesem Bereich.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

5.1.2 KOMMISSIONSMINDERHEIT

Kommissionspräsident Thomas Hildebrand, FDP, vertritt die Haltung der RPK-Minderheit und erläutert diese auf Basis der bereits im Abschied erwähnten Darlegungen. Es ergeben sich aus dem Votum keine neuen Hinweise oder Argumente, weshalb auf die weitere Protokollierung verzichtet wird.

Die Seiten 24 und 25 des Integrierten Aufgaben- und Finanzplanes IAFP gemeinsam mit diesbezüglichen Ausführungen im Schwerpunktprogramm zur aktuellen Amtsdauer umfassen die Pläne des Stadtrates in Bezug auf die Technologie Photovoltaik.

Zudem beurteilte das Stadtparlament den einen oder anderen Vorstoss, die ähnliche Themen beschlugen, negativ.

Dem Stadtrat ist die Weitsicht zuzugestehen, gemeinsam mit seinen Beratern abzuwägen, inwiefern die Technologie der Photovoltaik in der Stadt kosteneffizient und ökonomisch sinnvoll erweitert genutzt werden kann.

5.2 WEITERE MITGLIEDER DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION 5.2.1 GEMEINDERAT THOMAS SCHUMACHER, SVP

Gemeinderat Thomas Schumacher, SVP, erachtet es aus seinen eigenen persönlichen Erfahrungen als wichtig, den Aspekt unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit zu betrachten. Es bringe demnach wenig, einen Energieüberschuss zu produzieren, den man nicht für den Eigenbrauch verwenden kann. Die ungenügende Speicherung bzw. die Rückspeisung ins Netz zeigen die Grenzen der an sich guten Technologie auf.

5.3 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK 5.3.1 GEMEINDERAT SIMON BINDER, SVP

Gemeinderat Simon Binder, SVP, klärt den Rat darüber auf, wonach sich der Begriff der Nachhaltigkeit durch den schonenden Umgang der Ressourcen definiere. Von der Ressourceneffizienz sei man mit dem vorstehenden RPK-Antrag jedoch noch weit entfernt. Binder zieht Vergleiche mit der beim Schulhaus Watt geplanten Anlage und zeigt eine offenbar vorherrschende Zieldiskrepanz bezüglich Aufwand und Ertrag auf.

Das Budget werde mit diesem überrittenen Betrag unnötig aufgebläht – ob es darum gehe, auf «Teufel komm' raus!» Photovoltaik-Anlagen zu bauen, entzieht sich Binders Kenntnis.

Die SVP setze sich für eine nachhaltige und kosteneffiziente Umsetzung der erneuerbaren Energien aus und lehnt den Antrag daher ab.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

- 5.4 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK
5.4.1 STATDRAT MARCO NUZZI, FDP

Stadtrat Marco Nuzzi, FDP, Ressort Hochbau, verweist auf die teilweise zuvor im Verlauf der Ratsdebatte bereits gefallenen Erläuterungen hinsichtlich des angedachten Aktivitätenprogrammes der Stadt Illnau-Effretikon, um die Klimaziele zu erreichen.

Im Rahmen der Berichterstattung zu den in dieser Sache pendenten parlamentarischen Vorstössen wird der Stadtrat diverse Varianten und Massnahmen zur Umsetzung prüfen, die der Sache in ihrer Gesamtheit dienlich sind. Hinzuziehen sind dabei auch die Erkenntnisse aus der städtischen Liegenschaftsstrategie.

Vorher erachtet es der Stadtrat als nicht sinnvoll, einzelne Budgetpositionen zu erweitern.

- 5.5 WEITERE DISKUSSION

Keine Wortmeldungen.

- 5.6 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

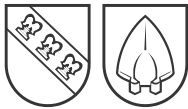
DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den Antrag der Mehrheit Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	OBSIEGEND: ANTRAG RPK-MEHRHEIT	RESULTAT
4200.5040.200 (neue Pos.)	Photovoltaik-Anlagen auf Liegenschaften VV	195'000	18:17

Der RPK-Minderheitsantrag (gleichlautend mit dem Antrag des Stadtrates), auf die Bildung einer neuen Konti-Position und diese mit Fr. 195'000.- auszustatten, zu verzichten, unterliegt.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

INVESTITIONSRECHNUNG KONTOGRUPPE 5 / RESSORT TIEFBAU KST 51 – STRASSEN UND ANLAGEN

5.1 ANTRAG DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION 5.1.1 KOMMISSIONSMINDERHEIT

Kommissionsmitglied Maxim Morskoi, SP vertritt den durch eine Minderheit gestellten Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

Es ergeben sich aus dem Votum keine neuen Hinweise oder Argumente, weshalb auf die weitere Protokollierung verzichtet wird.

SEITE	KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG AUS RPK
87	51xx.xxxx.xx	Öffentlicher Verkehr / Behindertengerechte Haltestellen	-	200'000

BEGRÜNDUNG

Minderheit: Der Stadtrat beabsichtigt gemäss seiner Erläuterung: «Im Jahr 2020 wird die Behindertentauglichkeit aller Bushaltestellen überprüft (Fr. 9000.-)» alle Bushaltestellen auf die Behindertengerechtigkeit zu prüfen. Dass diese teilweise unzureichend sind und eine Umsetzung bis 2023 erfolgen muss, ist bekannt. Daher wird beantragt, einen Budgetposten in der Investitionsrechnung zu bilden, damit unverzüglich nach Überprüfung der Umbau eingeleitet werden kann.

Mehrheit: Im Budget 2020 sollten nur Ausgaben eingestellt werden, welche auch effektiv umgesetzt werden. Weitere Ausgaben sind über den ordentlichen politischen Prozess zu fordern. Derzeit fehlt einer Mehrheit die Grundlage für weitere Ausgaben in diesem Bereich.

5.1.2 KOMMISSIONSMEHRHEIT

Kommissionspräsident Thomas Hildebrand, FDP, vertritt die Haltung der RPK-Mehrheit und erläutert diese auf Basis der bereits im Abschied erwähnten Darlegungen. Es ergeben sich aus dem Votum keine neuen Hinweise oder Argumente, weshalb auf die weitere Protokollierung verzichtet wird.

Seite 27 des Integrierten Aufgaben- und Finanzplanes IAFP bilde bereits die stadträtliche Planung ab, inwiefern das Behindertengleichstellungsgesetz in der Stadt Illnau-Effretikon auch zeitlich umgesetzt werden soll.

Der Stadtrat verfüge zudem über Möglichkeiten sofort umzusetzende Massnahmen aus dem Budget des Ressorts Tiefbau oder unter Anrechnung seiner eigenen Finanzkompetenz zu finanzieren.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

5.2 WEITERE MITGLIEDER DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION 5.2.1 GEMEINDERAT THOMAS SCHUMACHER, SVP

Gemeinderat Thomas Schumacher, SVP, verweist auf die zahlreichen Bushaltestellen, die auf Stadtgebiet im Sinne des Behindertengleichstellungsgesetzes nachzurüsten sind. Der vorgeschlagene Betrag wird nicht ausreichen, um dies zu bewerkstelligen. Der Stadtrat habe aber bis ins Jahr 2023 Zeit, dieses Erfordernis umzusetzen und die notwendigen Aufwendungen in den fortfolgenden Budgets aufzunehmen.

5.3 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK 5.3.1 GEMEINDERÄTIN BRIGITTE RÖÖSLI, SP

Gemeinderätin Brigitte Röösl, SP, ermahnt den Stadtrat und klagt insbesondere das für den öffentlichen Verkehr zuständige Mitglied Philipp Wespi an, das Erfordernis zur Behindertengleichstellung nicht ernst zu nehmen. Er messe insbesondere der Adaptierung der fraglichen Bushaltestelle in Ottikon keine dringliche Priorität bei. Mit der Aufnahme des beantragten Budgetbetrages soll diese zwingende Massnahme nun forciert werden.

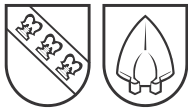
5.3.2 GEMEINDERAT SIMON BINDER, SVP

Gemeinderat Simon Binder, SVP, zählt zusammenfassend die Litanei an Wünschen und Anträgen der Gegenseite zur heutigen Budgetdebatte auf und stellt fest, dass auch der vorliegende Antrag demselben Irrtum wie die übrigen entspringe. Der Betrag könne im Jahr 2020 nicht ausgegeben werden. Das Gebaren der linken Ratshilfe komme dem täubelnden Verhalten eines Kleinkindes gleich und sei einer reifen Diskussion unter Erwachsenen nicht würdig.

Das aktuelle Beispiel zeige, dass die Anträge nur dazu dienen, das künftig künstlich aufzublähen, verfüge Referent Morskoi doch überhaupt keine Ahnung darüber, wie viel ein solches Bushäuschen kostete.

5.4 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK 5.4.1 STATDRAT ERIK SCHMAUSSER, GLP

Stadtrat Erik Schmausser, GLP, Ressort Tiefbau, nimmt in Aussicht, wonach im nächsten Jahr sämtliche Bushaltestellen auf die Erfordernisse des Behindertengleichstellungsgesetzes überprüft werden. Es werden sämtliche nötigen (baulichen) Massnahmen evaluiert und hernach die nötigen finanziellen Mittel in den entsprechenden Budgets eingestellt. Sollten dazu Anträge an den Grossen Gemeinderat zu richten sein, wird das Parlament über die jeweiligen Verpflichtungskredite befinden können.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

5.5 WEITERE DISKUSSION

Keine Wortmeldungen.

5.6 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

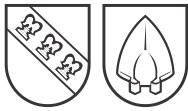
DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den Antrag der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	OBSIEGEND: ANTRAG RPK-MEHRHEIT / STADTRAT	RESULTAT
51xx.xxxx.xx	Öffentlicher Verkehr / Behindertengerechte Haltestellen	-	24:8

Der RPK-Minderheitsantrag (gleichlautend mit dem Antrag des Stadtrates), auf die Bildung einer neuen Konti-Position und diese mit Fr. 200'000.- auszustatten, zu verzichten, unterliegt.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

6 BERATUNG DER ERFOLGSRECHNUNG DURCH DAS PLENUM

In Umsetzung der durch den Rat eingangs gutgeheissenen Vorgehensweise, wonach die Bearbeitungsreihenfolge nun die Beratung der übrigen Positionen der Erfolgsrechnung durch das Plenum vorsieht, leitet die Ratspräsidentin die entsprechende Detailberatung ein.

Dazu fragt sie sämtliche Kontogruppen und Seite für Seite des gedruckten Budgets ab.

Wo einzelne Positionen in der folgenden Protokollierung nicht erwähnt werden, erging auch keine Diskussion bzw. keine Antragstellung. Die Positionen wurden in diesem Sinne stillschweigend genehmigt und werden im Folgenden nicht gesondert protokolliert oder abgebildet.

Kein Bedarf an Wortmeldungen bzw. Anträgen.

7 BERATUNG DER INVESTITIONSRECHNUNG DURCH DAS PLENUM

In Umsetzung des durch den Rat eingangs gutgeheissenen Vorgehens, wonach die Bearbeitungsreihenfolge nun die Beratung der übrigen Positionen der Investitionsrechnung durch das Plenum vorsieht, leitet die Ratspräsidentin die entsprechende Detailberatung ein.

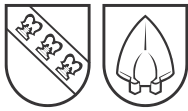
Dazu fragt sie sämtliche Kontogruppen und Seite für Seite des gedruckten Budgets ab.

Wo einzelne Positionen in der folgenden Protokollierung nicht erwähnt werden, erging auch keine Diskussion bzw. keine Antragstellung. Die Positionen wurden in diesem Sinne stillschweigend genehmigt und werden im Folgenden nicht gesondert protokolliert oder abgebildet.

Kein Bedarf an Wortmeldungen bzw. Anträgen.

8 BERATUNG DER ABSCHREIBUNGSTABELLEN

Ausser der Bemerkung *der Ratspräsidentin*, wonach aufgrund der befolgten Beschlüsse sich nun auch das nachfolgende Zahlenmaterial entsprechend ändert, folgt keine weitere Diskussion zur Abschreibungstabelle.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

9 BERATUNG DER VERPFLICHTUNGSKREDITKONTROLLE

Ausser der protokollarischen Bemerkung wonach in der Folge zuvor gefasster Beschlüsse redaktionelle Korrekturen vorzunehmen sind, folgt keine weitere Diskussion zur Kontrolle der Verpflichtungskredite.

10 ZWISCHENABSTIMMUNG ZUM BUDGET AUF BASIS VON ZIFFER 1 DES STADTRÄTLICHEN ANTRAGES

DER GROSSE GEMEINDERAT

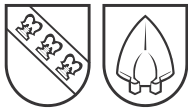
- gestützt auf den Antrag des Stadtrates und in Anwendung von § 26 Ziffer 1 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

Das Budget 2020 wird unter Berücksichtigung sämtlicher vorstehend beschlossenen Änderungen gegenüber der beantragten Fassung des Stadtrates vom 3. Oktober 2019 genehmigt.

Der Beschluss kam mit Einstimmigkeit zu Stande.

Die Ratspräsidentin unterbricht die Verhandlungen um 23:30 Uhr zur Durchführung einer zehn Minuten dauernden Pause.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

Stadtrat Ressort Finanzen, Philipp Wespi, FDP, orientiert das Plenum nach Wiederaufnahme der Verhandlungen durch die Ratspräsidentin um 23:50 Uhr zum aktuellen Stand.

Infolge der angenommenen Anträge weist das Budget aktuell einen Aufwandüberschuss von Fr. 116'950.- aus. Sollte der stadträtliche Antrag zum Steuerfuss in der Höhe von 110 % angenommen werden, müsste die Einlage in die Finanzpolitische Reserve um diesen Betrag gekürzt werden. Gemäss Gemeindeggesetz § 90 Abs. 3 GG darf eine Einlage in die Finanzpolitische Reserve keinen Aufwandüberschuss im Budget generieren.

Angesichts dieser Ausgangslage macht *die Ratspräsidentin* beliebt, zuerst die Steuerfussdebatte zu führen und hernach über die Einlage in die Finanzpolitische Reserve zu befinden.

Auf Anfrage *der Ratspräsidentin* ergehen aus dem Ratsplenum keine Einwendungen gegen die neue Beratungsfolge. Es wird demnach so verfahren.

11. DISKUSSION ZUM STEUERFUSS

11.1 VOTEN MITGLIEDER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION

11.1.1 GEMEINDERAT THOMAS HILDEBRAND, FDP

Namens der Rechnungsprüfungskommission gibt deren *Präsident, Thomas Hildebrand, FDP*, bekannt, dass eine Kommissionsmehrheit den Steuerfuss auf 112 % festsetzen und eine RPK-Minderheit diesen auf 110 % senken und damit dem Antrag des Stadtrates folgen möchte. Die RPK habe dazu hinlänglich Diskussionen geführt. Hildebrand verweist dazu auf seine eingangs der Eintretensdebatte geschilderten Ausführungen sowie auf die im Kommissionsabschied verschriftlichten Erläuterungen.

11.1.2 GEMEINDERAT RALF ANTWEILER, GLP

Gemeinderat Ralf Antweiler, GLP, konstatiert, wonach der Antrag des Stadtrates auf Senkung des Steuerfusses und die durch verschiedene Mehr- und Minderheiten der Rechnungsprüfungskommission formulierten Anträge lautend auf Mehrausgaben zu einer Situation führen, die sowohl weniger Einnahmen als auch mehr Ausgaben vorsehen. Diese Situation verlange nach einem Kompromiss.

Auch die Mitte habe Mehrausgaben für das Budget 2020 von knapp einem Steuerprozent unterstützt. Es handle sich dabei vorderhand um die rückgängig-Machung von Massnahmen, die auf das Sparpaket 17 zurückzuführen waren.

Der Stadtrat hätte von sich aus mit Vorlage dieses Budgets damalige Sparmassnahmen widerrufen oder korrigieren können, seien sie damals ja insbesondere mit der unvorteilhaften finanziellen Lage des städtischen Haushaltes begründet worden. Es gäbe wohl vieles, dass den meisten in der Stadt ansässigen Bevölkerungskreisen mehr bringen würde, als ca. Fr. 50.- weniger an Steuern zu entrichten müssen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

Gemeinderat Antweiler erachtet es ebenfalls als unschön, dass die ZKB-Dividende im Budget nur als Einnahme Eingang findet, was zur Verbesserung des Resultates beiträgt.

Der Steuerfuss möge aber nicht bloss anhand des nächsten Budgets festgelegt werden, hierzu sei auch die mittelfristige Entwicklung in die Betrachtungen miteinzubeziehen.

Und da würden sich am Horizont Investitionen abzeichnen, die auch im Integrierten Aufgaben- und Finanzplan IAFP noch nicht berücksichtigt seien: Einerseits seien Massnahmen und deren Kosten zur Umsetzung der Motion Bornhauser noch nicht bekannt, andererseits gelte Gleiches für Vorstösse, die sich mit Themen der Stadtentwicklung und dem Schutz der Biodiversität auseinandersetzen.

Investitionen seien dann zu tätigen, wenn es sich der Staat leisten kann – und nicht dann, wenn die Stadtfinanzen in Schieflage geraten.

Gemeinderat Antweiler ortet zudem Gefahr im Umstand, sollte die Bedeutung der Finanzpolitischen Reserve auch in Zukunft falsch ausgelegt werden. Aktuell werde sie dazu missbraucht, als Begründung für die guten Resultate herzuhalten. Ob dann der Steuerfuss je wieder angehoben wird, zieht Antweiler in Zweifel.

Gemeinderat Antweiler veranschaulicht anhand einer visuellen Projektion (vgl. Beilage 8) Sinn und Zweck der Finanzpolitischen Reserve und deren Zusammenhang mit dem Investitionsvolumen, dem Cash-Flow und den Abschreibungen.

Man könne nicht für eine Senkung des Steuerfusses um drei Prozentpunkte eintreten, wenn gleichzeitig Investitionen und Mehrausgaben anstünden. So sei in gutschweizerischer Manier der Kompromiss von 112 % entstanden. Dieser umfasse einerseits den Willen, die Steuern zu senken, gleichzeitig aber auch die Stadt und deren Lebensqualität nicht zu vernachlässigen.

Gemeinderat Antweiler ersucht das Plenum, diesen Antrag zu unterstützen.

11.1.3 GEMEINDERAT ARIE BRUININK, GRÜNE

Gemeinderat Arie Bruinink, Grüne, erläutert anhand einer visuellen Projektion (vgl. Beilage 9) die Entwicklung des Nettovermögens pro Einwohner unter Berücksichtigung verschiedener Steuerfuss-Szenarien.

Ein Steuerfuss von 112 %, wie er durch die Mitteparteien vorgeschlagen wird, bietet im Sinne eines Kompromisses den Vorteil, wonach er eine langfristige Planbarkeit von Ausgaben unterstützt, der Stadt eine erhöhte finanzielle Handlungsfähigkeit zusichert und die Chancen auf erhöhte Schulden reduziert.

Gemeinderat Bruinink ersucht den Gesamtrat, den Antrag zur Festsetzung des Steuerfusses auf 112 % der einfachen Staatssteuer zu unterstützen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

11.2 VOTEN AUS DEM RAT ZUM STEUERFUSS 11.2.1 GEMEINDERAT STEFAN EICHENBERGER, FDP/JLIE/BDP

Gemeinderat Stefan Eichenberger, FDP/JLIE/BDP, unterrichtet den Rat namens der angeschlossenen Fraktion darüber, wonach Ausgangspunkt zur Steuerfussfestsetzung deren liberale Haltung bilde. Diese besage, dass der Staat nur so viel an Steuern erheben darf, wie er zur Aufgabenbewältigung und -erfüllung benötigt.

Studiere man die Rechnungsabschlüsse vergangener Jahre, so erkenne man ohne Weiteres, dass dabei hohe Ertragsüberschüsse realisiert wurden. Das bringe zum Ausdruck, dass der Stadtrat einerseits seine Budgets mit Um- und Vorsicht zusammenstellte und andererseits, dass sich Stadtrat und Verwaltung einer strikten Budgetdisziplin unterwerfen.

Aktuell stünde man in der heutigen Debatte noch immer bei einem Überschuss von Fr. 3.8 Mio., welcher als vorsorgliche Verbuchung in die finanzpolitische Reserve Eingang finden möge.

Die Senkung des Steuerfusses setze auch wichtige Signale und Anreize für das ortsansässige Gewerbe.

In Effretikon sei bekanntlich geplant, zahlreiche neue Bauten mit einem Gewerbeanteil von 35 % zu realisieren und entsprechende Unternehmen anzusiedeln. In dieser Sache stünde man in direkter Konkurrenz mit den umliegenden Gemeinden; so zum Beispiel mit Lindau, dessen Steuerfuss aller Voraussicht nach auf 108 % gesenkt werden soll. Lindau vermag neuerdings mit dem Gewerbezentrum «The Valley» auf dem Gelände der ehemaligen Maggi-Fabrik/Givaudan aufzutrupfen, so dass die Stadt Illnau-Effretikon mindestens mit dem Steuerfuss mithalten können sollte.

Der Steuerfuss von 110 % vermag mittelfristig gewährleistet werden, seien doch die verschiedenen Massnahmen aus dem stadträtlichen Schwerpunktprogramm doch bereits im Integrierten Aufgaben- und Finanzplan abgebildet.

Sollte sich die Finanzlage unvorhergesehen drastisch ändern, so erweise es sich als unbestritten, dass die Situation einer Neubeurteilung zugeführt werden müsse und sich die Entscheidungsträger Anpassungen in sämtliche Richtungen offenlassen können.

Die Stadt Illnau-Effretikon habe ihre Hausaufgaben erledigt und die eigene Infrastruktur unterhalten. Es herrsche kein Investitionsstau vor, der am Horizont ausserordentliche Ausgaben abzeichnen lasse.

Die FDP/JLIE/BDP-Fraktion spricht sich mit Nachdruck für eine Senkung des Steuerfusses auf 110 % der einfachen Staatssteuer aus.

11.2.2 GEMEINDERAT DAVID ZIMMERMANN, EVP

Gemeinderat David Zimmermann, EVP, appelliert an den Gesamtrat, wonach eine Senkung des Steuerfusses wohl überlegt sein wolle. Dabei gelte es vorausschauend zu berücksichtigen, wie hoch der Bedarf an Steuergeldern mittel- bis langfristig sei.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

Wenn Gemeinderat Zimmermann und seine Ehefrau in ihrer Eigenschaft als Wohneigentümer wissen, dass im nächste Jahr ein Kostenanteil für den Ersatz der Heizung mit energetischen Sanierung von Fr. 5'000.- anstünde, würden sie darauf verzichten, eine Kreuzfahrt zu absolvieren, die mit je Fr. 10'000.- zu Buche schlägt. Und wenn übernächstes Jahr Küche und Bad der Wohnung zwingenden Renovationsbedarf ausweisen, was gut und gerne mit Fr. 30'000.- bis Fr. 40'000.- veranschlagt wird, würden sie sich kaum ein neues Motorfahrzeug für Fr. 100'000.- gönnen.

Die finanzielle Lage der Stadt Illnau-Effretikon erweise sich nur momentan als gut. Dies sei mitunter trügerisch, denn in Kürze sehe sie sich mit happigen Ausgaben konfrontiert. Schliesslich wolle man die durch das Stimmvolk im Jahr 2017 gutgeheissene Energiestrategie 2050 ernst nehmen und auf erneuerbare Energiequellen umstellen. Insbesondere die Motion Bornhauser und die Interpellation Binder werden Kostenfolgen nach sich ziehen.

Eine Senkung des Steuerfusses auf 110 % oder weniger steht für die EVP-Fraktion ausser Frage. Auch ein Steuerfuss in der Höhe von 111 % berücksichtigt die steigende Tendenz der Ausgaben, die auf uns zukommen, zu wenig.

Gemeinderat Zimmermann hebt vier wesentliche Argument hervor, die für einen Steuerfuss von 112 % sprechen:

1. Mit der verhältnismässig bescheidenen Senkung vermag man für den Steuerzahler ein kleines Zeichen zu setzen, das ihm signalisiere, dass es um die Stadtfinanzen im Grunde gut stünde und sie zumindest steuerlich etwas entlastet werden können.
2. Eine Senkung bedeutet gegenüber der linken Ratshälfte auch, dass sich das Gesamtparlament kompromissbereit zeigt.
3. Die nur kleine Senkung möge der Öffentlichkeit signalisieren, dass die Stadt mittel- bis langfristig Reserven aufbauen muss, damit sie ihrem Label als Energiestadt gerecht bleiben und im Jahr 2020 unter anderem Aktionen gegen den Klimawandel planen kann.
4. Die Senkung um einen Prozentpunkt sage aber auch aus, dass sich die Stadt für Kontinuität ausspricht.

Gemeinderat Zimmermann gelangt zum Schluss seines Votums und fasst stichwortartig die Argumente für einen Steuerfuss, umfassend 112 %, wie folgt zusammen:

Mit einem Steuerfuss in der Höhe von 112 % möge man...

- Zeichen setzen
- Kompromissbereitschaft zeigen
- Reserven bilden
- Kontinuität demonstrieren

Die EVP plädiere wohl überlegt für einen Steuersatz von 112 %, da es viel zu tun gäbe.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

11.2.3 GEMEINDERAT MATTHIAS MÜLLER, CVP

Gemeinderat Matthias Müller, CVP, kommt zurück auf sein Eintretensvotum, im Rahmen dessen er erklärt habe, dass sich die Höhe des Steuerfusses aus dem Budgetbedarf zur Erfüllung der Aufgaben ergebe. Ein Steuerfuss von 112 % vermag diese Auflage nicht zu gewährleisten.

Nach aktueller Auslegeordnung des Ressorts Finanzen stünde man augenblicklich rechnerisch bei einem Aufwandüberschuss.

Namens der CVP-Fraktion möchte Gemeinderat Müller einen neuen Antrag auf Festsetzung des Steuerfusses auf 111 % der einfachen Staatssteuer einbringen.

Damit ergäbe sich die Möglichkeit, ein kleines Minus dennoch in ein positives Ergebnis zu verwandeln und die Finanzpolitische Reserve im vollen Umfang zu sichern. Aus Sicht von Gemeinderat Müller scheint es von bedeutsamer Wichtigkeit, dass die Finanzpolitische Reserve so hoch wie möglich zu dotieren sei, führe man sich die anstehenden Ausgaben und Investitionen vor Augen.

Ein Steuerfuss von 111 % bringe den Stadtrat auch weniger in die Bredouille, wenn er denselben der-einst wieder zur Erhöhung beantragt. Zudem vermögen 111 % verstärkte Kontinuität zu bieten. Gemeinderat Müller zieht in Zweifel, ob die Ratsrechte tatsächlich dazu beiträgt, den Steuerfuss wieder zu erhöhen, sollte es sich mittelfristig abzeichnen oder aufdrängen, dies zu tun.

Gemeinderat Müller ersucht das Plenum, dem neu lautenden Antrag zur Festsetzung des Steuerfusses auf 111 % zu folgen.

11.2.4 GEMEINDERÄTIN BRIGITTE RÖÖSLI, SP

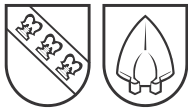
Gemeinderätin Brigitte Röösl, SP, kann sich an kein Jahr erinnern, anlässlich welchem der Finanzvorstand und der ehemalige Präsident der Rechnungsprüfungskommission nicht ihren Kummer zur schlechten Finanzlage der Stadt zum Ausdruck brachten.

Michael Käppeli forderte im Jahre 2014 namens der Rechnungsprüfungskommission vom Stadtrat, wonach dieser dem Grossen Gemeinderat fortan eine deutlich schwarze Null im Rahmen des Budgets zu unterbreiten habe.

Gemeinderätin Röösl prognostiziert, dass diese Forderung nicht lange Bestand haben wird, sollte man angesichts der zwar erfreulichen Entwicklung nun die Steuern voreilig senken. Die Stadt würde sich schnell dort wiederfinden, wo sie bereits einmal war – nämlich im Dilemma.

Gemeinderätin Röösl zeigt anhand einer visuellen Projektion (vgl. Beilage 10) die Entwicklung der Steuerfüsse und der Verschuldungssituation auf.

Es sei angesichts dessen von grosser Bedeutsamkeit, in Sachen Steuerfussentwicklung Konstanz an den Tag zu legen und damit ein verlässlicher Partner insbesondere für das Gewerbe zu sein.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

Der Ausspruch «Spare im Guten, so hast du in der Not» scheint heutzutage über keine Gültigkeit mehr zu verfügen. Im Vorfeld der Debatte habe Gemeinderätin Rösli zynische Bemerkungen zur Kenntnis nehmen müssen, wonach es sich ohnehin nicht lohne, zu sparen, da in der Folge Negativzinsen zu entrichten seien. Die Stadt verhalte sich wie die heutigen Jugendlichen, die alle Auslagen mit der Kreditkarte bezahlen und dann alsbald in der Schuldenfalle landen.

Gemeinderätin Rösli scheint klar, dass der Stadt nur begrenzt personelle Ressourcen zur Verfügung stehen, um das umzusetzen, was in nächster Zukunft anstünde.

Die vielen Projekte überfordern den momentanen Personaletat. Die Stadt Illnau-Effretikon möge nicht länger zuwarten, um Entwicklungen anzustossen. Sie sei gehalten, sich ihres Images der Schlafstadt baldmöglichst zu entledigen.

Die SP-Fraktion habe sich dem Kompromiss, den Steuerfuss mit 112 % vorzusehen, angeschlossen, wenn sie ihn am liebsten auch unverändert belassen würde.

11.2.5 GEMEINDERAT MICHAEL KÄPPELI, FDP/BDP/JLIE

Gemeinderat Michael Käppeli, FDP/BDP/JLIE, dankt Gemeinderätin Rösli, dass sie in ihrem Votum Erinnerungen an die Budgetdebatte 2015 bemüht habe.

Die Rechnungsprüfungskommission habe damals, im Jahre 2014, einen einstimmigen Abschied gefasst, wonach das Budget schwarze Zahlen schreiben soll. Zudem habe sie darin ebenso einstimmig die Erwartung nach gutem Unterhalt der städtischen Infrastrukturen zum Ausdruck gebracht.

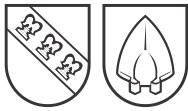
Seit 2014 lege der Stadtrat nun konsequent ein «schwarzes Budget» vor, gefolgt von «noch schwärzeren» Rechnungen. Ebenso trage der Stadtrat der städtischen Infrastruktur zukunftsgerichtet Rechnung, wie sich aus den entsprechenden Werten ablesen lässt.

Gemeinderat Käppeli ist es wichtig zu betonen, dass die damals geschaffenen Grundlagen auch in Zukunft Bestand haben sollen und er sich persönlich nach wie zu deren Einhaltung bekennt. Er wird, sollte es die Situation dereinst erfordern, für dieses Credo einstehen. Denn dieses legt für ihn Basis für die Bemessung des Steuerfusses.

11.2.6 GEMEINDERAT SIMON BINDER, SVP

Gemeinderat Simon Binder, SVP, dankt Gemeinderat Arie Bruinink für dessen zuvor gemachten Aussagen. Insbesondere für die grafische Darstellung des Pro-Kopf-Vermögens. Darin sei aber wohl bewusst ausschliesslich das unvorteilhaftere 100 %-Umsetzungsszenario zu den Investitionen abgebildet und das reguläre 70 %-Szenario verschwiegen worden. Dieses hätte nämlich bewiesen, dass der Finanzhaushalt auch unter dem Regime eines Steuerfusses in der Höhe von 110 % noch sehr gut funktionierte.

Der Stadtrat Ressort Finanzen habe zum Glück im Rahmen seines einleitenden Eintretensreferates die korrekten Verhältnisse erläutert und illustriert.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

Das Sparpaket habe innerhalb der vergangenen Legislatur zur Gesundung der städtischen Finanzen beigetragen. Die linke Ratshälfte versuchte nun am heutigen Abend partout, leider teilweise auch unter Hilfe der Mitteparteien, dieses aufzuweichen.

Ratskollegin Brigitte Rösli referenzierte die altgediente Weisheit des «Spare im Guten, dann hast du in der Not», wenn auch offenbar nochmals aufzuzeigen sei, was der Vorgang des Sparens im Detail umfasse. Die SVP habe sich beispielsweise dafür eingesetzt, dass ein Budget in guten Zeiten nicht expandiere, so wie dies die linke Ratshälfte nun exemplarisch durchsetzen wollte.

Gemeinderat Binder attestiert der linken Ratsseite ein verdrehtes Weltbild, wenn es um Auslegung und Wahrnehmung des Finanzhausalters ginge.

11.2.7 GEMEINDERAT RENÉ TRUNINGER, SVP

Gemeinderat René Truninger, SVP, wiederholt, was er bereits eingangs erwähnte. Was lange währe, werde endlich gut. Die Ratslinke habe versucht, das Budget mit unnötigen Anträgen aufzublasen, obwohl der Stadtrat die Annahme sämtlicher zusätzlicher Gelder verweigerte und sämtliche Umsetzungen im Jahr 2020 als nicht realisierbar taxierte.

Gemeinderätin Rösli habe am heutigen Abend einen einzigen gescheiterten Ausspruch von sich gegeben. «Spare im Guten, so hast du in der Not». Der Stadtrat trage ihrem Wunsch nach Sparen Rechnung, indem er Einlagen in die Finanzpolitischen Reserven beantrage.

Wie alle wüssten, entscheide der Illnau-Effretiker Stadtrat weise und budgetiere vorsichtig.

Deutlich wahrnehmbares Erstaunen und anhaltend aufschreiendes Gelächter; sowohl in den Reihen des Stadtrates als auch des Parlamentes.

Man möge dem Stadtrat vertrauen, er rechne – mindestens in diesem Jahr – gut. Gemeinderat Truninger ersucht das Ratsplenum, dem Antrag des Stadtrates auf Festsetzung des Steuerfusses auf 110 % zu folgen.

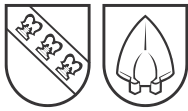
11.2.8 GEMEINDERAT HANSJÖRG GERMANN, FDP

Gemeinderat Hansjörg Germann, FDP, möchte in der fortgeschrittenen Debatte den makroökonomischen Aspekt zum Thema des fiskalischen Stimulus einbringen. Gemeinderat Germann bedient sich zur Verdeutlichung seiner Ausführung einer visuellen Projektion (vgl. Beilage 11).

Bund, Kanton und Stadt Illnau-Effretikon schreiben systematisch Überschüsse, was dem Wirtschaftskreislauf unnötig Bargeld entzieht. Das Wirtschaftswachstum wird in seiner Entwicklung durch die Überschusspolitik massiv beschränkt.

Steuersenkungen begünstigen das Wirtschaftswachstum ungemein, sie erweisen sich als beste Methode, um Arbeitslosigkeit und Armut zu bekämpfen.

Die Stadt Illnau-Effretikon verfügt am heutigen Abend die Möglichkeit, ihre fiskalische Verantwortung wahrzunehmen und Überschüsse dort zu reduzieren, wo nun auch Spielraum besteht.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

Gemeinderat Germann ersucht, dem stadträtlichen Antrag zu folgen.

Die Ratspräsidentin stellt die erschöpfte Diskussion fest, so dass das Prozedere zur Ausmehrung der im Raum stehenden Anträge zur Festsetzung des Steuerfusses in Angriff genommen werden kann.

12 BEREINIGUNG DER ANTRÄGE ZUM STEUERFUSS

Die Vorsitzender erklärt erneut das anzuwendende Verfahren auf Grundlage von Art. 48 GeschO GGR.

Art. 48	<p>¹ Liegen mehr als zwei gleichgeordnete Änderungs- oder Hauptanträge vor, werden sie nebeneinander zur Abstimmung gebracht, wobei jedes Ratsmitglied nur für einen Antrag stimmen kann. Der Antrag mit den wenigsten Stimmen scheidet aus. Das Verfahren wird wiederholt, bis nur noch ein Antrag verbleibt.</p> <p>² Über einen verbleibenden Hauptantrag wird gemäss Abs. 3 abgestimmt.</p> <p>³ Ein Antrag gilt als angenommen, wenn er mehr zustimmende als ablehnende Stimmen auf sich vereinigt.</p>	Gleichgeordnete Anträge
---------	---	-------------------------

Wie bereits eingangs erwähnt und im Vorfeld zur Sitzung schriftlich erläutert, ist das Verfahren der geheimen Abstimmung im konkreten Fall ausgeschlossen.

Die im Raum stehenden, gleichgeordneten Anträge lauten:

- 110 % - Antrag des Stadtrates und der Minderheit der Rechnungsprüfungskommission
- 111 % - Antrag der CVP-Fraktion
- 112 % - Antrag der Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission

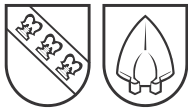
ABSTIMMUNGEN

In der ersten Ausmehrung vereinen
der Antrag auf 110 % 17 Stimmen,
der Antrag auf 111 % 2 Stimmen und
Der Antrag auf 112 % 16 Stimmen auf sich.

Da der Antrag auf 111 % die kleinste Zahl an Stimmen für sich generiert, scheidet er aus.

In der zweiten Ausmehrung vereinigt
der Antrag auf 110 % 19 Stimmen und
der Antrag auf 112 % 16 Stimmen auf sich.

Somit obsiegt der Antrag auf 110 %.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

DER GROSSE GEMEINDERAT

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates und in Anwendung von § 26 Ziffer 1 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

Der Steuerfuss wird für das Jahr 2020 auf 110 % der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

Abstimmungsresultate und durchgeführte Bereinigung siehe oben.

13 EINLAGE IN DIE FINANZPOLITISCHE RESERVE AUF BASIS VON ZIFFER 2 DES STADTRÄTLICHEN ANTRAGES

ERFOLGSRECHNUNG KONTOGRUPPE 2 FINANZEN KST 2032 – ABSCHREIBUNGEN UND VORFINANZIERUNGEN

13.1 ANTRAG DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION

Die Rechnungsprüfungskommission beantragte dem Grossen Gemeinderat ursprünglich einstimmig, dem seinerzeitigen Antrag des Stadtrates zu folgen und eine Einlage von Fr. 4'000'000.- in die Finanzpolitische Reserve zu tätigen.

Stadtrat Ressort Finanzen, Philipp Wespi, orientiert, dass der stadträtliche Antrag zur Einlage in die Finanzpolitische Reserve nach aktuellem Beratungsstand noch Fr. 3'800'000.- betragen würde, derweil ein Ertragsüberschuss von Fr. 85'050.- dem Eigenkapital zuzuweisen wäre.

13.2 WEITERE MITGLIEDER DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION

Keine Wortmeldungen.

13.3 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK

Keine Wortmeldungen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

13.4 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

Keine Wortmeldungen.

13.5 WEITERE DISKUSSION

Keine Wortmeldungen.

13.6 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den Antrag der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	OBSIEGEND: ANTRAG DES STADT- RATES	RESULTAT
2032.3894.00	Einlagen in Finanzpolitische Reserve	3'800'000	35:0

14 ÜBERTRAG DES ERTRAGSÜBERSCHUSS DER ERFOLGSRECHNUNG INS EIGENKAPITAL

Keine Wortmeldungen.

14.1 ABSTIMMUNG AUF BASIS VON ZIFFER 4 DES STADTRÄTLICHEN ANTRAGES

DER GROSSE GEMEINDERAT

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates und in Anwendung von § 26 Ziffer 1 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

Der Ertragsüberschuss der Erfolgsrechnung von Fr. 83'050.- wird dem Eigenkapital gutgeschrieben.

Der Beschluss kam mit Einstimmigkeit zu Stande.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

15 ZWISCHENABSTIMMUNG ZUR KENNTNISNAHME DES IAFF

Keine Wortmeldungen.

15.1 ZWISCHENABSTIMMUNG ZUR KENNTNISNAHME DES IAFF

DER GROSSE GEMEINDERAT

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates und in Anwendung von § 26 Ziffer 1 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

Vom Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFF) 2020 - 2025 wird Kenntnis genommen.

Obenstehender Beschluss erfolgte mit Einstimmigkeit.

16 SCHLUSSABSTIMMUNG

DER GROSSE GEMEINDERAT

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates (SRB-Nr. 2019-178 vom 3. Oktober 2019)
und in Kenntnis des Abschieds der Rechnungsprüfungskommission vom 19. November 2019
sowie in Anwendung von § 26 Ziffer 1 der Gemeindeordnung -
nach gewalteter Detailberatung

BESCHLIESST

1. Das Budget wird gegenüber der beantragten Fassung des Stadtrates vom 3. Oktober 2019 (SRB-Nr. 2019-178) wie folgt verändert:

1.1 ERFOLGSRECHNUNG

EXPLIZITE BESCHLÜSSE

<u>KONTO-NR.</u>	<u>BEZEICHNUNG</u>	<u>ALTER BETRAG</u>	<u>NEUER BETRAG</u>	<u>DIFFERENZ</u>
div.	Anpassung reduzierte Teuerungszulagen	k.A.	k.A.	Fr. -150'350.-
1740.3632.00	Beiträge an Gemeinden und Zweckverband	Fr. 50'000.-	Fr. 75'000.-	Fr. +25'000.-
1740.3638.00	Beiträge an das Ausland	Fr. 75'000.-	Fr. 125'000.-	Fr. +50'000.-
3310.4240.00	Kindertagesstätten / Elternbeiträge	Fr. -980'000.-	Fr. -730'000.-	Fr. 250'000.-



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

BUCHHALTERISCHER NACHVOLLZUG

<u>KONTO-NR.</u>	<u>BEZEICHNUNG</u>	<u>ALTER BETRAG</u>	<u>NEUER BETRAG</u>	<u>DIFFERENZ</u>
4200.3330.40	Abschreibungen (ohne Eigenwirtschaftsbetriebe)	Fr. 802'000.-	Fr. 807'000.-	Fr. +5'000.-
2032.3894.00	Finanzpolitische Reserve	Fr. 4'000'000.-	Fr. 3'800'000.-	Fr. -200'000.-
Veränderung Erfolgsrechnung				Fr. -20'350.-

1.2 INVESTITIONSRECHNUNG

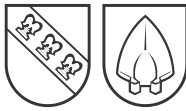
<u>KONTO-NR.</u>	<u>BEZEICHNUNG</u>	<u>ALTER BETRAG</u>	<u>NEUER BETRAG</u>	<u>DIFFERENZ</u>
4200.5040.200	Photovoltaik-Anlagen auf Liegenschaften Verwaltungsvermögen	Fr. 0.-	Fr. 195'000.-	Fr.+195'000.-
Veränderung Investitionsrechnung				Fr. +195'000
Veränderung Total				Fr. +174'650

2. Unter Berücksichtigung der unter Ziffer 1 dieses Beschlusses genannten Veränderungen ergeht somit das Budget 2020. Die Aufwendungen und Erträge in der Erfolgsrechnung sowie die Investitionsrechnung des Verwaltungs- und Finanzvermögens weisen folgende Zahlen aus:

Erfolgsrechnung	Aufwand	Fr. 115'218'450.-
	Ertrag	Fr. 115'301'500.-
Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen	Ausgaben	Fr. 20'655'000.-
	Einnahmen	Fr. 2'139'000.-
Investitionsrechnung Finanzvermögen	Ausgaben	Fr. 1'800'000.-
	Einnahmen	Fr. 3'450'000.-

3. Das Budget 2020 gemäss Ziffer 2.1 wird genehmigt.
4. In die Finanzpolitische Reserve wird eine Einlage von Fr. 3'800'000.- getätigt.
5. Der Steuerfuss wird für das Jahr 2020 auf 110 % der einfachen Staatssteuer gesetzt.
6. Der Ertragsüberschuss der Erfolgsrechnung von Fr. 83'050.- wird dem Eigenkapital gutgeschrieben.
7. Vom Integrierten Aufgaben und Finanzplan 2021 - 2025 wird Kenntnis genommen.
8. Gemäss § 8 Ziffer 2 der Gemeindeordnung ist das Referendum gegen diesen Beschluss ausgeschlossen.
9. Mitteilung durch Protokollauszug an:
a. Abteilung Finanzen, (dreifach)
b. Abteilung Präsidiales, Ratssekretariat (dreifach)

Obgenannter Beschluss kam in der Schlussabstimmung mit 30:5 Stimmen zu Stande.

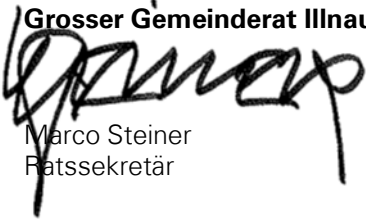


AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
SITZUNG VOM 12. DEZEMBER 2019

GESCH.-NR. 2018-1464
BESCHLUSS-NR. 2019-36

Für getreuen Auszug aus dem Protokoll

Grosser Gemeinderat Illnau-Effretikon



Marco Steiner
Ratssekretär

Versandt am: 13.12.2019
ms